# NEUE ZEIT

SEPTEMBER 1980

36

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek
Datum ___ Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK




Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
75 Cottbus, Berliner Str. 1/4
Fernruf 24 305

1415 9-36 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101 PSF-77

# SOWJETUNION IM BILD

An den versumpften Schilfufern des Kuban in der Region Krasnodar wird jetzt Reis angebaut. Einst waren die schlammigen, fruchtbaren Böden wegen des häufigen Hochwassers ungeeignet für die landwirtschaftliche Nutzung.

Ihre planmäßige Erschließung hat in den 30er Jahren begonnen. Den Anfang bildeten 57 ha Nutzfläche. Später entstanden Deiche und Stauseen, und der reißende Fluß wurde gebändigt. In den 50er und 60er Jahren baute man das Netz der Kanäle und Bewässerungssysteme weiter aus, und der Reisanbau wurde Bestandteil des komplexen Meliorationsprogramms der Region. Heute befindet sich hier mit seinen 227 000 ha bewässerte Fläche das größte Reisanbaugebiet der UdSSR.

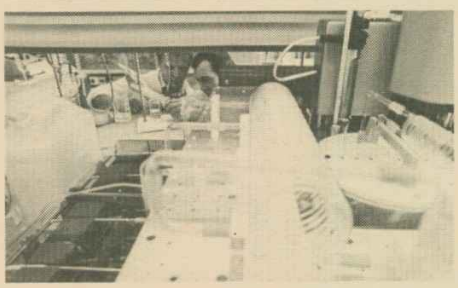
Die Investitionen in das Neulandprogramm haben sich rentiert: Der Reisanbau erbringt nach Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftlern einen Gewinn von ca. 150 Mio Rubel jährlich.

Auch die Lebensverhältnisse hier haben sich grundlegend gewandelt. Trotz der umfassenden Bau- und Meliorationsvorhaben werden Flora und Fauna sorgfältig bewahrt.

*Fotos: A. Chrupow*



Das Unionsforschungsinstitut für Reisanbau in Krasnodar.



In einem agrochemischen Labor wird der Wasserentzug aus dem Boden analysiert.



Die Saatguterzeugung, ein wichtiger Aspekt der Tätigkeit des Instituts.



Neue Reissorten.



So sehen die Reisfelder von oben aus.

# NICHT KONFRONTATION, SONDERN ENTSPANNUNG

Der politische Kampf in der Weltarena zwischen den Verfechtern des Friedens sowie den Kräften des Militarismus und der Aggression ist stets geführt worden — selbst in der besten Zeit der Entspannung. Dieser Kampf ist im Grunde nur gesetzmäßig, da die Welt in zwei einander gegenüberstehende Gesellschaftssysteme geteilt ist. Doch dieser unvermeidliche politische Kampf läßt sich durchaus regeln und in gewissem Rahmen halten, wenn die sozialistischen und die kapitalistischen Staaten davon ausgehen, daß sie gleichermaßen daran interessiert sein müssen, einen Konflikt zu vermeiden, der beim heutigen Stand der Kriegstechnik nichts entscheiden und niemandem Vorteile, sondern kaum wiedergutzumachende Verheerung über die Menschheit bringen würde.

Die Jahre der Entspannung haben Zurückhaltung gelehrt. Die Konfrontation der Zeit des kalten Krieges wurde verdrängt. Es wurde deutlich, daß die zwischenstaatlichen Ost-West-Beziehungen auf der festen Grundlage des Kodex der friedlichen Koexistenz durchaus gestaltet werden können. Und ein solcher Kodex wurde formuliert — die Schlußakte von Helsinki.

Warum suchen jetzt gewisse Leute im Westen die Konfrontation statt der Entspannung? Dafür gibt es keinerlei objektive Ursachen. Einflußreiche Kreise im Westen glauben, bei internationalen Spannungen und verschärfter Konfrontation werde es ihnen mit der „Politik der Stärke" und mit Erpressung eher gelingen, über den Weltsozialismus und die nationale Befreiungsbewegung die Oberhand zu gewinnen. Eben sie wollen auch den politischen Kampf bis zum äußersten zuspitzen.

So ist eine Lage entstanden, in der, wie Leonid Breshnew am 29. August in seiner Rede in Alma-Ata betonte, „die Staaten und Völker jetzt keine wichtigere Aufgabe haben als zu verhindern, daß die imperialistische Politik der Stärke die Entspannung verdrängt, daß das Wettrüsten ein neues, sehr gefährliches Tempo erreicht".

Hierfür sind ein umfassender Komplex wirksamer Maßnahmen wie große gemeinsame Anstrengungen der Völker und Regierungen und geduldige Verhandlungen nötig. Alle Pfeiler von Entspannung und Frieden sind zu festigen. Alles, was die internationale Stabilität erschüttert, muß beseitigt werden.

Leonid Breshnew hat in seiner Rede die Vorstellungen der UdSSR und ihrer Verbündeten klar dargelegt und erklärt, was zu tun ist, um eine Eskalation der derzeitigen Spannungen zu vermeiden und das internationale Leben in ruhige, normale Bahnen zu lenken. Die politische, wirtschaftliche und militärische Erpressung des Iran, die Anschläge auf das revolutionäre Afghanistan, auf die sozialistischen Staaten Südostasiens, die Intrigen gegen andere Staaten und Völker sind zu beenden. Eine gerechte politische Lösung der bestehenden Konflikte muß erreicht werden. Der Westen hat von Versuchen Abstand zu nehmen, China in antisowjetische Aktionen hineinzuziehen, und Peking davon, die imperialistischen Staaten mit der UdSSR zu konfrontieren. Die gefährliche „neue Nuklearstrategie" des Pentagon (die nicht zu einem „begrenzten" Einsatz von Atomwaffen führt, wie ihre Urheber versichern, sondern zu einem globalen Konflikt) muß aufgegeben werden. Die Instrumente des politischen Drucks auf die Sowjetunion, des Handels- und Wirtschaftsembargos sind beiseite zu legen. Statt dessen muß der politische Ost-West-Dialog fortgeführt und vertieft werden.

Die UdSSR hat ein weiteres Mal daran erinnert, daß sie von den führenden Politikern des Westens, vor allem von den USA, eine konstruktive Antwort auf ihre grundlegenden Vorschläge für militärische Entspannung erwartet — unverzüglich Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen in Europa aufzunehmen in organischer Verbindung mit den amerikanischen nuklearen Forward Based Systems sowie einen realen Fortschritt bei den Wiener Gesprächen auf der Grundlage der neuen sowjetischen Vorschläge, die die Haltung der westlichen Teilnehmer berücksichtigen, zu erzielen. Eine positive Haltung zu diesen Initiativen würde den Weg zu einer realen Eindämmung des Wettrüstens öffnen.

All das sind Elemente jenes Komplexes von Maßnahmen, deren Verwirklichung die Stabilisierung der heutigen Lage und eine Verbesserung des politischen Weltklimas näher bringen würde. Nur Verhandlungen und politische Entscheidungen auf der Grundlage eines gerechten Interessenausgleichs führen zu diesem Ziel. Keines der heutigen Probleme kann mit Gewalt gelöst werden. Der gesunde Menschenverstand kann vieles zustande bringen. Die Sowjetunion gibt die Hoffnung nicht auf, daß diese Wahrheit eines Tages auch von jenen verstanden wird, die sich jetzt „allmächtig" wähnen.

# NEUE ZEIT

## WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 36 SEPTEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium: **L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW** (Verantw. Sekretär), **W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK** (Stellv. Chefredakteur), **I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. WOLSKI.**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. KRESTJANINOW**


IN DIESEM HEFT:


**Nicht Konfrontation, sondern Entspannung** . . . . . 1

V. Krawzow — **Mit Blick auf Madrid** . . . . . 5

W. Schelepin — **Israel—Libanon. Wieder zionistische Aggression** . . 6

**Erklärung der 30. Pugwash-Konferenz zur Gefahr eines Nuklearkriegs** 8

I. Sokolow — **Warnung aus Breukelen** . . . . . 8

L. Makarewitsch — **Frankreich. Streik der Fischer** . . . . . 10

N. Schimmel — **Südkorea. Der Tragödie nächster Akt** . . . . . 10

J. Dimow — **Wichtiges Dokument** . . . . . 11

A. Uswatow — **Pakistan. Es gärt** . . . . . 12

W. Larin — **Großbritannien. Nukleare Gelüste der Torys** . . . . . 13

J. Gwosdew — **Lateinamerika. Christdemokraten am Scheideweg** . . 14

**Notizen ◆ Glossen** . . . . . 16

N. Paniew — **Bulgarien. Die Autostadt von Lowetsch** . . . . . 18

**Begegnung mit Diplomaten** . . . . . 18

K. Karagesian — **BRD. Nach altem Drehbuch** . . . . . 20

B. Assojan — **USA—Afrika. Larven und Gesichter** . . . . . 22

A. Ter-Grigorian — **Bangladesh. Wenn das Wasser weicht** . . . . . 24

I. Chusemi — **Liebe der Freunde und Haß der Feinde** . . . . . 26

F. Wolkow — **Doppelspiel** . . . . . 27

**Diskussion mit dem Leser** . . . . . 31

**PS** . . . . . 32





Die Spannungsherde zu beseitigen und die Entspannung in einen umfassenden, unumkehrbaren Prozeß zu verwandeln — das sind die Hauptforderungen unserer Epoche.

*Titelbild: A. Garanin*


Gestaltung: **A. Garanin**

**Verlag der Zeitung „Trud", Moskau**

**Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache**

**UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj**

*Printed in the Union of Soviet Socialist Republics*


■ Vom 27. bis 31. August hielt sich Leonid Breshnew in Alma-Ata auf, wo er an der Feier des 60. Jahrestages der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Kommunistischen Partei Kasachstans teilnahm. Am 29. August hielt Leonid Breshnew auf der Festsitzung eine Rede, die zu einem bedeutenden Teil den wichtigsten internationalen Fragen und der Außenpolitik der Sowjetunion gewidmet war (siehe S. 1).

■ Am 2. September beging das vietnamesische Volk feierlich den 35. Jahrestag des Sieges der Augustrevolution und der Bildung des unabhängigen demokratischen Vietnam. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Le Duan, Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, an Nguyen Huu Tho, den amtierenden Präsidenten der SRV, an Truong Chinh, den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der SRV-Nationalversammlung, und an Pham Van Dong, Ministerpräsident der SRV-Regierung, eine Grußbotschaft, in der sie dem vietnamesischen Brudervolk herzlich zum Nationalfeiertag gratulierten. „Treu der internationalistischen Lehre des großen Lenin werden die sowjetischen Menschen auch in Zukunft alles für die Festigung der brüderlichen Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SRV tun, werden dem vietnamesischen Volk in seinem Kampf für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, für die Verteidigung seiner nationalen Souveränität allseitige Hilfe und Unterstützung erweisen."

■ Der PLO-Vorsitzende Yasser Arafat sandte an Leonid Breshnew ein Schreiben, in dem er sich für die ständige Unterstützung des arabischen Volks von Palästina, das einen gerechten Kampf für seine legitimen nationalen Rechte führt, durch die UdSSR bedankte.

■ Am 27. August empfing Wassili Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und erster Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, im Kreml die von ihrem Sprecher Ramesh Jeewoolall geleitete Delegation der gesetzgebenden Versammlung von Mauritius, die zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR weilt. Dabei wurde betont, daß angesichts der zugespitzten internationalen Lage die Einheit aller Friedenskräfte im Kampf für die Sicherheit der Völker gefestigt werden muß.

■ Am 27. August empfing der Sekretär des ZK der KPdSU, Iwan Kapitonow,





Festversammlung in Alma-Ata. Leonid Breshnew am Rednerpult.
*Fotos: W. Mussaelian und V. Sobolew (TASS)*

Divisionsgeneral Sixto Batista Santana, Mitglied des ZK der KP Kubas und Chef der Politischen Hauptverwaltung der Revolutionären Streitkräfte, der sich in der UdSSR an der Spitze einer Delegation führender Politoffiziere aufhält.

■

Am 27. August fanden in Prag Gespräche zwischen Vertretern der ČSSR unter Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und ČSSR-Präsident, und dem Präsidenten Sambias, Kenneth Kaunda, statt. Beide Seiten bekundeten, auch in Zukunft zur Entwicklung der allseitigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen zu wollen.

■

Am 30. August fand das 5. Plenum des ZK der PVAP unter Vorsitz des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Edward Gierek, statt. Das ZK nahm die Rechenschaftsberichte der Regierungskommissionen entgegen, die für die Verhandlungen über die von Arbeiterdelegationen gestellten Forderungen in Gdańsk und Szczecin gebildet worden waren. Rechenschaft gaben die stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, Mieczysław Jagielski und Kasimierz Barcikowski. Am 1. September wurde in Warschau bekanntgegeben, daß auf der Grundlage der erreichten Vereinbarung über soziale und wirtschaftliche Fragen die Arbeit in Betrieben der Küste bei Gdańsk, in Szczecin, Elbląg sowie in einigen anderen Orten, wo es Arbeitsunterbrechungen gegeben hatte, wiederaufgenommen wurde.

■

Auf Appell des Weltfriedensrates wurde am 1. September — am Jahrestag des Beginns des von Hitlerdeutschland 1939 entfesselten zweiten Weltkrieges — der traditionelle Internationale Friedenstag durchgeführt. Massenkundgebungen, Meetings und Versammlungen der Friedensanhänger fanden auf allen Kontinenten statt.

■

Das SRV-Außenministerium verbreitete am 26. August ein Memorandum. Um dauerhaften Frieden und Stabilität in Südostasien zu erreichen, muß die hegemonistische und expansionistische Politik Chinas, die gegen die Länder dieser Region gerichtet ist, beendet werden (siehe S. 11).

■

Gus Hall, Generalsekretär der KP der USA, und Angela Davis, Mitglied des ZK der KP der USA, die für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten kandidieren, haben im Bundesstaat Pennsylvania mehr als 57 000 Unterschriften für eine Petition gesammelt, sie in die Wahlliste aufzunehmen. Jetzt sind G. Hall und A. Davis als Kandidaten registriert.

■

Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender des Provisorischen Militärverwaltungsrates Äthiopiens, richtete an US-Präsident James Carter eine Botschaft zu dem amerikanisch-somalischen Abkommen über die Einrichtung von US-Militärstützpunkten in Somalia. Die Schaffung dieser Stützpunkte bedroht direkt die Einheit und Freiheit Äthiopiens und ist ein destabilisierender Faktor für Frieden und Sicherheit im Roten Meer, im Persischen Golf und im Indischen Ozean. Der äthiopische Staatsmann verlangte von der Carter-Administration, diese Beschlüsse zu revidieren.

■

Auf der New-Yorker Sondertagung der UNO-Vollversammlung über wirtschaftliche Fragen gab es eine lebhafte Debatte über die Gründe für die Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt — in den Industrie- wie den Entwicklungsländern. Francis Blanchard, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation, erklärte, daß es jetzt in der Welt 455 Millionen vollständig oder teilweise Arbeitslose gibt. Bis zum Ende des Jahrhunderts müssen ca. 1 Milliarde neue Arbeitsplätze geschaffen werden, u. a. 800 Mio in den Entwicklungsländern.

■

Nach Attacken französischer Kriegsschiffe auf Kutter streikender französischer Fischer, was große Schäden und Verletzungen bei Streikenden verursachte, haben die Fischer die Blockade der größten Häfen des Landes vorübergehend aufgehoben, um menschliche Opfer und weitere Schäden zu vermeiden. Die Kutter blockieren nur Lorient, Concarneau und Les Sables d'Olonne. Ferner ist die Arbeit in den Häfen von La Rochelle und Bordeaux gestört. Dort haben die Besatzungen der Schlepper einen Solidaritätsstreik mit den Fischern ausgerufen (siehe S. 10).

■

Pakistan und China setzen ihre Provokationen gegen Indien fort. Unlängst verletzten chinesische Flugzeuge dreimal indischen Luftraum. Indische Grenzer nahmen im Bundesstaat Jammu und Kaschmir eine Gruppe pakistanischer Spione fest.

■

Am 30. August wurde in Peking die 3. Tagung des Nationalen Volkskongresses (5. Legislaturperiode) eröffnet, auf der die Planvoranschläge

für die wirtschaftliche Entwicklung und den Haushalt für 1980 und 1981 erörtert und angenommen werden. Unter den Tagesordnungspunkten sollen auch die Wahl eines neuen Premiers des Staatsrates der VR China und „Umbesetzungen führender Staatsfunktionäre" sein. Ferner soll eine Verfassungsänderung vorgenommen werden, die einige demokratische Rechte der Bürger aufhebt.

■

In Genf ging der zweite Teil der 9. Session der dritten UNO-Seerechtskonferenz zu Ende. Große Erfolge bei den Gesprächen zwischen den Vertretern von 150 Ländern, die eine Konvention über die Nutzung der Meere und ihrer Ressourcen durch die Staaten ausarbeiten sollen, wurden erreicht. Die Teilnehmer erzielten eine Vereinbarung über hochkomplizierte völkerrechtliche Fragen beim Abbau der mineralischen Ressourcen des Meeresbodens außerhalb des Kontinentalschelfs.

■



**In Afghanistan haben Armee, Sicherheitskräfte, Parteiaktivisten und Selbstschutztrupps einige Gruppen aus dem Ausland eingeschleuster Terroristen zerschlagen. Unser Bild: Für den bei der Liquidierung der Banden gezeigten Mut überreicht Oberstleutnant Mohammad Hussein Gado (links) einen Ehrenwimpel an Bataillonskommandeur Hudaidod-Khan**

*Foto: G. Nadeshdin (TASS)*

■

Über 100 000 Militärangehörige von NATO-Ländern nehmen an dem jetzt in Westeuropa laufenden Großmanöver „Autumn Forge" statt. 17 000 US-Fallschirmspringer werden über den Atlantik transportiert. Dann folgen die Manöver „Team Work 80", „Reforger-80" und „Crusader 80".

■

Am 31. August wurde in Leipzig unter der traditionellen Devise „Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt" die Leipziger Herbstmesse eröffnet. An ihr nehmen mehr als 6000 führende Industrievereinigungen, Firmen und Betriebe aus 51 Ländern teil.

■

Mohammed Ali Rajai, Ministerpräsident des Iran, bildete die neue Regierung und stellte sie dem Medschlis zur Bestätigung vor.

■

In Ägypten wurde bekanntgegeben, daß die USA den Luftwaffenstützpunkt Ras Benas (am Roten Meer), den sie gegenwärtig modernisieren, benutzen dürfen.

■

Am 27. August wurden in London offizielle statistische Angaben über die Beschäftigungslage in Großbritannien veröffentlicht. Erstmals seit 45 Jahren hat die Zahl der Arbeitslosen die 2-Millionen-Grenze überschritten und Mitte August 2 001 208 Personen, d.h. 8,3% des Arbeitskräftepotentials, erreicht. James Callaghan, Führer der Labour-Opposition, bezeichnete das als „Schandfleck der Regierungszeit der Torys".

■

Am 28. August wurde in Amman das königliche Dekret über den Rücktritt der jordanischen Regierung unter Ministerpräsident Quassem ar-Rimauwi und die Ernennung von Modaro Badran, der auch Verteidigungsminister wird, zum neuen Regierungschef bekanntgegeben. Außenminister blieb Marwan al Qassem.

■

Ein „Wahlmänner"kollegium berief am 27. August General Chon Du Hwan zum neuen Präsidenten Südkoreas (siehe S. 10).

■

Israel setzt seine bewaffneten Provokationen gegen Libanon fort. Am 28. August bombardierte die israelische Luftwaffe erneut die südlibanesische Stadt Tyr (siehe S. 6).

■

Am 1. September begann in Brighton der 112. Jahreskongreß der Britischen Trade Union (über 12 000 000 Mitglieder).

■



**Die volksfeindliche Junta von El Salvador verstärkt ihre Repressalien gegen die Freiheitskämpfer. Der Terror wird immer brutaler, Razzien und Massenverhaftungen werden vorgenommen. Unser Bild: Auf einer Straße von San Salvador**

*Foto: UPI—TASS*

## NZ POST

*Niemand im Westen verurteilte nach der Meldung von der gescheiterten US-Militäroperation im Iran zur „Geiselbefreiung" die USA mit Entschiedenheit oder erklärte ihnen den Boykott, niemand drohte... Statt dessen intensivierten die Massenmedien, um die Weltöffentlichkeit hiervon abzulenken, den Rummel um die „Afghanistan-Frage". Jetzt ist klar, daß diese friedensgefährdende Operation ein Wahlkampfmanöver Carters war. Ebenso wie die von ihm gegen die Moskauer Olympiade entfesselte antisowjetische Kampagne hat die iranische Aktion ein weiteres Mal gezeigt, daß die Carter-Administration um ihres eigenen Vorteils willen zu allem fähig ist, was den Weltfrieden bedroht.*

*Hortensia LANDEIRA*
El Ferrol, Spanien

*Die Bande der Freundschaft und der Verständigung zwischen den Völkern müssen ständig gefestigt werden. Wir müssen für den Frieden kämpfen. Das ist die Hauptaufgabe der Gegenwart. Doch noch vieles wirkt sich da störend aus — so wurden wir in letzter Zeit von allen Seiten mit Stories überhäuft, die von diversen antisowjetischen Erfindungen über die Moskauer Olympiade nur so strotzen. Besonders mühten sich da die US-Massenmedien. Doch all das ist zu dumm und zu boshaft, um derartiges für bare Münze zu nehmen.*

*Allan YOUNG*
Burnaby, Kanada

*Fast zwei Jahre lese ich hier Ihre Zeitschrift. Seitdem sind mir viele Vorgänge des Weltgeschehens klarer und verständlicher geworden, wofür ich Ihnen sehr dankbar bin. Nur schwer kann man sich allein in allen komplizierten Ereignissen und Prozessen der Welt orientieren, insbesondere bei den widersprüchlichen Informationen der hiesigen Presse. Sehr gekonnt und bisweilen nicht ohne Humor reißen die Autoren Ihrer Zeitschrift den Dreckschleier der Lüge und Verleumdung herunter, an dem die Feinde der Sowjetunion so unermüdlich spinnen.*

*D. KRUPIN*
Canberra, Australien

# MIT BLICK AUF MADRID

Valentin KRAWZOW

Gegenwärtig begeben sich Vertreter der 35 Länder, deren Staats- bzw. Regierungschefs vor fünf Jahren die Schlußakte von Helsinki unterzeichneten, nach Madrid. Am 9. September beginnt dort die Vorbereitungsetappe für die KSZE-Nachfolgekonferenz, die wie schon vor zwei Jahren beschlossen, am 11. November 1980 ebenfalls in der spanischen Hauptstadt eröffnet werden soll.

Alles berechtigt zu der Annahme, daß Madrid sich gut auf beide Treffen vorbereitet hat. Den Delegationen steht der eigens dazu neu ausgerüstete Kongreßpalast zur Verfügung, wo nach Meldungen der spanischen Presse optimale Arbeitsbedingungen bestehen. Jetzt kommt es darauf an, auf dem Madrider Treffen Ergebnisse zu erzielen, die der Entspannung, der Festigung der Sicherheit und dem Ausbau der Zusammenarbeit in Europa dienen.

Im September müssen in Madrid die organisatorischen Fragen des Haupttreffens gelöst, das heißt die Tagesordnung, das Arbeitsverfahren, die Dauer usw. bestimmt werden. Nach der Haltung der Teilnehmerstaaten zu urteilen, bestehen hier keine unüberwindlichen Hindernisse — natürlich wenn man sich in Madrid mit Angelegenheiten befassen wird, die zur Sache gehören, und wenn man sich nicht schon in diesem Stadium in Ausfälligkeiten gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten übt.

Wie ist die politische Konstellation vor dem Madrider Treffen?

Die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten möchten gemäß ihrem prinzipiellen Kurs auf Frieden und internationale Zusammenarbeit einen Erfolg des Madrider Treffens herbeiführen. Was bedeutet das für die Bruderstaaten? Dieses: Das Madrider Treffen muß so durchgeführt und abgeschlossen werden, daß seine Ergebnisse den Entspannungsprozeß festigen, und zwar an allen Hauptrichtungen, die die Schlußakte als langfristiges Programm des europäischen Friedens umriß. Ein positiver Ausgang des Madrider Treffens wäre unter den heutigen, komplizierteren als früher internationalen Verhältnissen besonders wichtig. Er würde nicht nur die europäische Situation, sondern das ganze Weltklima verbessern. Die Vorbereitungsarbeit muß eine solche konstruktive Abhaltung des Haupttreffens bezwecken. In ebendiesem Geiste wird die sowjetische Delegation auf der Beratung im September bei der Lösung von Organisations- und Verfahrensfragen wirken.

Wie kann ein positives Ergebnis in Madrid gewährleistet werden? Die sozialistischen Länder geben eine klare Antwort auch darauf. Sie ist in der Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten, die in der polnischen Hauptstadt im Mai 1980 auf höchster Ebene angenommen wurde, formuliert.

Nach Ansicht der sozialistischen Staaten muß in Madrid vor allem eine Atmosphäre nicht von Polemik und Konfrontation, sondern von Sachlichkeit herrschen. Die Vereinbarungen von Helsinki sehen vor, daß die Teilnehmerstaaten bei Nachfolgetreffen wie dem Madrider „einen vertieften Meinungsaustausch vornehmen, sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben als auch im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft". Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder sind dafür, den Akzent auf die Ausarbeitung praktischer Maßnahmen zu legen, dank denen Europa zunehmend zu einem Kontinent dauerhaften Friedens wird.

Am wichtigsten und aktuellsten sind hier Schritte zur Lösung einer so gewaltigen und akuten Aufgabe wie der Eindämmung des Wettrüstens. Die Konferenz in Madrid könnte gemäß ihren Möglichkeiten und ihrem Charakter zur Ausdehnung der Entspannung in Europa auf den militärischen Bereich beitragen. Das wird der Fall sein, wenn in Madrid vereinbart werden kann, in absehbarer Zukunft eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa einzuberufen.

Die sozialistischen Staaten schlugen eine solche Konferenz im Mai 1979 vor. Würde das Madrider Treffen den Beschluß über ihre Durchführung fassen, so wäre das ein Schritt zur Realisierung dieser Idee und würde es ermöglichen, auf einem repräsentativen Forum aller 35 Staaten unterschiedliche Vorschläge zur militärischen Entspannung und Abrüstung zu erörtern. Solche Vorschläge kamen nicht nur von den Warschauer Vertragsstaaten, sondern auch von Frankreich, Schweden und Finnland. Der politische Beschluß über die Einberufung der Konferenz wäre das wichtigste Ergebnis des Madrider Treffens und schon allein dessen Erfolg.

Aber die sozialistischen Länder sind nicht der Meinung, daß man sich darauf beschränken sollte. Sie sind für einen Fortschritt bei der Realisierung der gesamten Schlußakte. Inzwischen schlagen sie vor, im voraus zwei bis drei Fragen aus jedem Hauptabschnitt der Schlußakte auszuwählen und nach Möglichkeit zu vereinbaren, zu denen in Madrid konkrete Beschlüsse gefaßt werden könnten. Übrigens erfolgt eine solche Arbeit bereits bei bilateralen Konsultationen von Teilnehmerstaaten, zwischen denen ein reger diplomatischer Verkehr besteht. Eine solche Auswahl könnte auch „am Rande" des Vorbereitungstreffens in Madrid, wo sich Vertreter aller 35 Staaten einfinden werden, weitergehen. Allmählich zeichnet sich auch der Kreis von Fragen ab, zu denen der allgemeine Konsens erzielt werden kann. Sie betreffen die Vervollkommnung der Wirtschaftsbeziehungen, die industrielle Zusammenarbeit, die gegenwärtig höchst akuten energetischen Fragen, die Kontakte in Kultur, Bildung und Kunst, den Schutz des Kulturerbes, den Informationsaustausch und die zwischenmenschlichen Kontakte.

Kurz, die sozialistischen Staaten veranschaulichen durch ihre gesamte Politik: Es gibt objektive Möglichkeiten dafür, daß das Treffen in Madrid sachlich verläuft und — anders als das vorausgegangene Belgrader Treffen — konkrete Ergebnisse bei der Realisierung der Schlußakte zeitigt. Viele westeuropäische Staaten setzen sich, nach Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner zu urteilen (unlängst äußerte z. B. Bundeskazler Schmidt positive Absichten seines Landes in bezug auf Madrid), dafür ein, daß das Madrider Treffen dem gesamteuropäischen Prozeß, der so günstig

vor fünf Jahren in Helsinki begann, einen neuen Impuls geben soll. Besonders positiv stehen zum Madrider Treffen die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten Europas: Finnland, Österreich, Schweden, die Schweiz, Jugoslawien u. a. Auch viele europäische NATO-Länder äußern sich dahingehend, daß man die Chance, die Madrid für neue Schritte zur Realisierung der Vereinbarungen von Helsinki bietet, nicht versäumen dürfe.

Doch mangelt es auch nicht an gegenteiligen Erklärungen. Vor allem kommen sie von den USA sowie von Großbritannien und einigen anderen Bündnispartnern der USA. Dort beabsichtigt man ganz offen, das Madrider Treffen zu einem Zweck auszunutzen, der mit dessen Aufgaben nichts gemein hat: die UdSSR unter beliebigem Vorwand unter Druck zu setzen, ob es nun Afghanistan, die „Menschenrechte" in der pharisäischen bürgerlichen Auffassung oder die angebliche Nichterfüllung der Schlußakte durch die sozialistischen Länder sind. In dem chauvinistischen Taumel, der jetzt die USA beherrscht, erklären die Militaristenkreise unverfroren, auf dem Madrider Treffen müsse der UdSSR gegenüber ein ultimativer Ton angeschlagen werden. Wenn sie sich nicht kleinkriegen lasse (und sie wissen genau, daß die UdSSR es nicht tut), sei das Treffen zu sprengen. Solche Äußerungen sind nicht häufig, aber sie rufen Besorgnis hervor, zeugen sie doch von der Mißachtung der Probleme, die die Europäer zutiefst bewegen. Wenn gewisse USA-Kreise bereit sind, den gesamteuropäischen Fortschritt zu opfern, so dürfte das für Westeuropa kaum von Nutzen sein.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder fangen niemals Propagandaschlachten auf internationalen Foren an. Sollte aber in Madrid ebenso wie in Belgrad das Bestreben die Oberhand gewinnen, die Konferenz im Geiste der propagandistischen Konfrontation abzuhalten, so werden die Ausfälle gegen die UdSSR und ihre Bündnispartner eine gebührende Abfuhr erhalten. Wir möchten nicht, daß die negativen Erfahrungen von Belgrad auch in Madrid gemacht werden. Praktische Entscheidungen und Kompromisse zwischen unterschiedlichen Standpunkten lassen sich finden, wenn gegenseitige Achtung vorhanden ist, wenn man bemüht ist, einander zu verstehen und nicht aneinander vorbeizureden. Den westlichen Teilnehmern des Treffens bieten sich zwei Wege: entweder sachliche Arbeit in Madrid und folglich die Erreichung realer Resultate zugunsten aller Europäer; oder Polemik und gegenseitige Beschuldigungen, was die Politik der UdSSR gewiß nicht ändern, dafür aber die politische Atmosphäre in Madrid verderben und die Möglichkeiten für eine ergiebige Arbeit schmälern wird. Die UdSSR ist kategorisch für den ersten Weg. Wird ihr aber eine Auseinandersetzung aufgezwungen, so wird sie ihr nicht aus dem Wege gehen.

Die Weltlage vor dem Madrider Treffen ist wegen der Politik der USA und Pekings nicht besser, sondern schlechter als vor dem Belgrader Treffen. Es wird in Madrid wohl nicht einfacher, sondern schwieriger als in Belgrad sein, positive Ergebnisse zu erzielen. Das bedeutet jedoch nicht, daß eine konstruktive Durchführung des Treffens eine unerfüllbare Aufgabe wäre. Alles wird vom politischen Willen aller 35 Staaten und ihrer Führer abhängen.

Der jüngste Vorschlag Moskaus, über die Mittelstreckenraketen in Europa gleichzeitig und in organischem Zusammenhang mit den amerikanischen Forward Based Systems zu verhandeln, fand bei der breitesten Öffentlichkeit Anklang und wurde von den politischen Kreisen vieler westlicher Staaten positiv eingeschätzt. Diese bei weitem nicht einzige friedensdienliche Initiative (erwähnt seien die Vorschläge, die die sozialistischen Länder vor kurzem bei den Wiener Truppenabbaugesprächen eingebracht haben) begünstigt den Madrider Dialog. In vielen westeuropäischen Staaten versteht man: Sollte die Entspannung auch in Madrid stolpern, so ist unbekannt, wie und ob der gesamteuropäische Prozeß weitergeht. All das erhöht die Verantwortung der Staaten für den Erfolg Madrids, von dem man sich neue Impulse für die Politik der friedlichen Koexistenz erhofft. ■

Wie ein Adlernest erhebt sich ca. 500 Meter über dem Tal des südlibanesischen Litani die Kreuzritterfestung Beaufort aus dem 12. Jh. Oben sind nur Brustwehre und Mauerreste erhalten geblieben. Die Festung als solche besteht schon lange nicht mehr. Dafür finden sich hier unterirdische Räume, die vierstockwerkstief in den Felsboden gehen. Jetzt haben die nationalpatriotischen Kräfte Libanons und die Palästinensische Widerstandsbewegung dort befestigte Stellungen.

Von der Brustwehr aus ist der gesamte zentrale Südlibanon mit einem Feldstecher ausgezeichnet zu überblicken: das israelische Wehrdorf Metulla, die libanesische Stadt Marjeyoun, die der Verräter Major Haddad eingenommen und zu seiner „Hauptstadt" erklärt hat. Auf der anderen Seite sieht man das enge Band des Litani sowie die nur einige Kilometer entfernten libanesischen Ortschaften Arnoun und Nabatiye.

Beaufort ist der wichtigste Stützpunkt der Verteidiger Südlibanons. Zugleich ist es Hauptzielscheibe der israelischen Aggressoren und ihrer Helfershelfer aus der Armee des „Freien Libanon" von Major Haddad, da die Festung tatsächlich das Gelände beherrscht. So meinen Experten, man könnte von hier aus in drei Stunden intensiven Artilleriefeuers Haddads Schlupfloch Marjeyoun mit allen seinen Kampfstellungen dem Erdboden gleichmachen.

„Warum geschieht das nicht?" frage ich den Kommandeur des Bataillons von Beaufort. „Man bombardiert und beschießt euch jeden Tag aus schweren Geschützen, und wie oft haben israelische Fallschirmjäger versucht, die Festung zu stürmen..."

„Unsere Artillerie sowie die der Israelis und Haddads sehen ihre Aufgaben ganz anders. Dort in der Ferne, an der israelischen Grenze vorbei, rollt ein weißer Mercedes, ein Zivilwagen, wie wir alle sehen. Wir werden ihn nicht beschießen, ebenso wie wir die Häuser und Einwohner von Marjeyoun nicht unter Beschuß nehmen werden. Leben dort ja eben solche Araber wie wir, nur sind sie unter die Herrschaft von Verrätern und Israels geraten. Unsere Aufgabe ist es, die Feuernester des Gegners zu liquidieren und zu verhindern, daß er ungestraft die Zivilbevölkerung der benachbarten Ortschaften Nabatiye, Arnoun und anderer bombardiert und beschießt..."

Eine ganz andere Haltung zur Konfrontation in Südlibanon demonstriert Israel, das das Tal des Litani besetzen will. Die Zionisten wollen schon lange ihre Grenze bis an den Fluß vorschieben. Das war auch die Absicht bei der barbarischen Intervention von 1978, die der Zivilbevölkerung ungeheure Zerstörungen

# WIEDER ZIONISTISCHE AGGRESSION

Von unserem Sonderberichterstatter Wladimir SCHELEPIN

und Leiden brachte. Doch damals mußte der Aggressor unter dem Druck der Weltöffentlichkeit das Weite suchen. Wer blieb, war der Verräter Haddad. In Libanon wurde ein großes Kontingent von UNO-Truppen stationiert.

Israel tut alles, um seine Annexionspläne zu verwirklichen. Nach der Aggression von 1978 nehmen die Bombardierung und die Beschießung des Südlibanon kein Ende. Auf diese Weise wollen die Israelis die Zivilbevölkerung terrorisieren, damit sie für immer ihre Heimat verläßt, sowie die Kampfstellungen der national-patriotischen Kräfte und der Palästinenser, die gemeinsam libanesischen Boden verteidigen, niederhalten und letztlich vernichten.

... Aus dem Süden kehrten wir über die breite Küstenstraße nach Beirut zurück. Wir hatten eine unruhige Nacht hinter uns. Haddads Artillerie und Hubschrauber der israelischen Armee hatten Tyrs Vorort Burdi-al-Shemali und das palästinensische Flüchtlingslager Rashidia intensiv mit Artillerie und Raketen beschossen. Von den rauchenden Ruinen führte unser Weg zu scheinbar ruhigeren Orten. Doch die Ruhe erwies sich als trügerisch. Nördlich von Saida, nur eine halbe Stunde Fahrt bis zur libanesischen Hauptstadt, verübten israelische Kommandotrupps an jenem Tag einen Überfall und zerstörten drei Häuser. Zugleich donnerten über Beirut Phantomjäger der Aggressoren hinweg.

Oben auf der Festung Beaufort bei einer kurzen Kampfruhe.
*Foto des Autors*



All das sollte die Hauptoperation vorbereiten, die in der Nacht zum 19. August unter der persönlichen Leitung von Premier Begin durchgeführt wurde. Fallschirmjägertrupps der israelischen Armee drangen in Verletzung des Völkerrechts und der Unantastbarkeit der UNO-Truppen mit Hubschraubern und zu Lande viele Kilometer tief in den souveränen Libanon ein. Zugleich wurden Städte, Dörfer, Felder und Gärten der Libanesen bombardiert und aus schweren Geschützen beschossen. Unter den Opfern waren viele Zivilisten — Libanesen und palästinensische Flüchtlinge.

„Wir haben die größte militärische Aktion seit 1978 unternommen", prahlte der Chef des israelischen Nachrichtendienstes vor Korrespondenten.

Tatsächlich war die Operation ebenso groß wie unverschämt. In einer Nacht wurden ca. zweitausend 155-mm-Granaten über dem Süden abgeworfen. Doch diesmal gestehen auch die Israelis ihre Verluste ein. Nach palästinensischen Angaben erreichen sie viele Tote und Verletzte. Der große Hubschrauberlandetrupp, der bei Beaufort abgesetzt wurde, mußte sich unter Verlusten zurückziehen.

In seiner Botschaft an die arabischen Staatschefs sprach der PLO-Vorsitzende Yasser Arafat vom „Mut der Kämpfer der vereinigten libanesischen-palästinensischen Streitkräfte, die durch die Abwehr der israelischen Attacke auf den Raum der Festung Beaufort eine heroische Seite in die Geschichte der arabischen Befreiungsbewegung geschrieben haben."

Der ununterbrochene tagtägliche Artilleriebeschuß und die Bombardierung südlibanesischen Territoriums verfolgen weniger militärische als politische Ziele. Der libanesischen Bevölkerung sucht man mit Propaganda und brutaler Gewalt zu suggerieren, ihr Hauptfeind seien die Palästinenser, und ihretwegen müßten alle leiden. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Als ich Nabatiye besuchte, schickten sich seine Einwohner erneut an, die Stadt zu verlassen, da die Bombenangriffe immer intensiver wurden. Noch vor zwei Wochen lebten und arbeiteten dort zusammen an die 20 000 Libanesen und Palästinenser. Sie waren mit dem Transport und dem Verkauf der eingebrachten Obst- und Gemüseernte beschäftigt und reparierten Landtechnik für Bauern der Nachbardörfer. Die Palästinenser leben seit langem in Nabatiye. Das Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung ist sehr herzlich. Während die Palästinenser ihren nationalen Charakter bewahren, betrachten sie sich zugleich als Verteidiger der Interessen und der Souveränität Libanons, der ihnen Zuflucht gewährt hat. Fast jede palästinensische Familie von hier hat einen Sohn an der Front, und in den Kämpfen gegen die israelischen Aggressoren fielen nicht wenige Einwohner von Nabatiye. Die These, die Palästinenser seien an allem schuld, ist also eine gemeine Lüge, die von der Mehrheit der libanesischen Bevölkerung im Süden wie in Beirut nicht akzeptiert wird.

Direkt, häufiger aber durch seine Marionette Haddad, verübt der israelische Militärklüngel immer wieder Provokationen nicht nur gegen die Palästinenser, sondern auch gegen die in Südlibanon stationierten Interimsstreitkräfte der UNO (UNIFIL), die ein objektives Hindernis für die Annexionspläne in bezug auf das Litani-Tal darstellen. In Tyr sprach ich mit UNIFIL-Presseoffizier Timur Göksel. Er hat alle Hände voll zu tun. Ein holländischer Offizier und einige Soldaten wurden entführt, ein UNO-Hubschrauber mit einem 6jährigen kranken Mädchen und den begleitenden Ärzten wurde beschossen, Blauhelme aus Irland oder Fidschi wurden unter schweres Artilleriefeuer genommen. Im Dorf Blat, wo UNO-Truppen stehen, erschienen eines Nachts israelische Bulldozer, und Soldaten errichteten ein Feuernest für Haddads Separatisten. Die UNO-Soldaten können diese weder vertreiben noch irgendwie sinnvoll auf all diese Provokationen antworten. Gehört ja töten nicht zu ihrem Auftrag. Schließlich erklärte Haddad kürzlich unverschämt gegenüber dem UNIFIL-Oberkommando, daß, falls die UNIFIL nicht unverzüglich vollständig ihre Patrouillenfahrten einstellt, „die Patrouillen festgenommen und ihr ganzer Besitz beschlagnahmt werden".

Das provokatorische Gebaren des Aggressors gegenüber der UNO zeigt ein weiteres Mal, daß Israel und seine Beschützer im Grunde der ganzen Weltgemeinschaft gegenüberstehen.

*Beirut*

# ERKLÄRUNG DER 30. PUGWASH-KONFERENZ ZUR GEFAHR EINES NUKLEARKRIEGS

Niemals zuvor hat die Menschheit vor einer so ernsten Gefahr gestanden. Ein großer Nuklearkrieg würde das Ende der Zivilisation bedeuten und könnte zur Ausrottung des Menschengeschlechts führen. Dennoch sind überall in der Welt militärische mächtige Nationen, die über außerordentlich große Reserven an Nuklearwaffen verfügen, offenbar nicht in der Lage, ihre Differenzen im gegenseitigen Verständnis und durch Verhandlungen beizulegen. Im Gegenteil, die Nuklearwaffen nehmen zahlenmäßig zu und werden perfektioniert: es besteht die Gefahr ihrer Verbreitung in vielen anderen Staaten. Obendrein wird in einigen Ländern versucht, den üblen Doktrinen eines begrenzten und sogar eines gewinnbaren Nuklearkriegs Ansehen zu verleihen.

Inzwischen nehmen die jährlichen Militärausgaben, die ohnehin schon 500 Milliarden Dollar übersteigen, in aller Welt weiter zu, wobei der geplante Zuwachs 20 Milliarden Dollar pro Jahr übertrifft. Dadurch werden wertvolle materielle und menschliche Ressourcen vergeudet, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in den Ländern der dritten Welt, dringend gebraucht würden. Die ökonomische, soziale und politische Ungleichheit führt unausweichlich zu instabilen Situationen in den einen oder anderen Welträumen, was starken äußeren Kräften den Vorwand zur Einmischung gibt und gefährliche Spannungsherde schafft, die lokale Kriege auslösen können. Solche Konflikte können sich sehr leicht zu einem großen Nuklearkrieg auswachsen.

Wenn nicht umgehende und effektive Schritte zur Eindämmung und Eliminierung solcher Tendenzen unternommen werden, sehen wir einen großen und katastrophalen Kernkrieg noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts voraus. Ein solcher Krieg würde Tod und Zerstörung bedeuten, die der menschlichen Gesellschaft schon keine Handlungsfreiheit mehr ließen. Die Erhaltung des Menschen als biologische Art wäre gefährdet. Unter diesen Umständen ist unsere Pflicht als Wissenschaftler, als Repräsentanten des Menschengeschlechts klar: Wir müssen für die Erhaltung des Lebens kämpfen.

Das ist die Hauptthese der 30. Pugwash-Konferenz, die vom 20. bis zum 25. August 1980 in Breukelen (Niederlande) stattgefunden hat. Pugwash-Konferenzen zu Problemen der Wissenschaft und internationaler Beziehungen werden seit 1957 abgehalten. Sie sind die Antwort auf einen Appell, mit dem sich Bertrand Russell, Albert Einstein und neun andere weltbekannte Wissenschaftler 1955 an ihre Kollegen wandten, „eine Konferenz einzuberufen und die Gefahren zu erörtern, die infolge der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen entstanden sind". Jetzt, 25 Jahre später, nach beträchtlichen Anstrengungen und großen Hoffnungen fühlen wir uns verpflichtet, unsere Regierungen, alle Menschen der Welt zu warnen: „Sollen wir dem Menschengeschlecht ein Ende setzen, oder soll das Menschengeschlecht den Krieg ausschließen?"

Die vor uns stehenden Probleme sind nicht einfach; wir leben in einer komplexen Welt. Aber solange die Nationen nicht erkennen, daß Gewalt zu immer mehr Gewalt führt, daß Drohungen nur zu Gegendrohungen führen, wird die Todesgefahr akut bleiben. Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen. Im Osten oder Westen, im Norden oder Süden, die Erhaltung des Lebens auf der Erde hängt davon ab, daß alle Nationen anerkennen, daß es keine Rechtfertigung für einen Krieg geben kann, daß zur Lösung aller Streitfragen friedliche Mittel gesucht werden können und müssen.

Wir rufen alle Männer und Frauen guten Willens in allen Ländern der Welt auf, sich aktiv einzusetzen für:

— die Wiederaufnahme ernsthafter Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA;

— die Einstellung des nuklearen und konventionellen Rüstungswettlaufs in Europa wie überall;

— die Einstellung der Einmischung äußerer Nationen in Konflikte der dritten Welt.

Die Erreichung dieser Ziele kann den bestehenden katastrophalen Trend zum Krieg aufhalten und den Boden für eine vollständige nukleare Abrüstung bereiten, was die unbedingte Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden darstellt.

Wir können nicht umhin, uns zum Schluß auf das Russell-Einstein-Manifest zu berufen, das heute genauso aktuell ist wie in den Tagen, da es geschrieben wurde: „Vor uns liegt, wenn wir wollen, ein ständiger Fortschritt auf dem Wege zu Glück, Wissen und Vernunft. Sollten wir wirklich den Tod wählen, weil wir unsere Streitigkeiten nicht vergessen können? Als Menschen appellieren wir an Menschen: Erinnert Euch an Euer Menschsein und vergeßt alles andere. Wenn Ihr das könnt, ist der Weg zu einem neuen Paradies frei; wenn nicht, liegt vor Euch das Risiko eines universalen Todes."

# WARNUNG AUS BREUKELEN

Ernstliche Besorgnis kennzeichnete die 30. Pugwash-Konferenz, die in diesem Jahr in der holländischen Kleinstadt Breukelen stattfand. Die Wissenschaftler sind besorgt über die Verschlechterung der internationalen Situation infolge der abenteuerlichen Politik der jetzigen US-Administration und des verschärften Wettrüstens.

Die zur Pugwash-Bewegung gehörenden westlichen Wissenschaftler und Öffentlichkeitsarbeiter zeichnen sich im allgemeinen durch recht konservative politische Anschauungen aus. Daher halten sich die Dokumente von Pugwash und viele öffentliche Äußerungen der westlichen Teilnehmer gewöhnlich in „ausbalancierten" Formulierungen, mit denen die „politische Objektivität" der Gedanken unterstrichen werden soll. Das prägt auch die Dokumente der jetzigen Konferenz, darunter die Erklärung zur Gefahr eines Nuklearkrieges.

Wir können jedoch unumwunden sagen, daß es vielen unserer westlichen Kollegen diesmal schwerfiel, die herkömmliche Linie beizubehalten. Selbst auf den öffentlichen Sitzungen der Pugwash-Konferenz (die meisten Diskussionen werden hinter verschlossenen Türen, darunter in von der Tagesordnung abhängenden speziellen Arbeitsgruppen geführt) sahen sich viele unserer westlichen Kollegen nicht ohne gewisse Hemmungen gezwungen, ganz eindeutig auf die von Washington ausgehende Friedensbedrohung hinzuweisen.

Im üblichen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Pugwash-Konferenz betonte ihr Generaldirektor, der amerikanische Mediziner Martin Kaplan, Besorgnis löse vor allem „die Meinung aus, ein Nuklearkrieg lasse sich lokalisieren und begrenzen". „Die politischen und militärischen Führer der USA", sagte er, „greifen jetzt offen zur Strategie des ‚begrenzten Nuklearkonflikts' ..., die Warnungen ... vor der gefährlichen Illusion der Doktrin eines kontrollierbaren begrenzten Nuklearkonflikts ... haben offenbar keinen großen Einfluß auf die Regierungsinstanzen, die Fragen der strategischen Politik zu entscheiden haben..."

Die Besorgnis über die Kriegsgefahr, die in erster Linie durch die Doktrin von einem „begrenzten Nuklearkrieg" des Pentagon ausgelöst wurde, war das zentrale Thema der Plenarsondersitzung der Konferenz

zum 25. Jahrestag des Manifests über die Gefahr eines Nuklearkriegs, mit dem sich 1955 Albert Einstein, Bertrand Russell, Joliot-Curie und andere Wissenschaftler zu Wort meldeten.

Die bemerkenswerte Sitzung wurde vom britischen Professor Joseph Rotblat, einem Spezialisten für Radiologie, Mitglied des Exekutivbüros der Pugwash-Bewegung, eröffnet, der vor 25 Jahren Mitunterzeichner des Manifests gewesen war. „Was die Situation äußerst gefährlich gemacht hat", sagte er, „ist die veränderte Einstellung zu einem Nuklearkrieg... Experten der Militärstrategie haben einige Jahre lang die Doktrin eines flexiblen Reagierens verteidigt, und sie ist heute zur offiziellen Politik der Vereinigten Staaten geworden. Die NATO-Länder gründen ihre Strategie ebenfalls auf die Konzeption eines begrenzten Nuklearkrieges, der unter Einsatz taktischer Nuklearwaffen, verkleinerter Nuklearmittel und Neutronenbomben geführt wird und darauf abzielt, den Schaden wenn nicht für die Menschen, so am Eigentum auf ein Minimum zu senken. Doch jene Militärfachleute, die einen in Ausmaß und geographischer Hinsicht begrenzten Nuklearkrieg planen, können oder wollen die entsetzlichen Folgen nicht erkennen, die sich ergeben, falls ihr Vabanquespiel nicht aufgeht... Inzwischen wird die Öffentlichkeit systematisch bearbeitet, um die Doktrin von einem begrenzten Nuklearkrieg akzeptabel zu machen."

„Dem Wahnsinn des nuklearen Rüstungswettlaufs muß ein Ende gemacht werden", schließt Professor Rotblat. „Der Trend zur Vernichtung muß aufgehalten werden. Die Völker der Welt müssen die Gefahr begreifen."

Der US-amerikanische Physiker Bernard Feld, Chefredakteur des „Bulletin of the Atomic Scientists" äußerte, die außerordentlich rasche Entwicklung der Militärtechnik überhole die Verhandlungen über die Begrenzung der Rüstungen. Es entstünden immer neue Arten von Massenvernichtungswaffen. Feld unterstrich, die schwere Last der Verantwortung für die Einführung der meisten neuen destabilisierenden Arten von Militärtechnik trügen die Vereinigten Staaten, obwohl er es für angebracht hielt — offenbar der „Balance" wegen — zu bemerken, die sowjetische Antwort auf diese Maßnahmen sei unberechenbar. „Wir stehen vor der ernsthaften Gefahr, in eine neue Phase militärischer Rivalität einzutreten, eine Phase, die die Aussicht auf Konflikte und Konfrontationen enthält", sagte er.

Das sind die Motive, die die Teilnehmer der 30. Pugwash-Konferenz 25 Jahre nach dem Einstein-Russell-Manifest veranlaßten, erneut eine Erklärung zur Gefahr eines Nuklearkrieges abzugeben.

Den heimtückischen und üblen Plänen der Nuklearkriegfanatiker setzen die Teilnehmer der Pugwash-Bewegung die Politik der friedlichen Koexistenz, die Eindämmung des Wettrüstens und die Abrüstung, die Aufnahme einer immer umfassenderen und vielseitigeren Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entgegen.

**„Vor kurzem verkündete die Regierung der USA die sogenannte ‚neue Nuklearstrategie'. Ihr Hauptsinn besteht faktisch darin, die Idee eines Kernwaffenkrieges für die öffentliche Meinung akzeptabler zu machen. Dazu dient auch das Gerede von einem ‚begrenzten' und ‚teilweisen' Einsatz von Kernwaffen, das mit der Realität nichts gemein hat und die Menschen nur irreführt. Das ist eine für die Völker der ganzen Welt äußerst gefährliche Politik."**

**L. I. BRESHNEW**

*(Aus der Rede in Alma-Ata am 29. August 1980)*

In den Reden auf den Plenarsitzungen und in dem vom Pugwash-Rat angenommenen Papier, das die Schlußfolgerungen der Arbeitsgruppen zusammenfaßt, wird die These entwickelt und konkretisiert, daß es „keinerlei Alternative zu Verhandlungen gibt".

Als vordringliche Frage sehen die Konferenzteilnehmer die Aufnahme von Verhandlungen zu Problemen der Nuklearwaffen mittlerer Reichweite in Europa an, einschließlich der Vorwärtskräfte der USA. Unterstrichen wird die Notwendigkeit einer baldigen Ratifizierung von SALT II und die Aufnahme von Verhandlungen über SALT III, um spürbare quantitative und qualitative Begrenzungen der strategischen Nuklearwaffen zu erreichen. Die Teilnehmer stellten fest, es sei notwendig, die Wiener Truppenabbaugespräche zu beschleunigen und rasch einen Vertrag über das allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen abzuschließen und zu ratifizieren.

Ein besonderes Merkmal der Pugwash-Diskussionen war ferner, daß jene, die diese Tribüne für antisowjetische Verleumdungen mißbrauchen wollten, sich in bisher ungekannter Weise isoliert sahen. So platzte u. a. der Versuch, zu diesem Zweck die Afghanistan-Frage zu diskutieren.

In dem zusammenfassenden Papier wurden unterschiedliche Standpunkte dazu konstatiert, jedoch wurde einmütig der Appell zu Verhandlungen zwecks baldiger Erzielung einer politischen Lösung fixiert.

„Man darf keine Mühe scheuen, um die internationale Spannung zu mindern, um ein politisches Klima zu schaffen, das zur wirksamen Abrüstung beiträgt", heißt es in dem zusammenfassenden Papier. Betonte Billigung findet der Gedanke an eine Konferenz zu Fragen der Abrüstung und der militärischen Entspannung in Europa. In eindeutigem Kontrast zu allen möglichen Aufrufen zu „Sanktionen", zu Versuchen, eine Art „Neuauflage des kalten Kriegs" zu organisieren, steht der Punkt der Pugwash-Konfernz, der besagt, die Erfolge der europäischen Zusammenarbeit, darunter bei wirtschaftlichen und kulturellen Kontakten, die selbst in diesem Jahr enger geworden sind, müßten vertieft und erweitert werden. In diesem Zusammenhang wird auch das Madrider Treffen betrachtet.

Die sowjetischen Konferenzteilnehmer hatten natürlich zu einigen Problemen andere Ansichten als ihre westlichen Partner, darunter bei der Analyse der Wechselbeziehungen zwischen dem Entspannungsprozeß und den revolutionären Ereignissen in einigen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, zur Frage der „unberechenbaren" sowjetischen Antwort auf die von den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Partnern realisierten Rüstungsprogramme sowie zu anderen Problemen. Einige dieser Unterschiede wurden durch offene Diskussionen in wesentlichem Maße eingeengt.

Die Hauptsache ist, daß alle Pugwash-Teilnehmer — Wissenschaftler aus Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen — die tiefe Besorgnis über die Verschlechterung der internationalen Lage einte, das Bestreben, alles zu unternehmen, um die in den 70er Jahren durch den Entspannungsprozeß, die Anbahnung einer konstruktiven internationalen Zusammenarbeit entstandenen Aktiva in den 80er Jahren aufrechtzuerhalten und zu mehren.

**Prof. Dr. I. SOKOLOW**

FRANKREICH

# STREIK DER FISCHER

Fast drei Wochen blockierten die französischen Fischer die wichtigsten Seehäfen des Landes. Rouen war nur auf dem Landweg erreichbar. Die französische Kanalküste war praktisch lahmgelegt. Ölraffinerien und andere Betriebe an der Seine liefen Gefahr, ohne Rohstoffe zu bleiben.

Die ersten Streikfolgen haben sich bereits in Geschäften, auf Märkten, in Cafés und Restaurants der Küstenstädte bemerkbar gemacht. Das Donnergrollen des „Fischereikrieges" dringt bis nach Paris und in andere Industriezentren. Noch reicht der Fisch, doch die Preise für manche Fischarten haben sich verdoppelt...

Die „Große Presse" malt die „entsetzlichen Folgen" des Streiks der Fischer aus. Rundfunk und Fernsehen bezichtigen sie des Verrats an den nationalen Interessen. Doch dabei wird verschwiegen, daß sich der Streik vor allem wegen der arroganten Weigerung der Behörden ausgedehnt hat, in Verhandlungen mit den Streikenden zu treten.

Anfangs spielte die Regierung in dem lange herangereiften Konflikt zwischen Fischern und Schiffseignern demonstrativ den „Beobachter" und tat das ganze als deren „interne Angelegenheit" ab. Doch sobald die Fischer von Boulogne den Streik erklärten, wurden sofort Drohungen laut. „Boulogne wird nur verlieren", warnte Verkehrsminister Le Theule vielsagend. Als die Protestaktionen auf andere Häfen des Landes übergriffen, begann man „hart durchzugreifen." Kriegsschiffe wurden eingesetzt.

Um ca. 3 Uhr nachts, in völliger Dunkelheit, näherten sich einige Kriegsschiffe mit abgeblendeten Lichtern den Kuttern der Streikenden, wie ein Augenzeuge der „Schlacht" bei Fos-sur-Mer berichtete. Ohne irgendwelche Vorwarnung beschossen Gendarmen mit Tränengasgranaten die Trawler. Vier Fischer wurden verletzt. Noch größere Ausmaße nahm die „Schlacht" bei Antifer an. Dort ging eine ganze Armada aus 11 Kriegsschiffen, die die Schiffe der Streikenden rammten und sie mit Wasserwerfern beschossen, gegen drei Dutzend Fischereifahrzeuge vor. Diese „Schlacht" wird kein Ruhmesblatt in den Annalen der französischen Kriegsmarine sein, schrieb die „Humanité".

Der Krieg zu Wasser wurde von Operationen zu Lande begleitet. Die Unternehmer, der Unterstützung der Behörden gewiß, begannen mit Massenentlassungen der Fischer.

Auf den ersten Blick trägt der Konflikt rein nationalen Charakter. Entflammte er ja, nachdem die Schiffseigner erklärten, sie wollten die Löhne und die Besatzungen auf den Kuttern um 10% reduzieren. Dadurch würde der Verdienst der Fischer, der nicht höher ist als der Mindestlohn eines Arbeiters, noch weiter beschnitten. Ein Abbau der Besatzungen würde zu verstärkter Arbeitshetze und zu einer Verkürzung der Ruhepause an Land führen. Die Belastung und folglich die Unfallshäufigkeit würden zunehmen. In den kommenden fünf Jahren würden weitere 8000 arbeitslose Fischer sowie 40 000 bis 50 000 Werktätige verbundener Wirtschaftszweige hinzukommen.

Doch die Konfrontation geht weit über den nationalen Rahmen hinaus. Das Todesurteil für eine ganze Branche, für Tausende französische Fischer und ihre Angehörigen wurde im Brüs-

SÜDKOREA

# DER TRAGÖDIE NÄCHSTER AKT

„Der Diktator ist tot. Es lebe der Diktator!" — könnten die Herren des Weißen Hauses rufen. Konkret: Pak Tschung Hi ist tot. Es lebe Chon Du Hwan! Okay!

Am 27. August wurde General Chon Du Hwan zum Präsidenten Südkoreas „gewählt". Eine „starke Persönlichkeit" — so werden in der „freien Welt" Machthaber genannt, die brutale Diktaturen errichten. Seit dem Krieg ist es in Südkorea bereits die dritte derartige „Persönlichkeit". Chons Vorgänger waren Li Syn Man und Pak Tschung Hi.

Was nun zeigt die „Stärke der Persönlichkeit" Chons? Die brutale Unterdrückung des Aufstandes in der südkoreanischen Stadt Kwangju im Mai? Doch dafür hatte er ja den Segen von General Wickham, Oberbefehlshaber der vereinigten amerikanisch-südkoreanischen Streitkräfte.

Oder die Vorgänge vom Dezember v. J., als John seine Rivalen, die machtgierigen Generäle, „mutig" ausschaltete. Doch auch das geschah nach amerikanischem Szenario wie vor bereits 19 Jahren. Die eine Farce ist der anderen sehr ähnlich — 1961 die Machtergreifung durch General Pak Tschung Hi und heute die durch Chon Du Hwan.

Pak war bekanntlich nicht gleich an die Macht gekommen, als der Volkszorn im April 1960 Präsident Li Syn Man zum Rücktritt zwang. Zunächst wurde in Seoul, wo die Ablehnung der Diktatur durch die Volksmassen besonders deutlich war, eine Zivilregierung gebildet. Neben ihr aber setzte man einen „Obersten Rat für nationale Rekonstruktion" ein. General Chang Do Yun, der seine Leitung übernahm, stürzte im Mai 1961 die Zivilregierung. Doch der damalige Oberbefehlshaber der US-Truppen in Südkorea, General Magruder, meinte, nicht Chang, sondern ein anderer General, Pak Tschung Hi, solle die „starke Persönlichkeit" werden. Es waren noch keine zwei Monate vergangen, da wurde Chang von Pak abgelöst. Und 1963 wurde Paks „Wahl" z Präsidenten inszeniert.

Auf eben diese Weise machte W shington jetzt General Chon Hwan zum Präsidenten. Nachd im Oktober 1979 Pak, der „se Schuldigkeit getan" hatte, ermor worden war, wurde in Südko eine Zivilregierung gebildet und ziviler Interimspräsident ernan Zugleich aber wurde ein neuer D tator für die Machtübernahme v bereitet.

Die Wahl fiel auf einen treu Freund und Schützling Pak Tschu His — auf General Chon Du Hw den Oberbefehlshaber der „Sich heits"kräfte. Nach der Beseitigu der anderen Generäle konstituie er einen „Nationalen Sicherheitsra dessen Leitung er natürlich üb nahm, und verhängte in ganz S korea das Kriegsrecht. Chon g brutal gegen die Opposition und gesamte demokratische Beweg vor. Er schlug den Aufstand Kwangju blutig nieder, säube Staatsapparat und Armee von T senden „unzuverlässigen Elemente zerrte Kim Dae Jung, den populä Führer der bürgerlich-liberalen O position, vor ein Militärtribunal



Unser Bild: Streikende Fischer von Boulogne

*Foto aus „L'Humanité" (Frankreich)*

Die „Rationalisierung", unter deren Vorwand die Unternehmer die Offensive gegen die Fischer einleiteten, führte sich selbst ad absurdum. Frankreichs Küste ist ca. 3500 km lang. Viele Fischergenerationen gingen dem Petri-Handwerk nach und ernährten damit nicht nur sich selbst, sondern auch ihr Land. Bis 1985 will man nun den Umsatz der Fischerei auf die Hälfte reduzieren. Der künstlich geschaffene Fischmangel soll durch Importe kompensiert werden, die von 3 auf 6 Md. Francs zunehmen werden. Ganze Regionen Frankreichs, die von der Fischerei abhängig sind, werden allmählich aussterben.

Soll man etwa die nationalen Interessen und die Souveränität Frankreichs in diesem wichtigen Wirtschaftszweig den Interessen der Multis opfern? Diese Frage wird in der demokratischen und Gewerkschaftspresse immer häufiger aufgeworfen.

Unterdes wird die Einigung des „Europa der Monopole" von den Konzernen weiter forciert, die bei der „Rationalisierung" der EG-Struktur sich nur zu gern an Schiffbau, Hüttenindustrie, Bergbau und Landwirtschaft Frankreichs vergreifen... Heute geht es gegen die Fischer. Wer wird der nächste sein?

**L. MAKAREWITSCH**

seler EG-Hauptquartier unterzeichnet. Die EG-Führung will so mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens sollen die Positionen der „Großen" des Tiefkühlgeschäfts (Fischwaren) ausgebaut werden; zweitens will man die Konzentration der Produktion, die Schaffung agroindustrieller Großkonzerne, noch weiter vorantreiben, und drittens ist in der Fischerei und in einigen anderen Wirtschaftsbereichen für Spanien, das in naher Zukunft in die EG aufgenommen wird, „Platz zu machen".

ngeblichen „Drahtzieher" der Unuhen in Kwangju und zwang Kim Young Sam, den Vorsitzenden der Neuen Demokratischen Partei, zum Rücktritt.

Als der General nun bereit war, in en Anzug des Präsidenten zu chlüpfen, erklärte Interimspräsient Choi Kyu Hah servil seinen Rücktritt. Chon präsentierte sich als einziger Kandidat" für dieses Amt. Um aber alle Zweifel auszuräumen, rklärte US-General Wickham geenüber einer Seouler Zeitung ganz ndiplomatisch, die USA würden, falls" Chon Präsident wird, ihn nterstützen...

Nun zum politischen Spiel Washingtons in der Seouler Farce. Noch u Zeiten Paks bekundeten die Menchenrechtsapostel des Weißen Hauses wiederholt verschämt ihre „Besorgtheit" über die Lage in Südkorea, wenn der Terror des „starken Mannes" dort keine Schranken mehr annte und überall in der Welt charf verurteilt wurde.

Das Weiße Haus hat auch später iederholt seine „Sorge" über die age in Südkorea geäußert. Als Interimspräsident Choi Kyu Hah am 6. August zurücktrat, zeigte das Weiße Haus sogar „tiefe Unruhe". Diese Unruhe erklärte die „Washington Post" völlig unzweideutig damit, daß man in den USA nach wie vor nicht sicher sei, ob die Koreaner wirklich damit einverstanden sind, daß General Chon ihr Führer wird, und deshalb zeigt man sich beunruhigt.

Die Heuchelei Washingtons ist also so deutlich, daß selbst die US-Presse es schon nicht mehr für nötig erachtet, sie zu verhehlen.

General Chon inszenierte also, nachdem er die Opposition unterdrückt und Zustimmung der USA erhalten hatte, seine „Wahl" zum Präsidenten. Das war bereits eine „rein technische" Frage, zudem weder kompliziert noch neu. Er wurde von einem noch von Pak eingesetzten und gebildeten „Wahlmänner"-kollegium gekürt.

Werden die Südkoreaner diese Verhöhnung demokratischer Werte, der Grundrechte dulden? Werden sie sich mit der Macht des Henkers von Kwangju abfinden? Das klägliche Ende früherer südkoreanischer Diktatoren gibt da eine klare Antwort.

**N. SCHIMMEL**

**NZ KOMMENTAR**

# WICHTIGES DOKUMENT

**Was sind die eigentlichen Ursachen der jetzigen Spannungen in Südostasien und was die Wege für eine Normalisierung des politischen Klimas in dieser Region, die zu den instabilsten der Welt gehört! Eine Antwort hierauf gibt das Ende August verbreitete Memorandum des SRV-Außenministeriums.**

In diesem ausführlichen außenpolitischen Dokument wird darauf verwiesen, daß die Pekinger Führung einen Plan zur Destabilisierung der Lage in Südostasien, zur Anheizung der Spannungen zwischen den fünf Mitgliedsstaaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und den drei Ländern Indochinas hat. Eine Konfrontation dieser beiden Staatengruppen würde diese schwächen und so Peking die Verwirklichung seiner Expansionspläne ermöglichen. Die chinesischen Hegemonisten wollen Druck auf die herrschenden Kreise Thailands ausüben und sie in einen bewaffneten Konflikt mit Kampuchea, Laos und Vietnam treiben.

Der Druck Pekings auf Bangkok hat vor allem in den letzten Monaten zugenommen. Die Regenzeit hätte den chinesischen Stralegen zufolge den Überresten der Pol-Pot-Banden ermöglichen sollen, die Attacken über die thailändisch-kampucheanische Grenze zu intensivieren. Jede auch nur ein wenig erfolgreiche Aktion hätten sich die Verteidiger des bankrotten prochinesischen Regimes zunutze gemacht, um die bevorstehende Debatte auf der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zur Frage der Vertretung Kampucheas zu beeinflussen.

Das Memorandum des SRV-Außenministeriums zeigt auch Wege auf, um die Krise in den Beziehungen zwischen den ASEAN-Ländern und den Staaten Indochinas zu überwinden. Vorrangig ist die Lage an der kampucheanisch-thailändischen Grenze zu regeln. Eine konstruktive Grundlage für entsprechende Verhandlungen stellen die Initiativen der Außenministerkonferenz der Länder Indochinas in Vientiane und das 4-Punkte-Programm der kampucheanischen Regierung dar. Im Memorandum wird betont, daß kampucheanisch-thailändische Gespräche selbst vor Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Phnom Penh und Bangkok stattfinden können. Vietnam hat eine weitere Friedensgeste gemacht und den interessierten Seiten erneut vorgeschlagen, die bestehenden Probleme am Verhandlungstisch zu lösen.

**J. DIMOW**

# ES GÄRT

Alexander USWATOW

Ausländische Leser der pakistanischen Presse könnten in diesen Tagen den Eindruck gewinnen, das Militärregime Präsident Zia-ul-Haqs sei gar nicht so hart, wenn die Zeitungen den künftigen staatlichen Aufbau des Landes diskutieren. Die Zeitschrift „Herald" (Karachi) schreibt in ihrem Augustheft: „Die gesamtnationale Debatte über die Regierungsform erfolgt mit besonderer Genehmigung des Präsidenten, der nicht zulassen wird, daß sie zu einer freien politischen Meinungsäußerung ausartet. Ihr Rahmen ist genau umrissen."

Anders gesagt, geht es der Militäradministration nur darum, ein Ventil für die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Militärregime zu lokkern, das die Verfassung von 1973 ausgesetzt und jede politische Betätigung verboten hat.

Doch hilft das Manöver nach diesen drei Jahren wenig, und von allen Seiten werden Stimmen laut, mit der Macht der Militärs Schluß zu machen.

In einem Artikel zum 33. Jahrestag der Unabhängigkeit Pakistans (14. August) stellte die Wochenschrift „Viewpoint" (Lahore) folgende Fragen: „Warum irren wir an der Schwelle zum 34. Jahr der Unabhängigkeit noch immer in einem politischen Labyrinth? Warum herrschen auf dem Lande trotz des vielen Geredes von der Bodenreform noch immer Großgrundbesitzer? Warum sind wir, eine arme Nation, Zeugen des luxuriösen Lebens einiger weniger? Warum zeigen unsere Städte bis heute den Kontrast von Palästen und Hütten? Warum nimmt die Korruption überhand?" Das sind ernste Fragen.

Eine Konferenz pakistanischer Juristen in Karachi forderte den Präsidenten auf, das Kriegsrecht unverzüglich aufzuheben und Parlamentswahlen auszuschreiben. Die Partei „Tehrik-i-Istiqlal", deren Führer einer nach dem anderen wegen ihrer Aufrufe an das Volk, „die Junta der Macht zu entheben", eingekerkert werden, verlangte von der Regierung Zia-ul-Haq, die Macht sofort dem Obersten Gerichtshof zu übergeben. Dieses würde innerhalb von drei Monaten allgemeine Wahlen durchführen. Fünf Oppositionsparteien, die sich zur Pakistanischen Nationalallianz zusammengeschlossen haben, verlangen ebenfalls baldigsten Übergang zur Zivilverwaltung.

Sehr unterschiedliche Schichten und Gruppen der pakistanischen Bevölkerung fordern die Wiederherstellung der demokratischen Grundlagen. Die Militärregierung aber bemüht sich vor allem um die Verstärkung der Polizeikräfte. Der Zeitung „Muslim" zufolge wird in der Hauptstadt jetzt die Polizei verdoppelt und ein neues Gefängnis gebaut.

Zugleich beschleunigt das Militärregime die Islamisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Ende August fand in Islamabad unter Vorsitz Zia-ul-Haqs eine Konferenz der Ulemas statt. Dort wurde die Gründung eines Rates der Ulemas bekanntgegeben. Zwar ist er nur ein beratendes Organ beim Präsidenten, aber seine Mitglieder haben höhere Vollmachten als die Minister. Die Einstellung zu diesem Kurs ist im Lande unterschiedlich. So erklärte das Exekutivkomitee der Nationaldemokratischen Partei am 22. August, General Zia-ul-Haq schütze den Islam vor, um den Pakistanern die demokratischen und sozialen Rechte zu nehmen und den Weg zu einer unbefristeten Militärdiktatur zu ebnen.

Nach wie vor heizen die pakistanischen Machthaber eine lärmreiche antiafghanische Kampagne an. Als der japanische Außenminister Ito Ende August zu einem Besuch kam, zeigte man ihm vor allem Lager der afghanischen Konterrevolutionäre. Bekanntlich formieren amerikanische und chinesische Dienste in engem Zusammenwirken mit höchsten pakistanischen Militärs Banden aus diesen Konterrevolutionären, die immer wieder in die DRA einfallen. Islamabad setzt sich über die bekannten Vorschläge der DRA-Regierung vom 14. Mai über die Normalisierung der afghanisch-pakistanischen Beziehungen hinweg und zeigt somit erneut, daß es sich auch weiterhin dazu hergibt, als Aufmarschgebiet für eine Aggression gegen das Nachbarland zu dienen.

Indessen führen die Umtriebe der antiafghanischen konterrevolutionären Gruppen zu ernsten inneren Spannungen in den Grenzgebieten Pakistans selbst, wo ihretwegen die Interessen der Bevölkerung stark geschmälert werden. Ihnen werden nicht selten Acker- und Weideland sowie Wasserquellen weggenommen. Bisweilen reißen afghanische Emigranten den einheimischen Handel und Verkehr an sich. Die pakistanischen Behörden sind bemüht, solche Tatsachen totzuschweigen, und doch erfährt man immer wieder von blutigen Zusammenstößen der afghanischen Banditen mit den Pakistanern in der Nordwestprovinz (Grenzgebiet) und in Belutschistan.

Statt gute Beziehungen zu den Nachbarländern zu pflegen und die inneren Zustände zu demokratisieren, geht das Militärregime in Pakistan zunehmend zur Militarisierung über. Auf diesem Weg wird Islamabad auch von seinen überseeischen und chinesischen Schutzherren gedrängt. Im neuen Finanzjahr (ab Juli) sind die Militärausgaben Pakistans um 12 und auf 45% des Staatshaushalts gewachsen. Und das scheint noch immer zu wenig zu sein.

Gerade damit bringen politische Beobachter Mitteilungen in Zusammenhang, die zuerst in der „New York Times" und dann in anderen ausländischen Publikationen auftauchten: Es werde über die Dislozierung einer pakistanischen Division (ca. 10 000 Mann) in Saudi-Arabien zwecks Verteidigung seiner „inneren und äußeren Sicherheit" verhandelt. Unter Berufung auf eine informierte Quelle in Islamabad meldet die France Presse, daß ein pakistanisches Pionierbataillon in Saudi-Arabien schon eingetroffen sei. Der Sinn dieser Operation besteht darin, daß Pakistan als Gegenleistung von Er-Riad eine Kompensation (etwa 1 Md. Dollar) erhält, und zwar auch in Form moderner amerikanischer Militärtechnik.

Die offiziellen Kreise beider Länder dementierten das, aber die Nachrichten wirken im Lichte des allgemeinen militaristischen Kurses Islamabads, der sehr kostspielig ist, durchaus glaubwürdig. Überdies plant Zia-ul-Haq, wie die Nachrichtenagenturen verlautbaren, das Rüstungspotential Pakistans beträchtlich zu vergrößern, d. h. eine „Volksarmee" nach chinesischem Muster aufzustellen, und sei es auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung. Beinahe das ganze Land soll unter Waffen!

Die rücksichtslose Militarisierung Pakistans als „Bestandteil der strategischen amerikanisch-chinesischen Allianz", schrieb die indische Zeitung „Patriot" am 26 August, „bedroht Indien und Afghanistan" und „spitzt die Lage in ganz Südwestasien zu".

Selbstverständlich sehen die pakistanische Öffentlichkeit, das pakistanische Volk die Zukunft ihres Landes nicht in dieser Rolle des Schildknappen der Friedensfeinde. ■

# NUKLEARE GELÜSTE DER TORYS

Wladimir LARIN

Die Öffentlichkeit Großbritanniens zeigt Interesse für den neuen sowjetischen Vorschlag, sich über die Mittelstreckenraketen zu einigen, den Leonid Breshnew bei den kürzlichen sowjetisch-bundesdeutschen Verhandlungen gemacht hat. Hier beachtete man auch sofort den Ausspruch, daß in den diesbezüglichen Fragen ein Fortschritt nur erzielt werden kann, wenn der SALT-II-Vertrag zwischen der UdSSR und den USA in Kraft getreten sein wird.

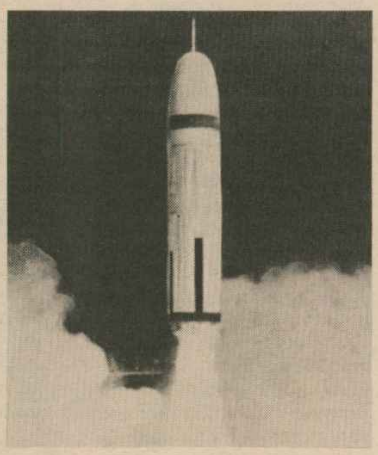
Von der konstruktiven Einstellung der UdSSR zu den Problemen der Rüstungseinschränkung und Abrüstung sticht die Politik der Toryregierung besonders kraß ab. In der kurzen Zeit ihrer Amtsdauer — seit Mai 1979 — zieht die Regierung Thatcher der Abrüstung unverkennbar das Wettrüsten vor. Bei der Politik zur Aufstockung des britischen Militärpotentials wird viel Gewicht auch auf Kernwaffen, sowohl eigene als auch solche gemäß den einschlägigen amerikanischen Programmen, gelegt.

Zwar gedenkt Washington, die neuen nuklearen Mittelstreckenraketen erst 1983 in England zu stationieren, aber die Forward Based Systems des Pentagons befinden sich schon jetzt dort. Es handelt sich vor allem um amerikanische F111- und Phantom-Bomber. In der hiesigen großen Presse schweigt man sich darüber möglichst aus, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie sich dort befinden. Obwohl die Presse schweigt, erkennen die Engländer allmählich, daß die für einen Überfall auf die UdSSR bestimmten amerikanischen Waffen einen Gegenschlag gegen Ziele in England und nicht in den USA zur Folge haben können. Was die Bedeutung dieser Flugzeuge als „Eindämmungsmittel" betrifft — gerade diese Rolle ist ihnen in der strategischen Doktrin der NATO zugedacht —, so ist ihr eindämmendes Potential viel geringer als ihre Anziehungskraft für Gegenschläge.

Die britische Regierung geht also in diesem Sinne ein zu großes Risiko ein. Der „Guardian" schreibt, falls England auf eigene Eindämmungskräfte verzichten würde (gemeint sind vier U-Boote mit Polaris-Raketen), und falls es zugleich den USA die Stationierung strategischer Systeme auf seinem Boden verwehren würde — derjenigen, die hier im Rahmen der NATO-Verteidigung stationiert sind —, so würde es aufhören, für Rußland ein vorrangiges Ziel zu sein.

Es ist typisch, daß selbst ein so eifriger Verfechter von Kernwaffen für England wie Verteidigungsminister Pym manchmal deprimiert ist. Neulich hat er folgendes erklärt: „Ganz England wird ein vorrangiges Ziel sein, wenn es zu einem Kernkrieg kommen sollte, ob amerikanische Cruise Missiles hier stationiert werden oder nicht." Ginge er in seinen Überlegungen etwas weiter, so müßte er auch die Forward Based Systems erwähnen, deren Vorhandensein viele Engländer auf triste Gedanken bringt.

Solche Gedanken wecken auch die kürzlichen Irrtümer der amerikanischen NORAD-Computer, deren falscher Alarm zu einer für die Welt sehr gefährlichen Situation führen kann. Auch dem amerikanischen Personal bei den Forward Based Systems in England trauen die Engländer nicht allzusehr. Hier spricht man z. B. davon, daß die amerikanischen Militärpiloten die Hauptaufgabe haben, falls es für notwendig erachtet wird, Warnschläge gegen die UdSSR zu führen, während die britische Luftwaffe England und auch die auf englischem Boden stationierten US-Luftwaffenhorste zu verteidigen hätte.



Die Trident-Rakete aus Übersee wird den englischen Steuerzahler viel kosten. *Foto aus „Newsweek" (USA)*

Die in Moskau vorgebrachten neuen Ideen und konkreten Vorschläge weisen einen gangbaren Ausweg aus der ungemein schwierigen und gefährlichen Lage, die sich durch die Absicht der USA und der NATO ergeben hat, neue Mittelstrekkenraketen in Europa zu stationieren. Deshalb wird hier, ebenso wie in anderen Hauptstädten Westeuropas, immer nachdrücklicher davon gesprochen, daß es Zeit sei, die militärische Konfrontation auf ihrem jetzigen Stand zum Stehen zu bringen und allmählich abzubauen, wobei darauf geachtet werden muß, daß allen die gleiche Sicherheit garantiert wird.

Wie werden die Westmächte, auch Großbritannien mit seinen 156 amerikanischen Forward Based F111-Flugzeugen, auf diese Vorschläge reagieren? Vorlaufig gibt sich London der Illusion hin, es könne in einer neuen Runde der gefährlichen Spirale irgendwelche Vorteile gewinnen.

Der Beschluß, ein nukleares Trident-Raketensystem für 5 Md. Pfund Sterling ohne Zurateziehung des Parlaments anzukaufen, ist von der Labour-Opposition scharf kritisiert worden. Nicht nur einfache Mitglieder der Labour-Partei, sondern auch Leute, die die Torys wählen, fordern, daß man auf das Trident-System verzichtet und keine Cruise Missiles in Großbritannien stationieren läßt.

Das ohnehin ablehnende Verhalten der Engländer zu den nuklearen Gelüsten der Regierung Thatcher ist durch die starke Resonanz der konstruktiven Vorschläge noch ablehnender geworden, die Ende Juni in Moskau gemacht worden sind.

Über diese Einstellung der Öffentlichkeit kann sich das Kabinett nicht länger hinwegsetzen, wovon eine der jüngsten Reden Außenminister Carringtons zeugt, in der er den Schwerpunkt darauf verlegte, daß die Ost-West-Beziehungen ausgebaut werden müssen. Die „Financial Times" zitiert folgenden Ausspruch Carringtons: „Wir brauchen nicht unbedingt auf eine permanente, langwährende Konfrontation einzugehen. Das ist bestimmt nicht die Situation, in der wir leben möchten."

Die neue sowjetische Initiative hat hier Stoff zum Nachdenken darüber gegeben, ob Großbritannien seine Zukunft rückhaltlos in die Hände der USA legen soll.

*London*

# CHRISTDEMOKRATEN AM SCHEIDEWEG

Juri GWOSDEW

Die 80er Jahre beginnen für Lateinamerika im Zeichen des anschwellenden Kampfes seiner Völker gegen Imperialismus und Reaktion, für Frieden und sozialen Fortschritt. Wichtige Siege, die die demokratischen Kräfte in mehreren lateinamerikanischen Ländern in letzter Zeit davongetragen haben, zwingen die USA zum Manövrieren bei der Suche nach politischen Bundesgenossen und zum Kombinieren von Reformen und Repressalien. Nicht wenig Hoffnungen setzt Washington darauf, die Christdemokraten für seine Interessen einzuspannen.

## Zweierlei Maß

Die Rolle der christlichen Demokratie im heutigen Leben Lateinamerikas und ihre internationale Politik sind recht widersprüchlich, denn die Christdemokraten Lateinamerikas widerspiegeln die Ansichten unterschiedlicher sozialer Gruppen, von der Großbourgeoisie und den Großgrundbesitzern bis zu den Bauern und einem Teil der Arbeiterschaft.

In der Weltpolitik setzen sich die Christdemokraten Lateinamerikas gewöhnlich für Entspannung, Abrüstung und friedliche Koexistenz ein. Das schafft Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit verschieden orientierter Kräfte, um die Gefahr eines neuen Weltkrieges abzuwenden.

Aber einige Führer der lateinamerikanischen Christdemokraten legen zweierlei Maß an die Probleme von Krieg und Frieden an, je nachdem, ob es sich um die östliche oder die westliche Hemisphäre handelt. Ebenso wenig einheitlich sind ihre Urteile über die Nichteinmischung, Selbstbestimmung, das Recht der Völker, ihre Gesellschaftsordnung und ihren Entwicklungsweg selbständig zu wählen. Charakteristisch in dieser Hinsicht sind Äußerungen des rechten Christdemokraten Hilarión Cardozo, Botschafter Venezuelas in der Organisation Amerikanischer Staaten. Er spricht von der „Gefahr des internationalen Marxismus", der den revolutionären Prozeß in Zentralamerika zu eigenen Zielen benutze.

Seiner Meinung nach „setzt sich die Partisanenbewegung in Zentralamerika aus marxistischen Gruppen zusammen, die in marxistischen Ländern ausgebildet wurden... Es kommt zu einer Koordinierung, einer gemeinsamen Aktion des internationalen Marxismus, der sich das Ziel setzt, eines oder mehrere Länder Zentralamerikas und das karibische Becken zu erobern..."

Solche Gedankengänge der rechten Christdemokraten stimmen mit den geopolitischen Ansichten der herrschenden USA-Kreise über Lateinamerika im allgemeinen und das karibische Becken im besonderen überein. Ebensolche Argumente führt die Administration Carter ins Treffen, wenn sie z. B. Mexiko und anderen Ländern ihren „militärischen Schutz" anbietet.

## Adenauers Schatten

Die 1961 gegründete Christlich-Demokratische Weltunion, der auch die Führer der Christdemokraten Lateinamerikas angehören, zeigt neuerdings erhöhtes Interesse für den Subkontinent, besonders nach dem Sieg der sandinistischen Revolution in Nikaragua. Im Oktober 1979 hielt der Unionsvorsitzende, der Italiener Mariano Rumor, mehrere Treffen mit seinen Gesinnungsgenossen aus Ländern der westlichen Hemisphäre in Rom ab. Darauf erklärte Rumor, es wäre ein Fehler, eine weitere Verschlechterung der Lage und das Anwachsen der Gewalttätigkeit in den Ländern Lateinamerikas zuzulassen. Eine solche Entwicklung bedeute ein „kaum abzuschätzendes Risiko für das künftige Gleichgewicht in dieser Region, die für die Strategie der Freiheit, demokratischen Entwicklung und des Friedens von außerordentlicher Bedeutung" sei.

Ungefähr zu gleicher Zeit wurde in Brüssel ein offizielles Kommuniqué der Europäischen Volkspartei — des Bundes der christlich-demokratischen Parteien der neun EG-Länder — veröffentlicht. Darin war die Rede von der Notwendigkeit, zur „Errichtung einer pluralistischen Demokratie" in Zentralamerika beizutragen. Einige Zeitungen kennzeichnen das gewachsene Interesse der europäischen Christdemokraten für diese Region als Offensivpolitik.

Wie die venezolanische Zeitung „El Diario de Caracas" schrieb, habe sich „die christliche Demokratie in El Salvador der herrschenden Junta angeschlossen und sich somit in Gegensatz zum Volk gebracht... Infolgedessen weitet sich die Situation zu einer Krise aus, steigert die Spannungen, bringt neue Protestformen hervor und überträgt das vom alten Adenauer seinerzeit so gern manipulierte Gespenst des kalten Krieges auf den lateinamerikanischen Boden."

In die Fußtapfen Adenauers treten auch die USA. El Salvador ist für sie eine Art Versuchsfeld, wo sie mit Hilfe der Christdemokraten die Kombination von Reformen und Repressalien ausprobieren, um die anwachsende nationale Befreiungsbewegung in Zentralamerika niederzudrücken. Je stärker die revolutionäre Bewegung des Volkes von El Salvador, desto größer die „Dosis" von Repressalien. Das Weiße Haus unterstützt offen die aggressive Politik der Militär- und Ziviljunta, mehr noch, es hat Pläne für eine militärische Intervention in El Salvador ausgearbeitet. Zudem versuchten die USA, die Länder des Andenpaktes (Venezuela, Kolumbien, Ekuador, Bolivien und Peru) zur Aufstellung einer Sondertruppe zu überreden, dazu bestimmt, in El Salvador und andere Länder der Region zur Un-



EL SALVADOR. Büttel des Regimes treiben die Teilnehmer einer Demonstration zum Gedenken an Erzbischof Arnulfo Romero, der am 24. März 1980 von Terroristen ermordet worden war, mit Schüssen auseinander.

terdrückung der nationalen Befreiungsbewegung einzufallen. Auf einen solchen gefährlichen Weg drängen die USA auch Führer der Christdemokraten Lateinamerikas.

Diese Politiker machen gemeinsame Sache mit den USA, dem reaktionären Militär von Guatemala und Honduras, mit den kubanischen Konterrevolutionären und den ehemaligen Nationalgardisten Somozas. Die Tätigkeit der rechten Christdemokraten schadet der Sache des Friedens und der Entspannung und ebnet faschistischen Regimes den Weg, wie es 1973 in Chile war.

In diesem Zusammenhang erinnerte José María Machín, Exbotschafter Venezuelas in der OAS, an folgendes: „Die Unterstützung, die die Christdemokraten den antidemokratischen Regimes des Kontinents gewährten, kehrte sich später gegen sie selbst. Viele von ihnen verharrten weiterhin auf dieser ewigen Position der Diktaturanhänger, da sie keinen Ausweg aus dem Labyrinth fanden. In Chile, ... wo sie in ihrer Torheit den Pinochet-Umsturz unterstützten, wuchs sich das zu einer Katastrophe für sie aus."

## Erzbischof Romero und andere

Bei weitem nicht alle Christdemokraten wollen mit dem USA-Imperialismus und der einheimischen Oligarchie kollaborieren. Besonders klar zeigte sich das in El Salvador.



NIKARAGUA. Nach dem Sturz der Somoza-Diktatur läuft eine großangelegte Alphabetisierungskampagne. Unterricht in einem Dorf der Provinz Jinotega.

*Fotos: TASS*

Der Begründer der Christlich-Demokratischen Partei El Salvadors und ihr erster Generalsekretär Lara Velado sagte, daß die Morde, die im Lande unter Vorschubleistung der USA verübt werden, weder mit Demokratie noch mit dem Christentum etwas zu tun haben. Velado sah, welch klägliche Rolle seine ehemaligen Kollegen in der Regierung spielten, „wo sie für ein bißchen Macht die Verbrechen der Streitkräfte deckten", und brach Anfang d. J. mit der Partei.

Erzbischof Arnulfo Romero, der von der Hand rechter Terroristen gefallen ist, behauptete, daß die Gefahr für das Land nicht im Kommunismus liegt, sondern in der himmelschreienden sozialen Ungerechtigkeit. Wie er sagte, sind die Repressalien des Regimes die Hauptursache für die Gewalttätigkeit im Lande: „Werden die Behörden keine Gewalt anwenden, so werden auch die Aufständischen nicht zur Gewalt greifen..." Erzbischof Romero ließ die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen mit den Kommunisten und anderen Linkskräften zu, um Frieden, Freiheit und Demokratie herbeizuführen.

Trotz der Unterschiede in den Ansichten über konkrete Fragen der komplizierten politischen Situation in der Welt, trotz der Widersprüchlichkeit und einer gewissen Inkonsequenz in der praktischen Tätigkeit bildet sich in der christlichen Demokratie Lateinamerikas eine Richtung heraus, die in der Tat die Interessen der überwiegenden Volksmehrheit — Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie — verficht. Die Vertreter dieser Richtung bringen die Meinung der christlich-demokratischen Massen zum Ausdruck, wenn sie sich bereit erklären, gemeinsam mit den Sozialisten, Kommunisten und Vertretern anderer politischer Richtungen zu handeln.

Gerade der Einfluß der patriotischen Kräfte in der christlichen Demokratie der Andenländer trug zur effektiven Solidarität mit dem heldenhaften Kampf des nikaraguanischen Volkes gegen die Somoza-Tyrannei bei. Der Versuch Washingtons, einheitliche Streitkräfte des Andenpaktes für eine Intervention in El Salvador aufzustellen, wurde abgelehnt. Gegen die Idee, latein- bzw. interamerikanische Streitkräfte zu formieren, wandte sich entschieden Eduardo Frey, Expräsident von Chile und ein einflußreicher Vertreter der Christdemokraten.

Die antidiktatorische Position eines Teils der lateinamerikanischen Demochristen könnte die Grundlage bilden für die Zusammenarbeit mit den Anhängern der marxistischen Ideologie, den konsequentesten Kämpfern gegen die volksfeindlichen Unterdrückungsregimes. Wichtig in diesem Sinne sind die Bemühungen der chilenischen Kommunisten, gemeinsam mit den Christdemokraten eine breite antifaschistische Front zu errichten.

Nicht weniger wichtig ist die Zusammenarbeit von Ländern, deren Regierungen unterschiedliche Ideologien vertreten, zu dem Zweck, die Entspannung zu fördern und gemeinsame Interessen zu schützen. Ein solches Herangehen könnte zur Umwandlung des karibischen Beckens in eine Friedenszone beitragen. Heute ist das eine sehr unruhige Region, in der die USA die Situation anheizen, um die anwachsende nationale Befreiungsbewegung niederzuhalten: Sie führen dort ständig Manöver der Kriegsmarine und der Luftwaffe durch, sie wühlen ununterbrochen gegen Grenada, Jamaika und andere Republiken. Im Brennpunkt aller Provokationen Washingtons steht natürlich das sozialistische Kuba.

Die USA haben es nicht vermocht, den Bruch der Beziehungen Venezuelas und der anderen Andenländer zu Kuba zu provozieren, und das läßt auf einen Sieg der Vernunft hoffen. Einflußreiche Kreise der venezolanischen Demochristen setzen sich für die Zusammenarbeit mit Kuba auch bei der Lösung akuter karibischer Probleme ein. José Rodríguez Iturbe, Abgeordneter des venezolanischen Kongresses und Mitglied der COPEI, betonte: „Man darf die Existenz Kubas nicht ignorieren, ob sie uns nun gefällt oder nicht. Das ist eine nicht wegzuleugnende Realität. Deshalb erscheint mir ein Dialog Kuba—Venezuela nützlich." Prof. César Rondón Lovera, der zum Botschafter Venezuelas auf Kuba ernannt worden ist, erklärte im Februar 1980 in einem Interview für die Zeitung „2001" (Caracas): „Trotz der Unterschiedlichkeit unserer Systeme muß man Gemeinsames finden, was beiden Ländern nützlich sein könnte."

Rafael Caldera, ein namhafter Führer der lateinamerikanischen Demochristen, rief in seiner Rede vor europäischen Parlamentariern im Mai 1980 in Brüssel dazu auf, die gemeinsamen Interessen der Völker — Frieden, Selbstbestimmung — über die geopolitischen Erwägungen zu stellen.

Ein solcher Standpunkt zu den internationalen Beziehungen ist allen Menschen guten Willens, gleich welcher Ideologie, nahe und verständlich. Es geht ja um Werte, ohne die sich die menschliche Zivilisation nicht entwickeln kann. ■

# ZAHLENAKROBATEN

Die amtliche Statistik in den Ländern des Kapitals soll bekanntlich die wahren Ausmaße der Arbeitslosgikeit verschleiern.

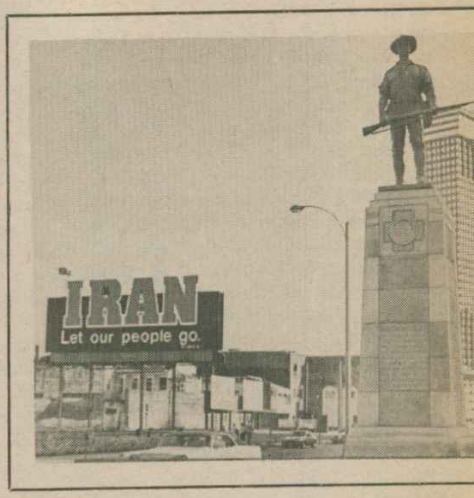
Ein aktuelles Beispiel: Das Büro für Arbeitsstatistik des US-Arbeitsministeriums teilte mit, daß im Juli trotz der Wirtschaftskrise 460 000 Amerikaner Arbeit gefunden haben. Da die Zahl der Arbeitslosen früher jeweils alle vier Monate um durchschnittlich 350 000 zunahm, ist diese Mitteilung für die Administration wohl erfreulich gewesen. Wurde ja deutlich, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt jetzt zumindest nicht weiter verschlechtert hat. Diese Zahl ließ die Administration kühn behaupten, die Arbeitslosigkeit bleibe auf dem im Frühjahr registrierten Stand.

Jedes neue Prozent Arbeitslose kann Präsident Carter bei der Wahl im November Hunderttausende Stimmen kosten. Im Büro für Arbeitsstatistik hat man also gewußt, womit man das Weiße Haus erfreuen kann. Schließlich verfügt man dort über einschlägige Manipulationserfahrungen.

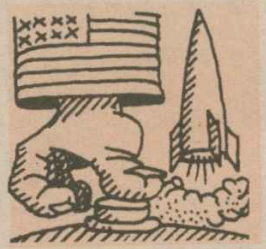
Die offiziellen Arbeitslosenziffern ermittelte das Büro aus einer „Repräsentativumfrage", nicht aber nach Fakten. Dank dieser Methode hat man allein von Februar bis Juli mehr als eine halbe Million Arbeitslose „weggezaubert". Und im Juli nahm der „Business Week" zufolge die Beschäftigung nicht zu, sondern ging um weitere 240 000 zurück.

Offenbar hat dieses fein gewebte Bild der amtlichen Statistik das Weiße Haus nicht zu beruhigen vermocht. Am 28. August kündigte Präsident Carter Sofortmaßnahmen an, um die Wirtschaft zu stimulieren und die Beschäftigungslage zu verbessern. Doch die Präsidentendrede hat die Zweifel von Millionen arbeitsloser Amerikaner nicht zerstreut. Will Carter ihnen tatsächlich Arbeit geben oder aber braucht er nur Wählerstimmen?

**F. GORJUNOW**




# VON DER „V" ZU DEN „TOMAHAWKS"



Von 1933 bis 1945 wurden bekanntlich in Hitlerdeutschland Raketen entwickelt und gebaut. Mit ihrer Hilfe strebte der „Führer" nach der Weltherrschaft.

Forschungsstelle und Versuchsfeld der Geheimwaffen war in Peenemünde, unter der militärischen Leitung von Walter Dornberger. 1944 wurde Diplomingenieur Dornberger im Generalsrang Inspekteur der mit Raketen ausgerüsteten Truppen. Von den 23 137 Flügelraketen des Typs FZG-76-B-1 (V 1), die unter Dornberger entwickelt wurden, kamen in den letzten Kriegsjahren 10 500 zum Einsatz — gegen Städte Großbritanniens, Belgiens und der Niederlande. Der General leitete ferner die Konstruktion der ferngelenkten Waffen vom Typ DB-246.

Nach dem Krieg gab es für das „technische Genie" des Herrn Dornberger keine Zwangspause. Unter den Fittichen des Pentagon entwickelte der Kriegsverbrecher eine neue Rakete, sozusagen eine Kreuzung der FZG-76-B-1 und der DB-246 namens „Tomahawk". Eine rein amerikanische Bezeichnung erhielt Dornbergers Rakete nicht von ungefähr. Washington will dieses Teufelsding des NS-Mörders in Westeuropa stationieren, wo man sich noch allzu gut an die „Vergeltungswaffe" erinnert.

**L. SMIRNOWA**

*Zeichnung aus Fred Schmidts und Armin Cullmanns Buch „Das Pulverfaß. Strauß, Bonn und die bayerische Rüstungsmafia" (BRD)*

# BEGRABENE

Der von der Regi
rung Fraser dem austr
lischen Parlament vorg
legte neue Haushalt f
das Finanzjahr 1980
wurde als Beweis
die Entschlossenheit d
Regierung serviert, let
lich dem Lande d
Wohlstand zu bringen.

# CHINESISCH FAUST-BALL

Die chinesische
„Tiyu bao" brachte k
ersten Seite einen B
Überschrift: „Wir hab
geantwortet, es ihnen
geben!" Schlachtenb
Schanghai berichteten
einer Schlägerei chin
baller mit der Mannsc

# GEDENKMÜNZE



**Die ägyptische 10-Piaster-Gedenkmünze anläßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Israel zeigt Präsident Sadat mit Friedenstaube und Olivenzweig. Diese Münze wurde 1980 in Umlauf gebracht — in einem äußerst unpassenden Augenblick. Wird ja Ägypten gerade jetzt von starkem militaristischen Fieber geschüttelt.**

**Da sind die Konzentration ägyptischer Truppen an der Grenze zu Libyen, Besuche von US-Generälen, die gemeinsamen ägyptisch - amerikanischen Manöver, die den USA ermöglichen sollen, die Bedingungen eines Krieges in den Wüsten des Nahen Ostens zu studieren, die Verstärkung der US-Luftwaffenstützpunkte in Ägypten im Raum Qena und Kairo. Die Schaffung eines weiteren US-Stützpunktes am Roten Meer wird forciert. Zugleich liefert das Pentagon Ägypten weiterhin Waffen.**

**1979 wurde in Washington der Beschluß gebilligt, Sadat einen Kredit von 1,5 Md. Dollar für Waffenankäufe einzuräumen. In den nächsten fünf Jahren werden die USA Kairo Waffen**

**für ca. 5 M
Diese Waf
neswegs g
richtet w
gegen die
Regimes i
Als Sym
tiven Frie
richtiger,
denstaube
tom F-16
große Part
flugzeuge
USA an Ä
werden.**

## DITIONSPFLEGE

der Canal Street, der Haupt-
e von New Orleans (USA),
ch Wolkenkratzer in unmit-
rer Nachbarschaft von
lshütten und Trümmerflä-
finden, prangt der Spruch:
. Laß unsere Leute ziehen!"
ese Aufforderung findet sich
n einem Denkmal für die
ne. Dazu die Worte „Errich-
om Staat Louisiana zu Eh-
einer Söhne, die in der Ar-
und Navy der Vereinigten
en am Krieg gegen Spanien,
den Philippinen, an der Ex-
pedition nach China in den Jahren 1895—1902 teilgenommen haben. Errichtet am 9. Mai 1959."

Im Krieg gegen Spanien, der mit der Besetzung Kubas, der Philippinen und Puerto Ricos endete, verteidigten die US-Marine nicht ihr Vaterland, sondern die Interessen der Monopole. Auch die „chinesische Expedition" war kein Ruhmesblatt in der Geschichte der USA — ebensowenig wie deren Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran. Diese Schandflecken lassen sich weder mit Propagandasprüchen noch mit Monumenten verdecken. Die Sitten in Amerika haben sich nicht geändert.

**F. SINKO**

*Foto des Autors*

## ELDORADO DER PRESSEFREIHEIT

Bekanntlich hängt die materielle Lage der bürgerlichen Presse von der Reklame ab. Die Inserenten setzen die Redaktionen ungeniert unter Druck. Wer zahlt, bestimmt. Wer das vergißt, bekommt es schmerzhaft zu spüren.

Die zweitgrößte Züricher Zeitung, der „Tages-Anzeiger", verärgerte im letzten Jahr die großen Autoimporteure durch einen Beitrag über die Machenschaften der Autolobby. Die Firmen gaben der Zeitung seitdem fast keine Werbeaufträge mehr. Wegen dieses Boykotts verliert das Blatt monatlich ca. eine halbe Million Schweizer Franken.

Kürzlich wagte es der „Tages-Anzeiger", die Jugendlichen nicht zu verurteilen, die kürzlich gegen den Beschluß der Stadtverwaltung protestiert hatten, einige Millionen Franken für die Renovierung des Opernhauses bereitzustellen, doch keinen Rappen für ein kulturelles Jugendzentrum zu bewilligen. Der „Tages-Anzeiger" erkühnte sich, objektiv über die Vorgänge und ihre Ursachen zu informieren.

Sofort zeterte die „Arbeitgeberzeitung": „Wie lange noch machen sich eigentlich Leser und Inserenten, vor allem Werbe- und Personalchefs, Illusionen über Haltung und Standort dieser Zeitung, die ... praktisch die Linie der Führung der Züricher SP (Sozialdemokratischen) Stadtpartei einhält und mit ihren Sympathien für die angebliche ‚Jugendbewegung' nicht zurückhält?"

Das Gezeter tat seine Wirkung: Die Werbeaufträge sind noch stärker zurückgegangen.

**W. ROSEN**

## UNGEN

Sorge um das
gehen der Nation
gerade zur rech-
it demonstriert.
erden in Austra-
hlen steigen (ihr
wurde noch nicht
gegeben), bereits
aber sollen die
wissen, wer denn
den Wohlstand in seiner Hand hat. Dafür braucht man eben nur die Partei des Premiers zu wählen...

Allerdings hat Fraser vor fünf Jahren gleich nach Amtsantritt ebenfalls Arbeit für alle, niedrigere Preise, ein soziales Schlaraffenland und vieles andere versprochen. Frasers Frist ist bald abgelaufen, doch 7 Prozent der Australier (so viele Arbeitslose gibt es dort) haben eine Einlösung dieser Versprechungen nicht erlebt. Statt dessen galoppieren die Preise, die Mieten stiegen. Jeder siebte Einwohner des Landes lebt im Elend. Das Kabinett Fraser wird als Regierung der höchsten Steuern „unvergessen" bleiben.

All das stimmt die Australier nicht gerade optimistisch. Sie wissen: Wenn Fraser an der Macht bleibt, können sie für die kommenden fünf Jahre ihre Hoffnungen ebenso begraben wie im letzten halben Jahrzehnt.

**L. MLETSCHIN**

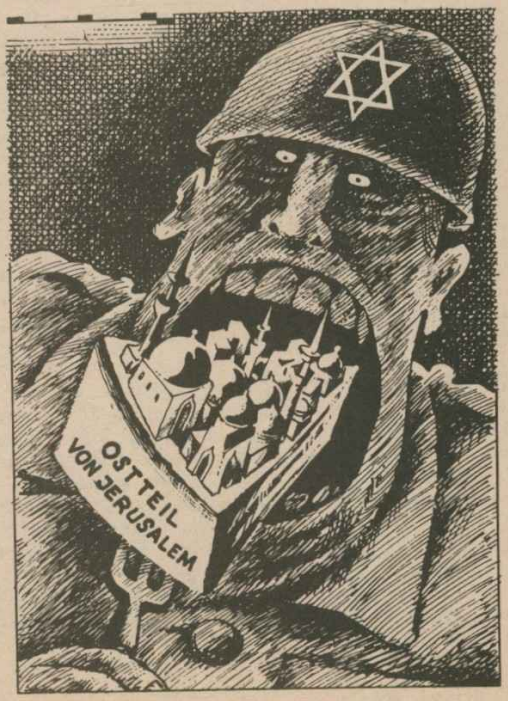
ung
der
der
den
ge-
aus
von
uß-
ays

ern.
kei-
ge-
dern
chen
„ak-
wäre
Frie-
han-
Eine
agd-
den
efert
SKI

bei einem „Freundschaftsspiel". Genießerisch schwelgten die Briefschreiber in den Prügelszenen. „Die Chinesen sind ein mutiges und aufrechtes Volk! Die Chinesen werden keine Demütigung dulden! Die Zeit ist vorbei, da die Chinesen nicht wagten, die Hand zu heben, um zurückzuzahlen!" erklären die Verfasser des Briefes, wobei sie sogar darauf verweisen, daß China in der Vergangenheit „lange Zeit Mißhandlungen durch die Imperialisten ausgesetzt war".

Die Verfechter des Faustrechts im Sport erinnern nicht nur an längst vergangene Zeiten. Sie vergleichen sogar die Attacken gegen die uruguayischen Fußballspieler mit der Aggression Pekings gegen Vietnam v. J. Wenn die Führung des Landes Nachbarn überfällt, warum sollten sich dann nicht die Sportler daran ein Beispiel bei internationalen Begegnungen nehmen? Die einen „erteilen eine Lektion", die anderen prügeln tüchtig. Hier wie da soll die „Überlegenheit" der Chinesen gegenüber den „Barbaren der vier Himmelsrichtungen" bewiesen werden. Immer feste drauf!

**F. JURJEW**




Die Annexion des arabischen Teils von Jerusalem und die Proklamierung Jerusalems zur Hauptstadt Israels haben ein weiteres Mal den Expansionismus Tel Avivs demonstriert

Stück für Stück...

*Zeichnung: N. Stscherbakow*

# Die Autostadt von Lowetsch

Nikolai PANIEW

Nicht sehr freundlich klangen die Zeitungsberichte über den ersten Kraftwagen, der zu Beginn dieses Jahrhunderts in Sofia auftauchte. Die alte Meldung über den „schwarzen Teufel", wie die erste Benzinkutsche getauft wurde, brachte die bulgarische Presse unter der Rubrik „Das schrieb man zu Anfang des 20. Jahrhunderts" just an dem Tag, da der 100 000. „Moskwitch" vom Fließband des Autowerks von Lowetsch lief.

„Anfang des Jahhunderts dachte natürlich keiner daran, daß in einem Land der Bauern und Handwerker Autos gebaut werden könnten", begann der Erste Sekretär des Parteikreiskomitees von Lowetsch Pjotr Balewski, ehemaliger Komsomolze, der zum Leiter der Parteiorganisation dieses aufstrebenden, zukunftsträchtigen Gebiets wurde, seinen Bericht über den neuen Industriezweig Bulgariens.

Mitte der 60er Jahre zeigte das Kollektiv des Betriebs „Balkan" bei einer Demonstration anläßlich der Oktoberrevolution in Lowetsch den ersten hier montierten „Moskwitch".

„Das ganze Geheimnis dieses Zweiges steckt in dem langen Fließband", sagte Pjotr Balewski.

Das „lange Fließband" hätte ich gern mit eigenen Augen gesehen, doch der Erste Sekretär gab zu verstehen:

„Der Anfang des Fließbands ist in Moskau, das Ende bei uns."

Kurz und bündig. Das lange Fließband bedeutet die gemeinsame Produktion von zwei Autowerken: des Moskauer Werks „Leninscher Komsomol" und des Lowetscher „Balkan". Wie dieses Fließband funktioniert, konnte ich in den beiden Betrieben beobachten.

Der Generaldirektor der Vereinigten Balkan-Werke, Marko Milew, Bauernsohn aus einem Nachbardorf von Lowetsch, ist im Moskauer Werk wie zu Hause.

„Ein Fließband, noch dazu eines, das zwei Partnerbetriebe verbindet, erfordert ständige Vervollkommnung, Erneuerung", meint er. „Als wir pro Jahr ein paar Hundert ‚Moskwitch' montierten, galt das schon als großer Produktionserfolg. Für eine solche Autoportion gab es ein anderes Fließband. Heute montieren wir mehr als 15 000 Wagen pro Jahr. Und natürlich braucht es dazu ein leistungsfähigeres Band".

Es wäre falsch zu sagen, in Lowetsch beschäftigte man sich nur mit der Montage von Einzelteilen aus Moskau. Die Lackierung, der Einbau der Sitze, die Herstellung von Akkus, Startern und Lichtmaschinen wurden von „Balkan" und bulgarischen Partnerbetrieben übernommen.

Das weite Gelände der Vereinigten Balkan-Werke, wo übrigens nicht nur Autoteile, sondern auch Krafträder und Klappfahrräder erzeugt werden, erhielt den neuen Namen Autograd. Die Stadt der Automobilarbeiter erinnert an Autograde in Moskau, Gorki, Saporoshje... Und nicht nur äußerlich, auch durch den präzisen Arbeitsablauf und die Dimensionen.

„Es bestehen gute Aussichten für die Steigerung der Montage dieser bei den Bulgaren sehr beliebten Fahrzeuge", fährt der Generaldirektor fort. „Der Absatz dieser integrierten ‚Moskwitch' ist bei uns in Bulgarien gesichert."

Das Leitwerk in Moskau, das zur Großvereinigung „Moskwitch" wurde, hat neue Fahrzeugmodelle entwickelt. Also sind Veränderungen auch für das lange Fließband zu erwarten. Zur Erfahrungsvermittlung bei der Montage neuer Moskwitchmodelle ist eine Gruppe sowjetischer Fachleute nach Lowetsch gekommen.

Ich traf in dem Kombinat zwei ständige Vertreter der Vereinigung „Moskwitch", die erfahrenen Fachkräfte und ständigen Teilnehmer an PKW-Ralleys in Bulgarien, Vitali Blochin und Alexander Drobotow. Sie zeigten mir zwei neue Moskwitch-Modelle, die lackglänzend auf dem Vorführplatz standen.

„Feine Wägelchen, was?" fragten sie. „Raten Sie mal, welcher Wagen in Moskau und welcher in Lowetsch montiert wurde?"

„Ja, sie lassen sich kaum unterscheiden", meinten unsere Fachleute. „Der Lowetscher Wagen wurde nach allen Regeln der Kunst montiert, schön und zuverlässig."

Ich bemerkte, daß die bulgarischen Fachleute über dieses Lob sehr erfreut waren.

„In Moskau lag das neue Modell gerade erst auf Band, da wurde es in Lowetsch schon montiert und mit erstklassigen Teilen ausgerüstet", sagte Vitali Blochin.

In Moskau befragte ich die Moskwitch-Hersteller über ihre Kontakte zum bulgarischen Autograd.

„Ja, zu Lowetsch bestehen die engsten, brüderlichen Beziehungen", lautete die Antwort.

Nicht nur auf der Produktionslinie bestehen diese engen Kontakte. Aus Lowetsch kam z. B. ein Brief mit dem Vorschlag, gemeinsam Sommerferien für die Kinder zu organisieren. Dreißig kleine Moskauer, Sprößlinge der hiesigen Autowerker, werden sich in Bulgarien erholen und genauso viele Kinder aus dem bulgarischen Autograd in der Sowjetunion.

Ein anderer Vorschlag lautete, man solle zwanzig Personen zum Studium der besten Erfahrungen austauschen.

Die Beförderung der Einzelteile nach Bulgarien läuft nach einem festen Fahrplan ab. Im bulgarischen Autograd weiß man immer, daß das Gut aus Moskau rechtzeitig kommen und das Fließband nicht stehenbleiben wird...

„Bulgarien seinerseits erhöht die

# BEGEGNUNG MIT DIPLOMATEN

Der Konferenzsaal der Zeitung „Iswestija" sah am 27. August Chefs und Angehörige von 88 Botschaften. Die Protokollabteiung des UdSSR-Außenministeriums hatte sie eingeladen, sich mit dem führenden Presseorgan des Sowjets der Volksdeputierten der UdSSR bekannt zu machen.

Chefredakteur P. Alexejew erläuterte ausführlich die Rolle des Blattes bei der Entwicklung der sowjetischen Demokratie, bei Kritik und Selbstkritik, der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und ging auf die Geschichte der „Iswestija" ein.

Die Zeitung hat eine Tagesauflage von 7 Millionen, die wöchentliche illustrierte Beilage „Nedelja" von 1,5 Millionen. Die „Iswestija" wird in 47 Städten des Landes gedruckt, 39 regionale

Lieferungen von Akkus, Luft- und Ölfiltern, Gummidichtungen, Startern und Lichtmaschinen für die sowjetischen Autowerke", sagt Pjotr Balewski. „Und das ist auch bei den Werken in Sliven, Botewgrad, Tolbuhin, Schumen und anderer Städte so."



Moskwitch-Montage im Lowetscher Automobilwerk
*Foto: BTA—TASS*

Die Industriegiganten sind die Visitenkarte des Gebiets Lowetsch, ein Beweis für den großen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die gestiegenen ökonomischen Möglichkeiten, für die Entwicklung fester Integrationskontakte mit der Sowjetunion und anderen Bruderländern. Im Kreis Lowetsch werden aber auch die traditionellen Handwerksbetriebe nicht vergessen. Ihre wahre Hauptstadt ist die große Siedlung Oreschak. Sie war immer für ihre Basare und Ausstellungen des Volksschaffens bekannt. Diese Ausstellung von Handwerksarbeiten in Oreschak findet inzwischen auf einer großen Fläche mit Pavillons und Nebengebäuden statt. Hier gibt es die erstaunlichsten Dinge! Selbst die einmaligsten Erzeugnisse der alten Meister und ihrer Schüler, Menschen unterschiedlichster Berufe, für die Holzschnitzen, Zieselier- und Keramikarbeiten oder Teppichweben nur „Hobby" sind, lassen sich schwer aufzählen. Sie legen Zeugnis für das Talent, den guten Geschmack und das Gefühl für Proportionen und Farben bei den Bulgaren ab.

Bulgariens Landkarte weist keine Technograde auf. Aber es gibt so eine Stadt: In Plovdiv auf dem großen Messegelände, wo im Herbst Tausende junge Talente Bulgariens zusammentreffen. Es sind die Kinder, Enkel und Urenkel jener ausgezeichneten Handwerksmeister, die ihre Erzeugnisse in der Siedlung Oreschak zeigten. Ich habe dieses Technograd mehrmals besucht. Während der populären Plovdiver Messe wird das wissenschaftlich-technische Schaffen der bulgarischen Jugend ausgestellt. Die aktive Einbeziehung der Jugendlichen in den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und den Aufbau der entwikkelten sozialistischen Gesellschaft wirkt tatsächlich Wunder. Eines davon ist die Meßapparatur für den „Interkosmos 12", die von jungen wissenschaftlichen Mitarbeitern der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften entwickelt wurde. Jeder Bulgare kennt die sympathische, freundliche Tanja Iwanowa, die von allen „Miss Interkosmos" genannt wird. Sie erhielt diesen Ehrentitel in Moskau, wo sie mit einer großen Gruppe junger wissenschaftlicher Mitarbeiter das Programm und die materialtechnische Basis für die Interkosmos-Flüge — Ergebnis der kosmischen Integration zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft — vorbereitete.

Und der erste bulgarische Kosmonaut Georgi Iwanow stammt auch aus Lowetsch.

„Ja, mit der Kfz-Montage fingen wir an und haben dann unseren Mitbürger ins All geschickt", beendete Pjotr Balewski seinen Bericht. ■

---

Ausgaben werden innerhalb von 40 Minuten per Bildtelegraph übermittelt.

Die Redaktion unterhält engsten Kontakt zu ihren Lesern und erhält jährlich zwischen 500 000 und 600 000 Zuschriften. Während der Volksdiskussion des Entwurfs der neuen Verfassung gingen bei der „Iswestija" mehr als 14 000 Vorschläge ein, wovon rund 1000 veröffentlicht wurden.

Mit internationalen Ereignissen befassen sich drei Redaktionsressorts und 38 Eigenkorrespondenten im Ausland.

Die Diplomaten folgten den Ausführungen des Chefredakteurs mit großem Interesse und erhielten auf ihre Fragen ausführliche Antwort. Die Gäste besichtigten die Redaktionsräume und die Druckerei. Die sie begleitenden Journalisten machten sie mit der Arbeit an der laufenden Ausgabe, mit der modernen technischen Ausrüstung der Redaktion vertraut. Zum Abschied gaben die Diplomaten ihrer Freude über diese Begegnung Ausdruck.

* * *

Die Protokollabteilung des UdSSR-Außenministeriums organisierte für die Chefs der diplomatischen Vertretungen eine Rundreise in die Litauische SSR. Ihre Teilnehmer waren Botschafter, Geschäftsträger und Angehörige der Botschaften von 22 Staaten.

In Vilnius wurden die Gäste vom Außenminister der Litauischen SSR Zenkevičius, vom Ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Vilniuser Stadtsowjets der Volksdeputierten Kačionas sowie von anderen offiziellen Persönlichkeiten empfangen. Die Diplomaten statteten dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Litauischen SSR Barkauskas einen Besuch ab. Er berichtete den Gästen über die Leistungen der Republik in den verschiedenen Bereichen des kommunistischen Aufbaus während der 40 Jahre Sowjetmacht.

Die Diplomaten besuchten das Möbelkombinat „Vilnius" sowie die Leistungsschau der Volkswirtschaft der Litauischen SSR. Das Präsidium des Obersten Sowjets der LSSR gab den Diplomaten ein Essen.

Die Gäste weilten in Kaunas, wo sie Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Stadtsowjets der Volksdeputierten Razumas hatten. Danach machten sie einen Stadtrundgang, besuchten die Čiurlionis-Gemäldegalerie sowie den Sport- und Kulturkomplex des Kunstfaserkombinats „50 Jahre UdSSR". Zum Abschluß wurden den Diplomaten Dokumentarfilme über Kaunas vorgeführt. Die Besucher besichtigten den Kolchos Zapyškis im Bezirk Kaunas, das Historische Museum in der Burg Trakai sowie die Universität Vilnius und die ganze Hauptstadt.

Die Diplomaten nahmen von ihrer Reise durch Litauen gute Eindrücke mit. Sie dankten der Protokollabteilung des UdSSR-Außenministeriums für die ihnen gewährte Möglichkeit, sich allseitig mit den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen einer der sowjetischen Ostseerepubliken vertraut machen zu können. ■

# NACH ALTEM DREHBUCH

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

So ist das nun mal bei der bundesdeutschen Presse: In der Sauregurkenzeit, wenn die Politik Ferien macht, müssen Skandale herhalten. Alle möglichen. Von hochgestochenen — Prinzessin Caroline, die flotte Tochter des Fürsten von Monaco, gerade erst unter der Haube, will sich schon scheiden lassen — bis zu dramatischen — der Göttergatte eines Fotomodells von „Playboy" hat sein Weibchen wegen mangelnder Gegenliebe abgeknallt.

Die Sommerstille wird von den politischen Hinterbänklern genutzt, um sich ins „rechte" Licht zu setzen. Den Vogel schoß dabei der CDU-Abgeordnete Todenhöfer ab. Er streifte sich ein Nomadengewand über und drang gemeinsam mit von Pakistan ausgeschickten Banden in Afghanistan ein. Todenhöfer posierte dem vorsorglich mitgenommenen Kameramann und betätigte sich nach seiner Rückkehr als Märchenerzähler, womit er bewies, daß man unter den Bonner Parlamentariern nicht nur eingefleischte Reaktionäre, sondern auch Buschmänner finden kann.

Schließlich ist die Sauregurkenzeit eine Zeitreserve für die Parteien, die bis zu den Ferien des Bundestages nicht alles unter Dach und Fach gekriegt haben. In diesem Jahr machen die Oppositionsparteien CDU und CSU davon Gebrauch. Ahnend, daß sie vor den Bundestagswahlen am 5. Oktober die Mehrheit der Wähler noch nicht kirre haben (das zeigen die Meinungsumfragen), versuchten sie es mit einem Skandal.

Den Anlaß lieferte ein ziemlich alter Hut. Während der Rekrutenvereidigung der Bundeswehr am 6. Mai in Bremen war eine Gruppe von Anarchisten, die sich der 15 000köpfigen antimilitaristischen Demonstration angeschlossen hatte, mit der Polizei in ein blutiges Handgemenge geraten. Die parlamentarischen Untersuchungen dieser Angelegenheit leitete der Militärexperte der CDU/CSU Manfred Wörner. Die Opposition blähte die Geschichte auf und wollte damit den politischen Gegner vermiesen, da in Bremen die SPD herrscht. Tag für Tag vom Fernsehen übertragene Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die sich fast zum Verhör auswuchsen, sollten zeigen, daß Oberbürgermeister, Senatoren und Polizeipräsident (und damit die SPD) keine Ordnung im Land halten können.

Gleichzeitig sollte die gesamte Antikriegsdemonstration, ein Ausdruck des Protests gegen die Erneuerung der Traditionen des Preußentums und der Hitlerwehrmacht in der BRD, heruntergespielt werden. Weiter versuchte man die bei den Jugendlichen trotz aller Propaganda bestehende Aversion gegen das Militär abzubauen. Sie sollten eine Spritze in „militärischem Denken" bekommen, vor dem der SPD-Vorsitzende Willy Brandt vor kurzem erst gewarnt hatte.

Zum Skandal kam es, aber nicht zu dem, den Wörner und seine Parteifreunde gewollt hatten. Es stellte sich nämlich heraus, daß einer der Anarchistenanführer, die die Demonstranten gegen die Polizei aufgewiegelt hatten, bezahlter MAD-Agent war! Für 2000 DM pro Monat hatte er in verschiedenen Jugendorganisationen herumgeschnüffelt und sollte seinem Auftraggeber Fälle einer eventuellen „Volksfront" melden, wie man hier jegliche gemeinsame Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten nennt, egal ob es sich dabei um die Beteiligung an einem Forum der Friedenskräfte oder um eine Protestkundgebung gegen Berufsverbote handelt.

Obwohl die SPD Regierungspartei ist, hat sie ein ziemlich kompliziertes Verhältnis zu den Geheimdiensten. Sie alle — BND, MAD und Verfassungsschutz — wurden unter der Ägide der jetzigen Opposition in den Zeiten des kalten Krieges gegründet. Die erste Generation der Geheimdienstler war noch im „Dritten Reich" erzogen worden. Man braucht dabei nur an den Spionagegeneral Reinhard Gehlen zu denken, der praktisch die Alleinherrschaft über den BND ausübte. In jener Zeit hatten die Geheimagenten, wie sich später herausstellte, nicht selten den Auftrag, Führern der Sozialdemokratie hinterher zu spionieren. In den 10 Regierungsjahren der SPD/FDP-Koalition hat sich da vieles geändert. Es wäre allerdings ein naiver Glaube, die alte Garde sei ganz und gar abgetreten oder umgeschwenkt. Nicht umsonst veröffentlicht die Springer-Presse bestimmte Top-Secret-Dokumente, die der Reaktion in die Hände spielen sollen.

Gewandelt hat sich auch der Standpunkt der SPD-Führung. Wenn sie früher auf die Adenauerschen Remilitarisierungspläne der BRD antwortete: „Ohne uns", so tun sich SPD-Führer beispielsweise heute als Mitinitiatoren des NATO-Beschlusses über die Stationierung neuer US-Raketen in Europa hervor. Diese Widersprüche zwischen dem Zugeständnis, daß die Entspannung den nationalen Interessen der BRD entspräche, und dem Kurs auf Beteiligung am Wettrüsten, beunruhigen die demokratische Öffentlichkeit seit langem.

Aus den Vorgängen in Bremen konnte die rechte Opposition nicht das erhoffte politische Kapital schlagen, denn kaum war der agent provocateur geplatzt, wurden alle Untersuchungen sofort gestoppt. Einiges jedoch hatten die Rechten erreicht. Die Bremer Jungsozialisten z. B. verweigerten ihre Teilnahme an gemeinsamen antimilitaristischen Aktionen anläßlich des Jahrestages des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges. Wie umsichtig sie diesen Schritt auch erläuterten, war doch jedem klar: Hier hatten die Angriffe der Konservativen und ihre falschen Anschuldigungen ihre abschreckende Rolle gespielt.

Ein anderes Beispiel war die Erklärung Verteidigungsminister Apels, er werde nicht auf die öffentliche Vereidigung von Bundeswehrsoldaten verzichten. Eine zweite solche Vereidigung fand dieser Tage in Remscheid statt. Allerdings hatte die Polizei vorher Haussuchungen bei „potentiellen Demonstranten" vorgenommen. Schließlich wies das Verteidigungsministerium am 20. August Journalisten auf einer Pressekonferenz spezielle Orden für die Bundeswehr vor, die zum ersten Mal in der BRD vergeben werden sollen.

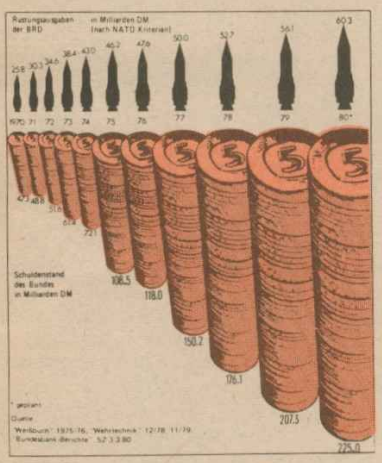
Man konnte sich kaum des Eindrucks erwehren, daß sich der sozialdemokratische Verteidigungsminister mit den Fanfarenstößen der Militärkapelle und dem Ordenblitzen bei den konservativen Offizieren Liebkind machen wollte, die heute ein durchaus gestörtes Verhältnis zur SPD haben. Das ergab sich vor kurzem aus dem „confidentialen" Schreiben eines Militärs an den Kanzler. Wie das aber in solchen Fällen häufig vorkommt, wurde es sofort publik.

Während man den Bundesbürgern früher weismachen wollte, der Bundeswehrsoldat sei lediglich ein „Bürger in Uniform", der sich durch nichts von ihnen unterscheide, spricht man heute klar und deutlich von der Notwendigkeit einer stär-

keren Erneuerung der „deutschen Militärtraditionen". Zusammen mit der Story von der „sowjetischen militärischen Bedrohung" wurde das zu einem wichtigen Element der psychologischen Vorbereitung der Bundesbürger auf eine neue Stufe der Militarisierung, die sie nun erklimmen sollen.

Warum gerade jetzt? Weil nämlich die Rüstungsindustriellen der BRD und die mit ihnen liierten militaristischen Kreise der Meinung sind, ihr Betätigungsfeld sei zu schmal geworden. Sie haben nun genügend Kraft zu einem entscheidenden Vorgehen gesammelt und gehen, wobei sie sich die Zuspitzung der internationalen Situation (zu der sie gemeinsam mit dem Militärindustriekomplex der USA beigetragen haben) zunutze machen, in die Offensive.

Unter ihrem Druck hob die Westeuropäische Union (WEU) das Verbot der Tonnagebeschränkung für den Kriegsschiffbau auf. Um überflüssige Fragen der Bundesbürger zu vermeiden, wurde erläutert,




die Bundesmarine wolle keine „Vergrößerung der deutschen Flotte", sondern lediglich die „Gleichberechtigung" wiederherstellen. Marineinspekteur Bethge verkündete, dieser Beschluß habe „in erster Linie den Zweck, der (west)deutschen Schiffbauindustrie mehr Bewegungsmöglichkeiten zu geben und sie wettbewerbsfähiger gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu machen". Es gäbe keine Forderung nach einem Ausbau der deutschen Flotte, versicherte der Admiral, man habe auch „bisher keine Anforderungen zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben in anderen Seegebieten".

Diese Erklärung nahm kaum jemand ernst. Die „Süddeutsche Zeitung" schrieb dazu: „... dennoch steckt hinter dem WEU-Beschluß mehr als die späte Gleichberechtigung des ehemaligen ‚Feindstaates' Deutschland. Vielmehr ist darin eine Vorbereitung der Marine auf neue Aufgaben zu sehen. Nicht gerade im Indischen Ozean, wo ohne NATO-Auftrag nur die Amerikaner und die Briten operieren können, wohl aber im Nordmeer". Die Zeitung unterstrich, von nun an gebe es für die bundesdeutsche Kriegsmarine keinerlei Rüstungsbeschränkungen mehr.

Während Admirale und Kriegsschiffswerften offiziell grünes Licht bekamen, durchlöchern andere Rüstungskonzerne die Verbote auf Katzenpfoten. Vor kurzem kam es zu einem Eklat, bei dem sich kriminelle Methoden eines „soliden, geachteten Betriebs" herausstellten. Ein hochgestellter Beamter des BRD-Verteidigungsministeriums, der sich mit Untersuchungen im Rüstungsbereich beschäftigt, vergab für 100 000 DM Bestechungsgelder (die er als Beraterhonorar kaschierte) die besten Aufträge an eine holländische Firma, die Rüstungsneuheiten für die Bundeswehr entwickelt.

Diese gerichtsnotorische Angelegenheit wurde umgehend unter den Tisch gekehrt. Auf eine Anfrage der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" antwortete der Bonner Oberstaatsanwalt: „Wir nennen keine Namen. Wir müssen abwägen zwischen öffentlichem Interesse und dem des Beschuldigten und der Firma. Und in diesem Fall stellen wir das Interesse der Firma über das Interesse der Öffentlichkeit auf volle Information."

Also alles wie immer. Der Hahn des sogenannten freien Informationsflusses wird rücksichtslos zugedreht, wenn es um Konzern- und obendrein Rüstungskonzerninteressen geht, so ungesetzlich sie auch sein mögen. An dem Hahn drehen vor allem jene, deren Gewinne gefährdet sind. Und die Gewinne dieses Zweigs sind geradezu fantastisch. Der Auftraggeber — das Verteidigungsministerium —, der ja Steuergelder aufwendet, ist in der Regel nicht knauserig und feilscht nicht.

Anfang August wurde auf einem Militärflughafen bei Köln das neue Kampfflugzeug „Tornado" vorgeführt, das von verschiedenen NATO-Ländern gemeinsam erstellt wurde. Nach der bildhaften Sprache Bundeskanzler Schmidts sei dies „das größte technologische Projekt seit Christi Geburt". Der Öffentlichkeit allerdings stach etwas anderes ins Auge: Die wahrhaft orkanartige Kostenanschwellung des „Tornado". Als die Flugzeugbaufirmen vor 10 Jahren mit der Realisierung des Projekts begannen, kam eine Kampfmaschine auf 28 Mio DM. Jetzt sind es 67 Mio. Nach Expertenangaben wird die letzte Serie der Flugzeuge, die 1988 ausgeliefert werden soll, bereits 100 Mio DM pro Stück kosten. Insgesamt hat die Bundeswehr 322 in Auftrag gegeben. Um den Steuerzahlern die benötigten Summen aus der Tasche zu ziehen, kommt man hier ohne die Legende von der „sowjetischen Bedrohung" natürlich nicht aus. Alle Rekorde schlug die „Süddeutsche Zeitung", die einen Bericht unter dem bislang unübertroffenen Titel „Moskau droht Europäern mit Carters ‚Direktive 59'" veröffentlichte.

Im Fahrwasser der Tornadohersteller wollten auch die Schiffbauer ein „bißchen" Geld machen. „Auch Fregatten werden teurer", eröffnete jüngst die „Frankfurter Rundschau". Allerdings sind die Preise hier etwas bescheidener: die Kosten für ein Kriegsschiff auf der Bremer Werft sind „nur" um 37% gestiegen. Jedes hat nun den Preis von 341 Mio DM.

Derartige Beispiele ließen sich fortsetzen. Verallgemeinert man, bietet sich ein klares Bild: Das Rüstungsgeschäft in der BRD hat sich wesentlich intensiviert. Schon im August 1977 hatte die „Wirtschaftswoche" geschrieben: „Die zweite große Rüstungswelle in der Bundesrepublik rollt. Noch nie haben die Waffenschmieden so viele Aufträge erhalten wie jetzt. Der von Bonn beschlossene Großeinkauf wird an die 100 Milliarden DM kosten. Die Rüstungsfabrikanten fürchten allerdings für die 80er Jahre eine Auftragslücke und fordern deshalb, die Exportschranken für Kriegsmaterial zu lockern. Offiziell bleibt Bonn jedoch hart". Allerdings haben sich die Rüstungsfabrikanten umsonst aufgeregt, das offizielle Bonn bewies sich als gar nicht so unnachgiebig. Die Aussage der „Wirtschaftswoche" ist noch auf andere Weise bemerkenswert. Die jetzige aktive bundesdeutsche Beteiligung am Wettrüsten wird hier nicht selten mit der zunehmenden Bedrohung des Friedens begründet, die die „sowjetische Intervention in Afghanistan" ausgelöst habe. Interessant ist, wie es denn gelang, diese „Intervention" bereits ein Jahr vor der Aprilrevolution 1978 in Afghanistan zu „kalkulieren"?

Die Erklärung steckt, wie bereits gesagt, in den astronomischen Pro-

fitsummen der Rüstungsmagnaten. Nach offiziellen Angaben betragen die Umsätze der BRD-Rüstungsindustrie gegenwärtig 12 Md. DM. Weiteren Angaben zufolge sollen rund 340 000 Personen in der Rüstungsproduktion beschäftigt sein. Alle Großprojekte der Bundeswehr werden in Zusammenarbeit mit anderen NATO-Ländern realisiert. Auch hier holen bundesdeutsche Konzerne unbemerkt Vorteile heraus, indem sie sich auf den NATO-Beitrag der Bundeswehr berufen.

Dieser Beitrag sieht laut einem „Weißbuch" des Verteidigungsministeriums folgendermaßen aus: Bundeswehr stellt in Mitteleuropa 50% der NATO-Landstreitkräfte, dazu 50% der bodengebundenen Luftverteidigung, 30% der Kampfflugzeuge und in der Ostsee 70% der Seestreitkräfte sowie 100% der See-Luft-Streitkräfte". Im NATO-Europa stellt die Bundeswehr das größte Truppenkontingent mit konventionellen Waffen, das noch immer zunimmt. Liegt hier nicht der Hase im Pfeffer, daß Bonn sich sträubt, eine konstruktivere Haltung bei den Wiener Truppen- und Rüstungsabbaugesprächen für Zentraleuropa einzunehmen?

Zum 10. Jahrestag der BRD hatte der bekannte Medienmacher Rudolf Augstein resümiert: „Die neue (west)deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen." Viel Zeit ist seither vergangen. Die Periode des kalten Krieges wurde von der Entspannungsperiode abgelöst, für die es, wie man hier anerkennt, keine vernünftige Alternative gibt. Leider jedoch werden unvernünftige Alternativen angeboten. Eine davon ist der Versuch, das Entspannungsbestreben mit dem Bestreben nach Bis-an-die-Zähne-Bewaffnung in Einklang zu bringen.

Man weiß in der Bundesrepublik, wie gefährlich das ist, obwohl die „Frankfurter Rundschau" meint: „Es ist schon verblüffend, wie wenig die Tatsache ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist, daß das Drehbuch für die Vernichtung dieses Globus längst schon bereitsteht, daß aber Politik noch immer so gemacht wird wie zu Zeiten der alten Römer: Si vis pacem, para bellum".

Das sowjetische Friedensprogramm hat diese These seit langem ad absurdum geführt und ruft alle, die den Frieden wollen, zum aktiven Kampf für Frieden und Abrüstung.

*Bonn*



# LARVEN UND GESICHTER

Boris ASSOJAN

„Einer mag sagen, daß er dich liebt. Warte ab, was er für dich tut." Das senegalesische Sprichwort fällt einem ein, wenn man daran denkt, daß Carter vor fast vier Jahren, als er die Präsidentschaft antrat, mit Versprechen an das amerikanische Volk und an andere Völker sehr freigebig war. „Unsere Politik wird von Liebe und Gerechtigkeit getragen sein", verkündete er.

Afrika versprach er Hilfe der USA im gerechten Kampf seiner Völker gegen Rassismus und Apartheid sowie Entwicklungshilfe. Er sagte, die früheren Regierungen hätten die Interessen der Afrikaner zu wenig berücksichtigt. Das werde jetzt anders. Damals verurteilte er es, daß Staatssekretär Kissinger dazu aufgerufen hatte, eine „Radikalisierung Afrikas" zu vereiteln. Carter versprach, in Afrika keine Politik im Sinne des kalten Krieges zu betreiben.

Heute sind diese Äußerungen kaum glaublich. In den gut drei Jahren seit seiner Wahl hat man erlebt, daß die Afrikapolitik der USA im Grunde genommen die alte geblieben ist. Die Regierung Carter hat sich in Angola, Zaire, Äthiopien, Somalia, Simbabwe und anderen Ländern genau nach Kissingers Rezepten betätigt. Der Kampf gegen eine „Radikalisierung Afrikas" ist auch heute der Schwerpunkt dieser Politik. Die „neue Einstellung" besteht in der Suche nach Militärstützpunkten, in intensiveren Wühlakten gegen die fortschrittlichen Regimes und in Versuchen, die Positionen der USA-Monopole auszubauen.

In Washington spricht man viel und gern davon, daß es notwendig sei, den Rassismus in Afrika energischer zu bekämpfen, denkt aber nicht daran, die Zusammenarbeit mit dem verbrecherischen Apartheidregime in der RSA abzubauen. Noch immer werden die Stammbewohner dieses Landes von 539 US-Gesellschaften ausgebeutet. Die Investitionen der USA in seinen strategischen Wirtschaftsbranchen haben 1,8 Md. Dollar erreicht. US-Banken haben ihren rassistischen Partnern 2,2 Md. Dollar Anleihen eingeräumt, und der Handel beläuft sich auf mehr als 2 Md. Dollar.

Die Gesellschaften Colt, Olin und Bell liefern den Rassisten Waffen, Munition und Kriegsgerät, Mobil, Caltex und American Oil Erdöl. Wie oft schon ist in der UNO ein Wirtschafts- und Handelsboykott der RSA zur Sprache gebracht worden, die die elementarsten Menschenrechte systematisch verletzt und dem Völkerrecht zuwiderhandelt! Jedesmal aber haben sich die USA und ihre westlichen Bündnispartner ins Zeug gelegt, um solche Anträge zu Grabe zu tragen! In einem Kommentar zum kürzlichen Besuch US-Vizepräsident Mondales in Ländern Afrikas schrieb „Daily Sketch" (Nigeria), daß die Rassisten der RSA gerade infolge der Unterstützung durch die USA ihre Apartheidpolitik fortsetzen können.

Sein Widerstreben, etwas gegen das rassistische Regime zu unternehmen, rechtfertigt Washington damit, daß die USA „moralisch nicht berechtigt" seien, sich in die inneren Angelegenheiten der RSA einzumischen. Aber Senator Hayakawa von Kalifornien hat alle an Heuchelei überboten, er hat behauptet, Sperrung der amerikanischen Investitionen in der Wirtschaft der RSA und Einstellung des Handels mit ihr würden die Lebensverhältnisse der einheimischen Bevölkerung verschlechtern und das Apartheidsystem verhärten.

Bekanntlich hält sich die US-Regierung nicht allzu sehr an die außenpolitischen Prinzipien, die sie so gern im Munde führt. In manchen Fällen tut sie es, in anderen verstößt sie gröblich dagegen. Es hängt eben alles von der jeweiligen Situation ab. Während Washington davon spricht, daß die USA „moralisch nicht berechtigt" seien, sich in die Angelegenheiten der RSA einzumischen, glaubt es, durchaus berechtigt zu sein, das in Angola zu tun, wo die CIA ständig die konterrevolutionären UNITA-Banden unterstützt. Das gleiche ist es in Zaire. Dort haben die USA gemeinsam mit Frankreich und Belgien die Volksunruhen in der Provinz Shaba erstickt.

Das Weiße Haus verurteilte den jetzt gestürzten Diktator von Uganda, Idi Amin, und beschuldigte ihn, die Menschenrechte verletzt zu haben. Der US-Kongreß stimmte 1978 sogar für einen Abbruch des Handels mit Uganda. Die Medaille hat aber eine Kehrseite. Bei einem Hearing im US-Kongreß von 1978 ist ans Licht gekommen, daß die

USA den Diktator durch Ausbildung von Kräften für die Geheimdienste unterstützt und ihm Waffen geliefert haben. Die Firma Bell verkaufte Uganda seit 1977 Kampfhubschrauber, die Harris Corp. Lastkraftwagen für die Armee, und die Firma Oceanic, deren Besitzer ein Ex-CIA-Mann, Frank Terpill, war, lieferte Waffen und Munition für 3,2 Mio Dollar.

Die Prinzipienlosigkeit der amerikanischen Politik ist unverkennbar. Im Weißen Haus allerdings nennt man so etwas Flexibilität.

Die Politik der Regierung Carter der Freiheitsbewegung Simbabwes gegenüber lag ganz im Interesse der Rassisten. Die USA und England wollten, daß eine ihrer Kreaturen im unabhängigen Simbabwe Ministerpräsident wird. Sie setzten alle Hebel in Bewegung, um die patriotischen Kräfte nicht zur Macht kommen zu lassen. Die Regierungen Carter und Thatcher waren sicher, daß bei den Wahlen in Simbabwe, auf die sie eingehen mußten, Muzorewa durchkommen werde, der auf alle ihre Bedingungen eingegangen war. Es kam aber etwas, das beide nicht erwartet hatten. Eine überwiegende Mehrheit von Afrikanern stimmte für wirkliche Volksvertreter, und so blieb den USA und England nichts übrig, als das Wahlergebnis zu akzeptieren.

Nach dem Sieg der Patrioten in Simbabwe behaupteten die Washingtoner Strategen plötzlich, die nationalen Befreiungsbewegungen müssen beendet werden, in Namibia und in der RSA sei eine „friedliche Phase" eingetreten. Sie nötigten diese Schlagworte den Ländern Afrikas auf und hofften, sie auf diese Weise zu spalten. Ich erinnere mich, wie beim Fest anläßlich der Ausrufung der Unabhängigkeit Simbabwes der US-Kongreßmann Solarz in Salisbury auf mich einredete, die „Frontstaaten" seien an einer Einstellung der Kampfhandlungen in Namibia interessiert. Die unabhängigen Staaten und die RSA müßten in einer „friedlichen Konfrontation" zueinander stehen, nur so könne man die schwierigen Probleme der südafrikanischen Region lösen. Diese Auffassung zielt, wie man leicht bemerkt, auf eine politische Isolierung der radikalen Kräfte in der RSA und in Namibia ab, wonach sie aus der Führung des Kampfs ihrer Völker ausgeschaltet werden sollen. Während also die USA einen Übergang zu friedlichen Mitteln bei der Bereinigung der akuten Probleme im Süden Afrikas predigen, gehörten sie zu denen, die es im UNO-Sicherheitsrat abgelehnt haben, die Aggression der RSA gegen Angola zu verurteilen. Damit haben sie nochmals gezeigt, daß auf ihre Mitwirkung bei der Aufhebung des Apartheidregimes und bei der Befreiung Namibias nicht zu rechnen ist.

Tatsachen aus jüngster Zeit lassen erkennen, daß die Regierung Carter ihre „flexible Einstellung" zur Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten auch bei den Vorgängen in Zaire von 1977 und 1978 an den Tag gelegt hat. In der Provinz Shaba (früher Katanga) kam es damals zweimal aus inneren Ursachen zu Unruhen. Um die eigenen Wirtschaftsinteressen in diesem an wertvollen Bodenschätzen so reichen Land zu sichern, beschlossen die USA, gemeinsam mit Belgien und Frankreich in diesen inneren Konflikt einzugreifen, und schlugen die Aktion der Bevölkerung von Shaba, die über ihre Notlage aufgebracht war, mit Waffen nieder.

Zur Rechtfertigung behauptete Washington, an dem „Komplott" gegen Zaire seien Kommunisten beteiligt gewesen. In der US-Presse ging ein großer Propagandarummel los, der, wie Prof. Robert Price vom Institut für internationale Studien an der Kalifornischen Universität schreibt, an die „antikommunistische Hysterie aus der schlimmsten Zeit des kalten Krieges" erinnerte. Niemand wunderte sich darüber, daß der Präsident selbst den Startschuß dazu gegeben hatte. Mit dieser Insinuation wollte er es rechtfertigen, daß gegen die von ihm selbst verkündeten Prinzipien vom Schutz der Menschenrechte, der Demokratie, der Freiheit der Völker usw. verstoßen worden war. Der Betrug kam schnell an den Tag. Prof. Price schrieb: „Niemand zweifelte daran, daß die Aktionen in Shaba vom Volk durchgeführt wurden." Selbst eine so antikommunistische Zeitschrift wie „To the Point" (RSA) gab zu, daß die Aufstände in Shaba auf „Armut, Hunger, ... Korruption und Grausamkeit zurückzuführen waren.

Hat die Regierung Carter doch etwas Neues in die Afrikapolitik der USA hineingebracht, so die Gewinnung von Militärstützpunkten auf diesem Kontinent. Entsprechende Abkommen sind bereits mit Somalia und Kenia geschlossen. Somalia rechnet darauf, für diesen Dienst amerikanischen Beistand bei seinen Okkupationsplänen gegen äthiopische und kenianische Gebiete zu bekommen. Kenia wiederum scheint zu hoffen, daß die USA Mogadischu von Einfällen in sein Landesgebiet abhalten werden. Doch in fortschrittlichen Kreisen Afrikas findet man, von einem solchen „Austausch guter Dienste" habe nur Washington einen Vorteil. Es benutzt seine militärische Präsenz dazu, die Gegensätze zwischen den Ländern Afrikas auf die Spitze zu treiben, um ihnen dann als Schiedsrichter seine eigenen Bedingungen aufzunötigen.

In Washington verhehlt man seinen Ärger darüber nicht, daß die meisten Länder Afrikas die uneigennützige Hilfe der UdSSR sehr zu schätzen wissen, dank deren Beistand viele Völker Afrikas die Unabhängigkeit errungen haben und mit Erfolg gegen das imperialistische Diktat ankämpfen. Daher die unaufhörlichen Versuche der USA, Afrika mit einer „sowjetischen Bedrohung" zu schrecken.

Bei der antisowjetischen Kampagne wegen Afghanistans erhoffte das Weiße Haus auch etwas von Afrika. Carter glaubte, die Afrikaner in einer billigen Propagandashow an die Rampe schicken und zugleich die wankenden Positionen der USA in Afrika stützen zu können. Das ist ihm nicht gelungen. Die Länder Afrikas haben dem Druck nicht nachgegeben und in ihrer Mehrheit die provokanten Angebote abgelehnt, z. B. das, die Moskauer Olympiade zu boykottieren.

Die Afrikaner haben es gelernt, die Masken, die Washington von Zeit zu Zeit wechselt, von seinem wahren politischen Gesicht zu unterscheiden. Sie haben sich aus eigener Erfahrung davon überzeugt, daß sie von der Regierung Carter nichts Gutes zu erwarten haben. Das Versprechen, ihnen mehr wirtschaftliche Hilfe zu leisten, ist auf dem Papier geblieben. Die Spannungen in vielen Gebieten der Erde bringen die Afrikaner durchaus zu Recht mit der Intensivierung der aggressiven Politik der USA in Zusammenhang. Sehr besorgt verfolgen sie die militärischen Vorbereitungen des Pentagons im Indik. Durch die Stationierung von Eingreiftruppen in dieser Region und in Afrika — in Somalia und Kenia — wächst ja die Gefahr einer militärischen Einmischung der USA in die Angelegenheiten eines beliebigen unabhängigen Landes.

Die dreieinhalb Jahre Afrikapolitik der Carter-Administration sind eine Serie schwerer politischer Fehlkalkulationen, die immer wieder zeigen, daß die Politik der USA den Erwartungen der Völker Afrikas diametral zuwiderläuft. ■

# Wenn das Wasser weicht

Alexander TER-GRIGORIAN

Die Chaussee von Dacca nach Mymensingh überquert nicht wie andere Straßen Bangladeshs reißende Ströme, und man wird nicht durch Fähren aufgehalten. Sie verläuft strikt vom Norden der Hauptstadt vorbei an grünglänzenden Reisfeldern, auf denen Menschen und Büffel am Werk sind, vorbei an im Brackwasser steckengebliebenen Booten. Das Hochwasser geht zurück. Bald schon werden die kleinen Parzellen schwarze umgepflügte Fleckchen zeigen. Die im Schatten von Feigenbäumen und Palmen liegenden Dorfinseln werden nicht aus der unendlichen Wasserfläche herausragen wie jetzt, sondern auf der glatten Decke der Äcker stehen.

Hart ist das Leben des bengalischen Bauern. Die Dürre vom Vorjahr hat fast die gesamte Ernte des Sommerreises Boro vernichtet. Mangel an Dünger und die Zersplitterung der ohnehin kleinen Wirtschaften haben negative Folgen auch für die Herbsternte des Aus. Das chronische Defizit an Nahrungsreis in der Republik, das gewöhnlich anderthalb Millionen Tonnen beträgt, hat sich im vergangenen Jahr fast verdoppelt. Dortige Beobachter äußerten, während bisher mehr oder minder günstige Wetterbedingungen zu einer relativen Stabilisierung der Lage im Lande beitrugen, stieße das gegenwärtige politische Regime Bangladeshs jetzt zum ersten Mal auf eine so brennende Nahrungsmittelkrise. Die Behörden konnten allerdings den rechtzeitigen Import von Lebensmitteln sichern und eine Hungerepidemie abwenden. Gleichzeitig erklärte Präsident Ziaur Rahman, man müsse eine „Revolution" auf dem Land durchführen und appellierte an die Bauern, überall Kanäle zu graben, die in der Trockenzeit zur Bewässerung und bei Überschwemmungen zum Ableiten des Wassers dienen könnten. Er selbst wird im Fernsehen häufig mit Picke oder Spaten in der Hand gezeigt. Bewundernd beobachten die ihn umringenden Bauern auf dem Feld und die vermögenden Besitzer von Fernsehgeräten in ihren gemütlichen Wohnstuben, wie sich der Präsident ins Zeug legt.

Die Landwirtschaft wurde beinahe zum Hauptthema der politischen und wirtschaftlichen Diskussionen in der Presse von Bangladesh. Dabei wird das „digging" (Kanalgraben) fast nicht erwähnt, obwohl die Zeitungen schreiben, daß die „Revolution" auf dem Land ihren Gipfel erreicht habe. Die Öffentlichkeit unterstützt das Vorhaben der Regierung, innerhalb von acht Jahren die Erzeugung von Nahrungsgetreide zu verdoppeln und ist sich natürlich darüber im klaren, daß das Schaugraben von Kanälen nicht die alleinige Lösung des brennendsten Problems sein kann.

Wie sieht aber die reale Entwicklungsperspektive der Landwirtschaft Bangladeshs gegenwärtig aus? Wann werden die Bauern des Landes, die vier Fünftel der 85-Millionen-Bevölkerung stellen, sich selbst und das Land ernähren können?

Ich fahre nach Mymensingh, um mich darüber mit Fachleuten zu unterhalten. Die dortige Landwirtschaftsuniversität ist eine der größten in Bangladesh. Ihre sechs Fakultäten haben rund 5000 Studenten.

Die Stadt liegt am ziemlich steilen Ufer des Brahmaputra. Im Unterschied zu den meisten Flüssen Bangladeshs zeigt er eine grünlichblaue Färbung, ist klar und hier nicht sehr breit. Schiffbar ist er nur während der Regenzeit.

Mymensingh mit seinen etwa 200 000 Einwohnern wirkt relativ sauber. Einen freundlichen Anblick bieten die modernen Gebäude des Universitätsviertels, das unter Berücksichtigung des tropischen Klimas gebaut wurde. Auf einer kleinen Grünfläche steht ein Zeltlager mit der Staatsflagge an einem hohen Mast.

„Das ist Polizei", lächelt Universitätsdozent Hag. „Die Studenten sind ein gefährliches, oder besser gesagt explosives Völkchen, deshalb ist die Polizei stets einsatzbereit."

Die Worte meines Begleiters werden von riesigen, mit roter Farbe auf die Hauswände gemalten Parolen bestätigt, von denen einige den Behörden kaum gefallen dürften.

Meine Bekanntschaft mit der Universität beginne ich auf einer großen Farm, die als Experimentierstützpunkt dient und gleichzeitig Studenten und Dozenten ernährt. Herr Hag stellt mir einen schlanken bebrillten Burschen, Ahmed, Leiter der Geflügelzucht, vor.

„Wir brauchen pro Jahr mindestens 10 Tonnen Futter, verfügen aber nur über 3", sagt Ahmed, während er mir sein Reich zeigt.




„Was hindert euch denn, die 10 Tonnen zu haben, wo Ihr doch so viel Boden besitzt", entgegnet Herr Hag dem Jungen. „Da haben Sie es", wendet er sich an mich, „ein deutlicher Beweis für die bei uns verbreitete Einstellung. Sie warten, daß man ihnen alles auf dem Präsentierteller darbringt."

Der junge Mann senkt den Kopf und erkennt so schweigend die Äußerung an.

„Immerhin haben wir 80% Eigenrentabilität", fällt ihm dann glücklich ein. „Die Zuschüsse decken lediglich ein Fünftel der Produktionskosten."

Herr Hag grinst: Was ist von Dir schon zu erwarten. Und wir begeben uns zum Professor für Botanik, Doktor Wadood. In diesem Jahr läuft seine Zeit als Dekan ab (die Dekane der Fakultäten werden hier für 2 Jahre gewählt), und er kann sich deshalb mehr der sozusagen reinen Wissenschaft widmen. Jetzt aber hat er Prüfungen abzunehmen, und er zweigt für den Besucher nur 20 Minuten ab.

„Unsere Universität ist in erster Linie eine Lehreinrichtung", sagt er. „Die Absolventen erhalten den Grad eines Bakkalaureus und werden in die verschiedenen Landesteile gesandt. Die meisten von ihnen sollten sich eigentlich mit der Koordinierung der Landwirtschaftsarbeiten an Ort und Stelle befassen. Das entspricht dem Regierungsprogramm für die erweiterte Ausbildung von Fachleuten mit Hochschulbildung für die einzelnen Agrarzweige. Die Universität hat folgende Fakultäten: Ackerbau, Viehzucht, Veterinärmedizin, Fischfang, Mechanisierung und Ökonomie. Kennen Sie unser System? Im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft gibt es zwei Verwaltungen: eine Produktions-

und eine Forschungsverwaltung. Außerdem bestehen etliche Verbände, unter denen ich den Entwicklungsverband besonders hervorheben möchte. Beide Verwaltungen des Ministeriums und der Entwicklungsverband haben einen dringenden Bedarf an unseren Absolventen — Agronomen, Veterinärmedizinern, Experten der Fischereiwirtschaft. Wir bilden außerdem auch wissenschaftliche Mitarbeiter aus, die nach Abschluß der Aspirantur an die verschiedenen Forschungsinstitute für



Auf einem Kartoffelfeld

*Foto des Autors*

Jute, Reis, Tabak usw., delegiert werden. Selbstverständlich unterhalten wir Kontakte zu anderen landwirtschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtungen in Dacca, Comilla sowie in anderen Städten. Das Schlimme allerdings ist, daß wir keine ordentliche Arbeitsteilung in Gang bringen können.

Ich erkundige mich, wie es mit der Selektionierung neuer Reissorten steht.

„Das Reisforschungsinstitut beispielsweise hat etliche effektive philippinische Sorten übernommen, die sich unabhängig von der Jahreszeit aufziehen lassen. Doch die ernteergiebigen Sorten machen die Wasserregulierung noch nicht unnötig. Mangel oder Überfluß an Wasser, daß sind unsere Hauptprobleme... Digging? Das Kanalgraben spielt eventuell eine Rolle, aber die Probleme insgesamt kann man damit natürlich nicht lösen."

Als Doktor Wadood wieder das Wasser erwähnt, erinnere ich mich an gerade erst in einem Lexikon gelesene Zahlen. Die Überschwemmung von 1974 hat mehr als 650 000 Bauernhäuser vollständig, fast 1 400 000 teilweise vernichtet, ihr fielen 47 000 Stück Hornvieh und die Ernte auf gut 20 000 km² zum Opfer. 1988 Menschen wären damals umgekommen! Das alles brachte eine einzige große Überschwemmung mit sich.

Inzwischen versteht jeder, daß sich die großen Ströme des südasiatischen Subkontinents nur in gemeinsamen Anstrengungen der Staaten bändigen lassen. Einige Projekte zur gemeinsamen Nutzung des Ganges wurden bereits entwickelt. Keines jedoch stellt die Partner aus dem einen oder anderen, häufig politischen Grund zufrieden. Deshalb müssen sich die Bewohner von Bangladesh bislang leider mit dem digging begnügen, das aber die fehlende Zusammenarbeit mit den Nachbarn natürlich nicht ersetzen kann.

Die komplexe Lösung der Wasserprobleme, der Bau leistungsfähiger Wasseranlagen am gesamten Lauf des Ganges werden in Zukunft (und diese Zukunft ist, so glaube ich, trotz vieler Schwierigkeiten, nicht mehr all zu fern) wesentliche Veränderungen für die bengalischen Bauern bringen. Allerdings, die sozialen Probleme werden damit nicht entschieden.

Darüber unterhalte ich mich mit dem Dekan der Fakultät für Ökonomie und Soziologie auf dem Land, Professor Ashraf Ali und seinen Kollegen.

„Ja, das Wasser ist unser großes Problem, dessen Lösung natürlich viele Veränderungen in der Lage der Bauern bringen wird", stimmt Ashraf Ali zu. „Aber es gibt noch eine wichtigere Frage, die des Systems des Landbesitzes und der Bodennutzung. Wissen Sie, wie viele landlose Bauern es vor knapp drei Jahren bei uns gab? 20%. Jetzt aber haben schon fast 50% Landbewohner keine eigenen Parzellen mehr. Die Bevölkerung nimmt unheimlich schnell zu, die Flächen werden zersplittert, ihre Bearbeitung immer weniger effektiv. Die meisten Wirtschaften haben zwei bis drei Acres Land (ein Acre = 0,4 Hektar). Es gibt eine Anzahl sogenannter absentee, Leute, die in der Stadt leben und ihren Boden verpachten. Doch das sind relativ wenige, und ihre Ländereien sind im allgemeinen auch nicht groß. Der Verkauf dieser Flächen an die Bauern ändert wenig. Heute ist jedem klar, daß der Boden nicht weiter aufgeteilt werden kann, daß die Zeit für eine Bodenreform reif ist. Niemand aber weiß, wie man da herangehen soll. Professor Jasim hier befaßt sich gegenwärtig mit Untersuchungen im Bereich der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbildung..."

Prof. Jasim sitzt bei uns. Er ist ein junger Mann von höchstens 30 Jahren. Man spürt, er ist es gewohnt, genau abzuwägen.

„Die Frage der Genossenschaften kann nur im gesamtnationalen Maßstab grundsätzlich entschieden werden und natürlich unter Beachtung ausländischer Erfahrungen", sagt er. „Ich glaube aber, die Sache mit den absentees ist nicht so unwichtig, wie mein Kollege meint. Gegen sie kann man leider nichts unternehmen. Es sind häufig leitende Beamte oder sogar Parlamentsmitglieder. Klar ist, daß eine effektive Genossenschaftsarbeit die Verstaatlichung erfordert. Bislang arbeiten wir lediglich an einigen Empfehlungen für die Bauern, wie gemeinsame Wirtschaften einfachster Art zu leiten wären. Es ist bezeichnend, daß auch die Bauern jetzt ihre einzige Rettung in der Genossenschaftsarbeit sehen, häufig aus eigener Initiative Genossenschaften bilden und uns um Rat bitten. In manchen Fällen bringt ein so spontaner Zusammenschluß recht interessante und lehrreiche Ergebnisse."

Ein weiterer Dozent, Doktor Akbar, mischt sich ins Gespräch:

„Es ist ganz offensichtlich, daß all diese Experimente ohne Verstaatlichung zu nichts Wesentlichem führen. Man muß die Wahl treffen: Entweder vor allem mehr oder minder wohlhabende Bauern unterstützen, um schneller einen ökonomischen Effekt zu erzielen, oder aber bei den Armen beginnen. Vielleicht sollte man aber auch zunächst die vielen landlosen Bauern zur Arbeit auf verstaatlichten Böden zusammenschließen. Ein verwunschener Kreis: ohne Verstaatlichung lassen sich die sozialen Probleme nicht lösen, ohne vorherige Lösung dieser Probleme kann man nicht verstaatlichen. Prof. Jasim hat vorwiegend mit Genossenschaften zu tun, die aus gutgehenden Wirtschaften gebildet wurden, weil nur solche Vereinigungen heute Erfolg haben. Was aber soll man mit den übrigen tun? Die Besitzunterschiede zwischen den Bauern sind bei uns zwar nicht sehr ausgeprägt, aber sie sind dennoch von Bedeutung."

Meine Gesprächspartner geraten in eine heftige Diskussion untereinander. Man spürt, daß ihnen das alles sehr am Herzen liegt — die Liebe zur Heimat und der Wunsch, trotz aller Schwierigkeiten die Lösung der komplizierten Probleme in Angriff zu nehmen.

*Dacca—Moskau*

# LIEBE DER FREUNDE UND HASS DER FEINDE

„Was die Fläche und die Bevölkerungszahl anbelangt, so gehört Kuba nicht zu den großen Ländern. Im gegenwärtigen internationalen Leben nimmt es jedoch einen großen, ich würde sogar sagen, einen hervorragenden Platz ein. Kuba ist in der ganzen Welt gut bekannt. Leidenschaftlich lieben es seine Freunde und hassen es seine Feinde; Millionen und aber Millionen Menschen blicken auf seine Entwicklung mit einem Gefühl der Sympathie und der Solidarität... Die Erfahrungen der freien, unabhängigen Entwicklung Kubas geben den Unterdrückten und Ausgebeuteten in vielen Ländern, vor allem natürlich in Lateinamerika, Hoffnung." Diese Worte Leonid Breshnews könnten als Motto dienen zu dem Buch „Kuba: 20 Jahre neue Außenpolitik"*, das vor kurzem im Moskauer Verlag „Meshdunarodnyje Otnoschenija" herausgekommen ist. Die Autoren W. Wladimirow und W. Kostin unternehmen einen ersten Versuch, die kubanische Außenpolitik allseitig zu analysieren.

Der Sieg der kubanischen Revolution war dank dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt möglich. Gäbe es nicht die mächtige, geschlossene Gemeinschaft der sozialistischen Länder, deren Außenpolitik auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruht, hätten die USA wohl kaum in nur 90 Meilen vor deren Küste die Entstehung eines unabhängigen Staates geduldet, der den sozialistischen Entwicklungsweg beschritt. Die Solidarität mit dem kubanischen Volk, von der Fidel Castro sagte, daß sie die Imperialisten im Zaum hält, gab der Republik die Kraft, sich den Feinden zu stellen.

Das Buch entwirft ein umfassendes Bild der diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung, die die sozialistischen Länder dem Volk Kubas seit den ersten Tagen der kubanischen Revolution erwiesen. Dank dieser Unterstützung wurde die Wirtschaftsblockade durchbrochen. Von entscheidender Bedeutung war dabei die Erdölbrücke zwischen der revolutionären Insel und den sowjetischen Häfen. Die UdSSR kaufte den kubanischen Zucker zu festen Preisen, was die Wirtschaft der jungen Republik in hohem Maße vor dem verderblichen Einfluß des spontanen internationalen Marktes schützte. Während der Söldnerinvasion bei Playa Girón, während der karibischen Krise, bei der antikubanischen Kampagne der letzten Zeit empfand Kuba immer wieder, wie sehr die Hilfe der Bruderstaaten seine äußere Sicherheit gewährleistet. Ebendeshalb kann Kuba im friedlichen Aufbau weitergehen.

Wie hat Kuba diese Sorge und großzügige Hilfe vergolten? Darauf antwortet Fidel Castro: „Internationalist sein heißt der Menschheit die Schuld entrichten, denn andere Länder halfen uns und tun es weiter." Kuba erfüllt in Ehren seine internationalistische Pflicht gegenüber den sozialistischen Ländern, zu deren geschlossener Gemeinschaft es jetzt ebenfalls gehört. Durch seine prinzipienfeste und dynamische Außenpolitik trägt Kuba zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele in der Welt bei. Es unterstützt aktiv die Maßnahmen der UdSSR und der anderen Bruderländer, die darauf gerichtet sind, den Frieden, die Völkersicherheit und Entspannung weltweit zu festigen.

Die Wirtschaftsbeziehungen Kubas zu den sozialistischen Ländern sind keineswegs eine „Einbahnstraße", wie im Westen behauptet wird. Diese Kontakte entsprechen den Interessen aller Beteiligten. Die UdSSR ist am kubanischen Zucker interessiert. Die Länder des RGW, dessen Mitglied Kuba ist, können dank gemeinsamen Prospektierungen der kubanischen Nickelvorkommen den Bedarf ihrer Wirtschaft an diesem Metall in hohem Maße decken, usw.

Der Internationalismus Kubas zeigt sich deutlich auch in seinen Beziehungen zu den anderen Ländern des Kontinents. Fidel Castro: „Jede lateinamerikanische Regierung, die den Weg der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihres Landes, den Weg der Befreiung vom imperialistischen Joch einschlägt, kann mit der Hilfe unseres Volkes und unserer Revolution rechnen."

Das ist keine Phrase. Wiederholt bewies Kuba seine Bereitschaft, den lateinamerikanischen Völkern bei Schwierigkeiten zu helfen. Die Führer der kubanischen Revolution bekunden ihre Solidarität mit den revolutionären Prozessen in Peru und Panama, mit dem Kampf der Regierungen von Venezuela, Ekuador und Mexiko für die Rückführung ihrer Naturreichtümer. Nach dem faschistischen Umsturz in Chile verurteilte Kuba in einer gemeinsamen Deklaration mit der UdSSR die Massenverfolgungen und -hinrichtungen der chilenischen Patrioten und brachte seine Solidarität mit dem Kampf dieses leidgeprüften Volkes zum Ausdruck.

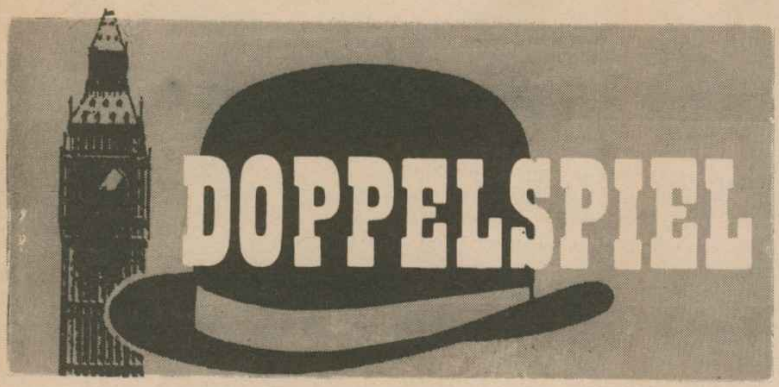
Als sich das nikaraguanische Volk zum Kampf gegen die Somoza-Diktatur erhob, empfand es ebenfalls die Unterstützung seitens Kubas. Nachdem die Nikaraguaner die Tyrannei abgeschüttelt hatten, lieferte Kuba ihnen trotz der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Probleme Nahrungsmittel und Medikamente. Kuba weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig die Hilfe von Fachkräften aus den Bruderländern für den Ausbau der Wirtschaft eines jungen unabhängigen Staates ist, und hat Hunderte Ärzte, Ingenieure und Lehrer nach Nikaragua entsandt.

In einer Welt, wo der Imperialismus noch starke Positionen hat, werden diejenigen, die ihrer internationalen Pflicht treu bleiben, stets hemmungslos geschmäht und verleumdet. Auch dem freien Kuba blieb es nicht erspart. Man denke daran, wie viele absurde Beschuldigungen Kubas Feinde erhoben, als es den Völkern Äthiopiens und Angolas in deren Unabhängigkeitskampf half. Auch heute helfen die Kubaner sowohl ihren alten Freunden als auch den Völkern anderer Entwicklungsländer, dem Imperialismus die Stirn zu bieten. Es ist keineswegs ein Export der Revolution, von dem die Freiheitsgegner unentwegt zetern, sondern die aufrichtige Sympathie für das Schicksal der anderen Völker. Heute sind 50 000 kubanische Ärzte, Lehrer und Bauleute in mehr als 30 Ländern tätig. An den Hochschulen Havannas und anderer Städte studieren 1500 Mädchen und Jungen aus den Entwicklungsländern, in kubanische Schulen gehen 6000 Kinder aus Angola, Moçambique und Namibia.

Für diese brüderliche Unterstützung und für die Bereitschaft, im erforderlichen Augenblick „der Menschheit die Schuld zu entrichten", genießt Kuba, wie die Autoren des Buches betonen, hohes Ansehen in der Welt.

**I. CHUSEMI**

* В. Владимиров. В. Костин. «Куба: 20 лет новой внешней политики (1959—1979 гг.)». Изд-во «Международные отношения». М. 1980.




Prof. Dr. Fjodor WOLKOW

**Dieser Beitrag von Prof. Wolkow, Doktor der Geschichtswissenschaften und Fachmann für internationale Beziehungen, ist ein Kapitel aus seinem bald erscheinenden Buch „Geheimnisse von Whitehall und Downing Street". Im nachstehenden handelt es sich um Ereignisse des Frühjahrs und Sommers 1939; der Autor benutzt dabei britische und sowjetische Dokumente, die das Doppelspiel der britischen und französischen Diplomatie am Vorabend des zweiten Weltkrieges entlarven. Zu jener Zeit standen Großbritannien und Frankreich in politischen und militärischen Verhandlungen mit der UdSSR, und zu gleicher Zeit versuchte London hinter deren Rücken, mit Hitler übereinzukommen. Als die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen 1939 durch Verschulden Chamberlains und Daladiers scheiterten und damit der Abschluß eines Beistandsvertrages und einer militärischen Konvention mit der UdSSR durchkreuzt wurde, ermunterte das die faschistischen Aggressoren in nicht geringem Maße zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges.**

**Leider vergessen gewisse Kreise im Westen offenbar die tragischen Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg. Die reaktionären imperialistischen Kreise sind wieder dabei, ein aggressives Bündnis, eine Achse Peking—Washington—Tokio (ähnlich wie die Achse der 30er Jahre Berlin—Rom—Tokio), zu schaffen. Der aggressiven Politik des internationalen Imperialismus schließt sich die chinesische Führung immer wieder an.**

**Die Lehren der Geschichte zeigen eindringlich, wozu diese kurzsichtige und gefährliche Politik führen kann.**

An einem frühen Augustmorgen des Jahres 1939 legte ein altes, arg strapaziertes Fracht- und Passagierboot, „City of Exeter", im Londoner Hafen Tilbury ab.

Bald verlor sich die britische Küste im Dunst, und das Schiff nahm Kurs auf die Ostsee, auf Leningrad. An Bord befanden sich Mitglieder der militärischen Missionen von Großbritannien und Frankreich.

## Das Fernziel Chamberlains

In den schicksalsschweren Tagen des Frühjahrs und Sommers 1939, als sich am Horizont der zweite Weltkrieg drohend abzeichnete, setzten die herrschenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs, von den USA unterstützt, den Münchner Kurs fort. Das war die gleiche Politik des Verzichtes auf kollektive Sicherheit, eine Politik, die die faschistische Aggression gegen die UdSSR richten sollte. Zur Irreführung beteuerten die britischen und französischen Kreise heuchlerisch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der UdSSR und griffen zu politischen Manövern, um ihre wahren Absichten zu tarnen.

Seit Frühjahr 1938 wurde in der britischen Außenpolitik der Kurs auf ein Abkommen mit Hitler immer deutlicher. Neville Chamberlain schrieb an den italienischen Botschafter in London, Dino Grandi: „Mein weitgestecktes ... Ziel ist ein ständiger und möglichst fester Vertrag mit dem Führer..."

Aus London nach Berlin meldete das der gewiefte Diplomat Herbert von Dirksen, der einst Kaiser Wilhelm, dann der Weimarer Republik und schließlich Hitler diente. Großbritannien, teilte er mit, wolle durch Verhandlungen einen Ausgleich mit Deutschland suchen.

Das bestätigte auch Henderson, der britische Botschafter in Berlin, der verlangte, die britische Politik müsse vor allem ein umfassendes Abkommen mit Deutschland und Italien anvisieren. Der Tory-Exponent Lord Beaverbrook sagte zum sowjetischen Botschafter in London bald nach der Münchner Abmachung: „Chamberlain ist bereit, auch weiterhin vor den Aggressoren zu kapitulieren, ... er hoffe, „Hitler zu einem Konflikt mit der UdSSR" zu drängen.

Daladier seinerseits hatte sich, wie der sowjetische Botschafter in Frankreich mitteilte, „fest vorgenommen, mit Deutschland übereinzukommen."

Die Abmachung mit Nazideutschland war der erste, entscheidende Teil des Plans zum Zusammenzimmern eines antisowjetischen kapitalistischen Staatenblocks. Die Krönung sollte die langersehnte „Vereinigung Europas ohne Rußland und gegen Rußland" sein, wobei ein britisch-deutsches und ein französisch-deutsches Bündnis als Kernstück dieser Vereinigung gedacht waren... Nach Ansicht der britischen und französischen Politiker mußten sie zur Verwirklichung der strategischen Hauptlinie, d. h. zur Erreichung eines Abkommens mit Nazideutschland und zur Ausrichtung der deutschen Aggression gegen die UdSSR, nur neue taktische Mittel und Methoden finden. Das alte Ziel von Chamberlain und Daladier — ein antisowjetischer Pakt mit Hitler — hätte durch die Androhung einer Einkreisung Deutschlands erzielt werden können. Deshalb wurde mit der UdSSR verhandelt.

## Diplomatische Finten

Die Sowjetunion wollte ein umfassendes Abkommen mit Großbritannien und Frankreich, um das faschistische Deutschland an der Entfesselung eines Krieges in Europa zu hindern. Sie strebte nach einem präzise formulierten, wirksamen Abkommen über gegenseitige Hilfe im Kampf gegen die Aggression, ein Abkommen, das den Ländern Mittel- und Osteuropas Garantien gegen einen Überfall gab, nach einem konkreten Militärabkommen mit Großbritannien und Frankreich, welches die Formen und Ausmaße sofortiger und effektiver Hilfe füreinander und für die garantierten Staaten im Falle einer beliebigen Aggression vorsah. Die britischen und französischen Politiker aber wollten, daß die UdSSR die Hauptlast bei der Zurückschlagung der Hitleraggression tragen sollte, während Großbritannien und Frankreich volle Handlungsfreiheit und keiner-

lei Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion gehabt hätten.

Die Sowjetregierung durchschaute diese Kombination und setzte den diplomatischen Finten der britischen und französischen Politiker gleich vom Anfang der Verhandlungen an ihre eigenen klar formulierten Vorschläge entgegen.

So schlug die Sowjetregierung zu der Zeit, als die Katastrophe des Krieges über Polen und Rumänien heraufzog, vor, eine Konferenz der am meisten interessierten Staaten (Großbritannien, Frankreich, Rumänien, Polen, die Türkei und die UdSSR) einzuberufen, um die Positionen aller Teilnehmerländer zu bestimmen. Man sollte meinen, die Aggression der Hitlerfaschisten gegen die Tschechoslowakei hätte auch die Diehards über die Gefährlichkeit ihrer Politik für die nationalen Interessen Großbritanniens belehren sollen. Aber Chamberlain hatte nichts dazugelernt und setzte noch immer darauf, die UdSSR und Deutschland aufeinander zu hetzen.

Anstatt einer Konferenz über Maßnahmen des Kampfes gegen die Aggression legte die britische Regierung der UdSSR am 21. März 1939 den Entwurf einer Gemeinsamen Deklaration Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und Polens vor. Darin waren Konsultationen ihrer Regierungen bei der Bedrohung „der politischen Unabhängigkeit eines jeden europäischen Staates" vorgesehen. Der Urheber der Deklaration war Chamberlain.

Die Sowjetregierung sah alle Mängel der Erklärung, die weder die Formen der Hilfeleistung noch die Stärke der militärischen Kräfte erwähnte. Sie fand jedoch, daß selbst eine so unvollkommene Deklaration etwas zur Organisation der kollektiven Sicherheit beitragen konnte, und akzeptierte sie.

Auf seinen Geheimsitzungen besprach das britische Kabinett wiederholt Fragen der britisch-französisch-sowjetischen politischen und militärischen Verhandlungen und erarbeitete genaue Weisungen für seine Diplomaten und Vertreter.

Wie aus stenographischen Berichten solcher Sitzungen erhellt, wirkten Chamberlain und Außenminister Halifax darauf hin, Hitler „in Osteuropa Handlungsfreiheit zu gewähren", d. h. die faschistische Aggression ostwärts, gegen die UdSSR zu lenken. Auf der Kabinettssitzung vom 3. Mai 1939 erklärte Chamberlain seinen Kollegen konfidentiell: Hitler habe es vor allem auf Osteuropa abgesehen. Die größte Sorge des britischen Premiers war, wie er sagte, Hitler könnte glauben, daß „Großbritannien ein Krieg mit Deutschland wolle, auf Verhandlungen mit ihm verzichte und eine „Einkreisung Deutschlands" anstrebe. Halifax seinerseits führte aus: Als potentieller Bündnispartner sei Rußland gar nicht so wichtig, wie die namhaften Labours allem Anschein nach glaubten.

Henderson, damals Botschafter in Berlin, wußte um diesen Standpunkt Chamberlains und Daladiers und gab zu: „Von Anfang an waren die russischen Verhandlungen für mich eine völlig aussichtslose Sache." Zu gleicher Zeit schrieb Chamberlain in sein Tagebuch: „Wie immer will ich Zeit gewinnen." Er brauchte sie für eine Abmachung mit Nazideutschland.

Im Ergebnis beeilte sich die britische Diplomatie, wie schon so oft in der Vergangenheit, ihren eigenen Vorschlag zurückzunehmen. Am 1. April teilte der britische Botschafter Seeds der Sowjetregierung (ohne jede Begründung) mit, Großbritannien halte „die Frage einer Deklaration für endgültig hinfällig". Die Verhandlungen mit der Sowjetregierung wurden nur als Druckmittel gegen Hitler benutzt.

Um Berlin zu zeigen, daß die Verhandlungen mit der UdSSR nicht ernst zu nehmen seien, griff die britische und französische Diplomatie zur Sabotage und Hinhaltetaktik, um letzten Endes die Verhandlungen zu durchkreuzen und Hitler zu zeigen: Die UdSSR habe keine Verbündeten. Mit zynischer Offenheit schrieb die britische Zeitschrift „New Statesman and Nation": „Könnten wir Deutschland überreden, seine Expansion nicht west-, sondern ostwärts zu richten, so wären wir sowohl vor Bolschewismus als auch vor Krieg sicher."

Das Doppelspiel der Regierungen Chamberlains und Daladiers ließ die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen bis Mitte April auf der Stelle treten. In der Zwischenzeit verübten die faschistischen Staaten neue Aggressionen.

Nach der Okkupation der Tschechoslowakei annektierte Hitler am 22. März das litauische Gebiet Klaipeda mit dem gleichnamigen Hafen (damals Memel). Am 7. April 1939 befahl Mussolini den italienischen Truppen die Invasion Albaniens von der See her. Hitlerdeutschland erpreßte Polen.

Die Nazis rasselten mit den Waffen. Die Anhänger der München-Politik in London und Paris waren



September 1938, der britische Premier Chamberlain in München. Die damaligen Herrscher Großbritanniens und Frankreichs, die eine Beschwichtigungspolitik verfolgten, überließen Hitler die Tschechoslowakei zur Zerstükkelung. Ein Jahr später überfiel die Wehrmacht bereits Polen — der Hitlerfaschismus hatte den zweiten Weltkrieg entfesselt.

in Panik: Ihre Hoffnungen auf eine Abmachung mit den Aggressoren gegen die UdSSR zerschlugen sich.

## Chamberlain angelt nicht mehr

Man mußte die Lage retten und Sofortmaßnahmen treffen. Die politischen Kreise von London und Paris entfalteten eine fieberhafte Betriebsamkeit, die in vieler Hinsicht an die Tage der Münchner Krise erinnerte. Chamberlain unterbrach das Forellenangeln in Schottland und kehrte unverzüglich nach London zurück. Eine eilige Kabinettssitzung unter Teilnahme der Oppositionsführer fand statt. Eilig wurde eine Beratung des Imperial Defence Council einberufen. In Gibraltar und auf Malta konzentrierten sich britische Flottenverbände.

Belgien und die Niederlande zogen die Reservisten ein; die Mündungen der Schelde und der Maas wurde vermint. London und Paris berieten fast ununterbrochen über weitere Sofortmaßnahmen.

Unter diesen Umständen mußten die Regierungen Chamberlain und Daladier etwas unternehmen, um der Öffentlichkeit ihre Entschlossenheit und schnelles Handeln zu demonstrieren. Chamberlain sprach im Parlament, wo er erklärte, Großbritannien gewähre Rumänien und

Griechenland einseitige Garantien.

Halifax setzte den sowjetischen Botschafter in London Iwan Maiski über den Beschluß des Kabinetts in Kenntnis, den britischen Botschafter in Moskau Seeds zu Verhandlungen mit der UdSSR zu bevollmächtigen. In einem vertraulichen Eilbrief an Seeds schrieb Halifax allerdings von Schwierigkeiten, die Großbritannien und Frankreich „auf dem Wege zu einer engen Einheit mit der Sowjetregierung" hatten. Am 15. April 1939 machte die Regierung Cham-



berlain der UdSSR ein neues Angebot, dessen provokatorischer Charakter ins Auge sprang.

Die Briten schlugen der Sowjetregierung vor, folgende einseitige Erklärung abzugeben: „Bei einem Aggressionsakt gegen einen beliebigen europäischen Nachbarn der UdSSR, der Widerstand leisten würde, ist mit dem Beistand der Sowjetregierung zu rechnen, falls er gewünscht wird." Somit sollte die UdSSR bei einer deutschen Aggression gegen Lettland, Litauen sowie gegen Estland, Finnland, Polen und Rumänien diesen helfen. Aber dann hätte sie sich sofort im Zustand des Krieges mit Deutschland befunden. Die britische „Garantie" dagegen (mal abgesehen davon, daß Großbritannien sie überhaupt nicht einzuhalten beabsichtigte) erstreckte sich nur auf Polen und Rumänien. Im Falle einer deutschen Aggression über das Baltikum hätte Großbritannien folglich der UdSSR keine Hilfe geleistet. Überhaupt brachte der britische Entwurf, der weder eine Verpflichtung der gegenseitigen Hilfe zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich noch ihre konkreten Formen und Ausmaße vorsah, keine Lösung des Problems.

Die sowjetische Diplomatie durchschaute diesen arglistigen Plan der britischen Diplomatie und stellte ihm konkrete Maßnahmen zur wirklichen Zurückweisung der Hitleraggression gegenüber. Am 17. April überreichte die Sowjetregierung der britischen und der französischen Regierung folgende Vorschläge:

„1. Großbritannien, Frankreich und die UdSSR schließen auf 5—10 Jahre ein Abkommen über die gegenseitige Verpflichtung, einander sofort jegliche, auch militärische Hilfe zu erweisen, falls in Europa gegen einen beliebigen der vertragschließenden Staaten eine Aggression unternommen wird;

2. Großbritannien, Frankreich und die UdSSR verpflichten sich den osteuropäischen Staaten, die zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer liegen und an die UdSSR grenzen, bei einer Aggression gegen diese Staaten jegliche, auch militärische Hilfe zu erweisen." Die drei vertragschließenden Seiten sollten innerhalb kurzer Zeit die Ausmaße und Formen der Militärhilfe für jeden der erwähnten Staaten festlegen.

Drei Wochen lang schwieg sich die britische Regierung aus, obwohl es im Kampf für den Frieden auf jeden Tag ankam. Dabei waren die britischen politischen Kreise keineswegs untätig. Halifax wies den britischen Botschafter in Paris Phipps an, alles zu tun, um Frankreich zur Ablehnung der sowjetischen Vorschläge zu bewegen.

Auf einer erneuten Geheimsitzung des britischen Kabinetts Anfang Mai erklärte Halifax entgegen jeder Logik, der von der UdSSR angebotene Dreierpakt werde den Krieg — unvermeidlich machen. Aber wenn Großbritannien die russischen Vorschläge ablehne, so Halifax, würde dies Rußland den Deutschen in die Arme treiben. Innenminister Hoare brachte sogar die Befürchtung zum Ausdruck, ein Scheitern der Verhandlungen mit der UdSSR könnte ernste Folgen nach sich ziehen.

Einige Mitglieder des Kabinetts brachten andere Vorschläge ein. Der Minister für Koodinierung der Verteidigung Inskip erklärte: Gehe man davon aus, daß Rußland nicht mit uns, aber zumindest neutral sein werde, so fänden die Stabschefs, daß die Vorteile aus einem Bündnis mit Rußland nicht größer als die entsprechenden Nachteile seien.

Im Lichte solcher Ansichten Chamberlains und Halifax' war es nur logisch, daß der letztere Seeds Anfang Mai anwies, die neuen sowjetischen Vorschläge unter dem Vorwand abzulehnen, die Zeit für ihre Annahme sei noch nicht reif. All das wurde notabene zu einer Zeit gesagt, als die faschistischen Mächte neue Schritte zur Ausdehnung des Krieges unternahmen!

In seiner Reichstagsrede am 28. April kündigte Hitler zwei Verträge auf einmal: das britisch-deutsche Seeabkommen von 1935 und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934.

Trotz der bedrohlichen Lage leisteten die britischen und französischen Politiker der faschistischen Aggression weiter Vorschub und suchten nach Wegen zu einer Abmachung mit Hitler. Chamberlain bekundete im Parlament erneut die Bereitschaft Großbritanniens, an Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecks einer allgemeinen Regelung teilzunehmen. Halifax erklärte auf der Kabinettssitzung vom 3. Mai, Hitlers Rede zeuge von dessen Willen, die Tür für eventuelle künftige Verhandlungen mit Großbritannien offen zu lassen. Hier aber war der Wunsch der Vater des Gedanken, der Schluß des britischen Ministers stand in offenkundigem Gegensatz zur Wirklichkeit. Diese nämlich — d. h. die Kündigung der Verträge mit Großbritannien und Polen — zeugte keineswegs von Hitlers friedlichen Absichten.

Die Einführung der Wehrpflicht in Großbritannien am 27. April sollte Deutschland zu einer Annäherung an Großbritannien bewegen. Außerdem war das ein Versuch, ein Bündnis zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich zu vereiteln, da Frankreich danach angeblich keine russische Hilfe brauchte. Deshalb wurde auf der Sitzung des britischen Kabinetts am 7. Mai beschlossen, die sowjetischen Vorschläge abzulehnen. Zugleich wurden die britischen Gegenvorschläge formuliert.

Am 8. Mai entsandte die Regierung Chamberlain ihre Antwort (auch im Namen Frankreichs) auf die sowjetischen Vorschläge. In ihren Gegenvorschlägen umgingen Großbritannien und Frankreich völlig die wichtige Frage eines Beistandspaktes mit der UdSSR. Sie redeten nur von der einseitigen Verpflichtung der UdSSR, Großbritannien und Frankreich bei Erfüllung der von ihnen übernommenen Garantieverpflichtungen Hilfe zu leisten. Dabei übernahmen Großbritannien und Frankreich keinerlei Verpflichtungen, der UdSSR zu helfen. Außerdem garantierten sie

zwar die Grenzen Polens und Rumäniens, aber nicht die der baltischen Staaten. Deutschland wurde aufgefordert, die UdSSR über das Baltikum zu überfallen.

Eine solche Haltung Großbritanniens und Frankreichs gab natürlich keine Möglichkeit, ein reales Abkommen gegen die Aggressoren abzuschließen. Das konnte nur auf der Basis der sowjetischen Vorschläge geschehen. Selbst Churchill, dem nun wirklich keine Sympathie für die UdSSR nachgesagt werden kann, gab zu: „Kein Zweifel, Großbritannien und Frankreich hätten den Vorschlag Rußlands über einen Dreierpakt annehmen sollen."

Die Sowjetregierung sah, worin der Sinn des provokatorischen Treibens Großbritanniens und Frankreichs bestand. Statt des verschwommenen, absolut unrealen britischen Projektes unterbreitete die Sowjetregierung konkrete Bedingungen für ein Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR: „1. Abschluß eines effektiven Beistandspaktes gegen die Aggression zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR; 2. Garantie für die von der Aggression bedrohten Staaten Mittel- und Osteuropas, einschließlich Lettlands, Estlands und Finnlands, seitens dieser drei Großmächte; 3. Abschluß eines konkreten Abkommens zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR, über die Formen und Ausmaße der Hilfe füreinander und für die garantierten Staaten..."

In Form der sowjetischen Vorschläge errichteten die friedliebenden Staaten in der Tat eine Sperre gegen eine noch größere Ausweitung der Aggression in Europa. Aber das britische Kabinett faßte auf seiner Sitzung am 17. Mai den Beschluß, den sowjetischen Vorschlag über den Beistandspakt und die militärische Konvention zum zweitenmal abzulehnen. Diese Politik im Geiste des Münchner Abkommens wurde auch von Frankreich weiter betrieben.

## Vertrauliche Denkschrift des Foreign Office

Dieser Kurs der britischen Regierung wird durch eine vertrauliche Denkschrift des Außenministeriums bestätigt, die am 22. Mai 1939 an Frankreich gerichtet wurde. Darin sind die Argumente des Kabinetts dargelegt, die Großbritanniens Weigerung, einen Beistandspakt mit der UdSSR zu unterzeichnen, erklären sollten.

Die Beamten des Foreign Office erwogen, ob ein Abschluß des Abkommens mit der UdSSR mehr Vorteile oder Nachteile bedeuten würde. Dieser Abschluß „ist das einzige Mittel, den Krieg zu verhüten", meinten sie, fanden jedoch, daß die Nachteile doch größer waren.

Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs dachten nicht daran, die militärischen Bemühungen mit der UdSSR zu vereinen, um den faschistischen Aggressoren eine Abfuhr zu erteilen. Chamberlain äußerte sich sehr eindeutig: Die Verhandlungen mit der UdSSR seien ein Bluff, Hitler brauche eine vereinte Front Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR nicht zu befürchten.

Ende Mai unternahmen Chamberlain und Daladier ein neues Manöver bei den Verhandlungen mit der UdSSR. Nach den Genfer Treffen zwischen Vertretern der drei Länder überreichte am 27. Mai der britische Botschafter in Moskau Seeds zusammen mit dem Vertreter Frankreichs der Sowjetregierung den Wortlaut „neuer" britisch-französischer Vorschläge, diesmal in Form des Entwurfs eines Beistandsvertrages. Allerdings war die formale Anerkennung dieses Prinzips an so viele Klauseln geknüpft, daß der Vertrag dadurch ausgehöhlt wurde. So weigerten sich Großbritannien und Frankreich nach wie vor, den baltischen Ländern bei einem Überfall Hitlers zu helfen.

Demnach blieb das Tor Baltikum bei einem Überfall Hitlers auf die UdSSR weit offen. Außerdem gab es im britisch-französischen Entwurf kein Wort über die Unterzeichnung einer militärischen Konvention, ohne sie aber war der Vertrag nur ein Fetzen Papier. All das machte den Entwurf unannehmbar.

Die britische Regierung sah sich in einer Sackgasse und erwog nur, ob sie die Verhandlungen sofort abbrechen oder im Gegenteil ewig in die Länge ziehen solle. Auf Geheimsitzungen des Kabinetts sprach sich Halifax wiederholt gegen ein Bündnis mit der russischen Regierung aus. Auf der Sitzung vom 19. Juli gab er offen die Bereitschaft zu, die Verhandlungen mit der UdSSR zu sprengen. Sollten sie letzten Endes ein Mißerfolg werden, meinte Halifax, wäre das kein Grund, sich aufzuregen. Er sei bezüglich einer Kritik im Parlament beim Abbruch der Verhandlungen mit der Sowjetregierung absolut ruhig.

Letzten Endes entschloß sich die Regierung für die weitere Sabotierung der Verhandlungen.

Die Sowjetregierung dagegen war vor allem daran interessiert, die gegenseitige Hilfe der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs im Kampf gegen die faschistische Aggression in Europa in die Wege zu leiten. In ihrem beharrlichen Kampf um ein kollektives Sicherheitssystem überreichte die sowjetische Seite ihre Antwort auf den britisch-französischen Vorschlag, die die Form eines Beistandsvertrages hatte.

Die britische und französische Diplomatie lehnte das sowjetische Angebot wieder ab. Mehr noch, sie empfahl den profaschistischen Regierungen Estlands, Lettlands und Litauens, auf die Garantien der Großmächte zu verzichten.

Der Widerstand Chamberlains gegen ein Abkommen mit der UdSSR zeigte sich auch, als erwogen wurde, ob der Premier selbst oder ein verantwortliches Regierungsmitglied zu Verhandlungen nach Moskau reisen sollte. Um mit Hitler und Mussolini zusammenzukommen, waren Chamberlain und Halifax wiederholt nach Berchtesgaden, Godesberg und Rom gereist. Aber mit Zustimmung des Kabinetts weigerte sich Chamberlain beharrlich, selber nach Moskau zu reisen, und hinderte auch Halifax und Eden daran, obwohl die Sowjetregierung über ihren Botschafter in London Halifax aufgefordert hatte, möglichst bald nach Moskau zu kommen, um die Verhandlungen abzuschließen. Nach Moskau ging William Strang, ein obskurer Beamter des Foreign Office, dazu ein ausgesprochener Anhänger der Münchner Politik und Sowjetfeind.

Seine Ankunft in Moskau brachte die Verhandlungen nicht vom Fleck. Die „neuen" britisch-französischen Vorschläge waren nur eine Variante der alten und an Vorbehalte geknüpft, die sie von vornherein unannehmbar machten. Vor allem aber wurde den sowjetischen Vertretern in Moskau, London und Paris suggeriert, daß es unzweckmäßig sei, den Pakt und die militärische Konvention gleichzeitig in Kraft zu setzen. Was Chamberlain und Daladier wollten, war nicht ein wirksamer Vertrag über die Bekämpfung des Aggressors, sondern eine Übereinkunft mit diesem. Nicht von ungefähr sagte Chamberlain in einem offenen Gespräch mit seinem Freund Luftfahrtminister Kingsey Wood: „Ich habe die Hoffnung noch immer nicht aufgegeben, daß ich der Unterzeichnung dieses unglückseligen Paktes ausweichen kann."

Die Verzögerungstaktik, die Verleumdungskampagne der britischen und französischen Reaktion riefen bei der sowjetischen Öffentlichkeit Empörung hervor.

(Schluß folgt)

# DISKUSSION MIT DEM LESER

**Mich wundert, daß einige frei gewordene afrikanische Länder wie Malawi, Zaire oder Somalia den neuen Kolonialherren bei der Plünderung ihrer Naturschätze Vorschub leisten. Ist es für sie vielleicht vorteilhaft!**

**T. IBRAGIMOW**
**Gebiet Alma-Ata, Kasachische SSR**



**Es diskutiert**
**NZ-Kommentator**
**Juri BOTSCHKARJOW**

Die Frage betrifft ein besonders akutes Problem des heutigen Afrikas, das Problem der Beseitigung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern. Die afrikanischen Völker, die die politische Unabhängigkeit erlangt haben, wollen sich nicht damit abfinden, daß Afrika, trotz seiner enormen Naturreichtümer, nach wie vor der ärmste und zurückgebliebenste Kontinent ist. Daran sind aber eben die Neokolonialisten schuld, die seine Naturschätze plündern.

Das sind jedoch keine „neuen Herren", sondern im Grunde dieselben, die dort ehemals schalteten und walteten und noch heute in der Wirtschaft Afrikas starke Positionen innehaben. Aber auch „neue Herren" sind hinzugekommen, die US-Monopole, die in den letzten Jahren Afrika verstärkt infiltriert haben. Was die Gesamtinvestitionen in Afrika betrifft, so können es die einstigen Mutterländer mit den USA nicht aufnehmen; die dortigen US-Investitionen machen bereits 3 Md. Dollar aus.

Es wäre paradox anzunehmen, daß die Ausbeutung der Naturschätze durch die Neokolonialisten für Afrika von Vorteil sein könnte. Natürlich zahlt der Westen für Mineralien und wertvolle tropische Pflanzenkulturen mit barer Münze. Die Afrikaner können jedoch mit diesen Geldern ihre nationale Wirtschaft nicht fördern, wenn es auch auf den ersten Blick möglich erscheint. Dafür bleibt einfach nichts übrig, weil das System der neokolonialistischen Auspowerung so beschaffen ist, daß der Handel mit dem Westen die Afrikaner nicht reicher, sondern noch ärmer macht.

Wie das kommt, können wir am Beispiel des Erdöls zeigen, das heute in Afrika in großen Mengen gewonnen wird. Die Monopole kaufen fast das ganze Rohöl auf und verkaufen es später den Afrikanern zu horrenden Preisen als Erdölderivate. Dasselbe geschieht mit anderen Waren, die aus afrikanischen Rohstoffen erzeugt werden. So kommt es, daß Afrika für die beim Westen gekauften Industrieerzeugnisse den ganzen Erlös aus dem Erdöl ausgibt. Oft reicht er sogar nicht aus. So wachsen die Schulden an den Westen und somit auch die Abhängigkeit von den Neokolonialisten.

Auch die Finanz„hilfe" der westlichen Banken und Staaten ist im Grunde ein Raub. Die EG-Länder stecken sich bekanntlich für jeden „Hilfe"dollar ganze drei Dollar in die Tasche. Zudem geht diese „Hilfe" hauptsächlich für die Entwicklung einer bestimmten Infrastruktur drauf: für den Bau von Chausseen, Häfen, Energiesystemen und anderen Objekten, die für westlichen Monopolen gehörende Betriebe sowie für die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nötig sind.

Die Ausbeutung der afrikanischen Reichtümer wirft nicht in jedem Lande die gleichen Profite ab. Die größten Dividenden heimsen sich die Imperialisten dort ein, wo die Reaktion am Ruder ist: die Kompradorenbourgeoisie, die reaktionär gesinnten Stammeshäuptlinge sowie der korrumpierte Teil der höheren Offiziere und der Bürokraten vom Staatsapparat. Diese Elite zwackt sich bei der Zusammenarbeit mit Neokolonialisten so manchen fetten Brokken ab. Ihr kommt ein Teil der Riesenprofite der Auslandsmonopole zu sowie manche Gelder aus der Finanz„hilfe", den Krediten und anderen Zuwendungen aus dem Westen. Die Imperialisten machen sich den Diensteifer solcher Elemente zunutze, um den eigenen Einfluß auf die Politik dieser Staaten zu verstärken und deren Trend zu einer wirklichen Unabhängigkeit zu schwächen.

Solche Regimes sind jedoch kurzlebig. Die Machthaber können nicht auf die Dauer ungestraft vor den Multis katzbuckeln, die nationalen Reichtümer ausverkaufen und sich am Volkselend gesundstoßen. So wurde z. B. in diesem Jahr das korrupte Regime von Liberia gestürzt, weil es sich über die Interessen und Erfordernisse des Volkes hinweggesetzt hatte.

Die erwähnten Länder sind nicht charakteristisch für das heutige Afrika, wo es auch Staaten gibt, in denen fortschrittliche patriotische Kräfte regieren und entschieden für eine wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Kapitalismus kämpfen. Es gibt nur einen richtigen Weg zu diesem Ziel, und zwar radikale soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen, die das Fundament für den Aufbau des Sozialismus legen. Diese Länder stellen die Tätigkeit der westlichen Monopole unter Staatskontrolle, begrenzen die Ausfuhr der Gewinne und erlauben neue Investitionen nur in jenen Zweigen, die die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft fördern. In einigen Ländern, so in Angola und Äthiopien, wurden die größten Auslandsunternehmen verstaatlicht.

Die wirklich unabhängigen Staaten Afrikas, die sich in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Politik auf die allseitige Hilfe der sozialistischen Ländergemeinschaft stützen, bestimmten über die Zukunft Afrikas.



**Bitte Näheres über die Nationalgarde der USA.**

**O. DENISTSCHENKO**
**Nickel, Gebiet Murmansk (RSFSR)**

Die Nationalgarde der USA ist Reserve und Bestandteil der Landstreitkräfte und der Air Force. In den Landstreitkräften zählt sie rund 400 000 Mann: 8 Divisionen (2 Panzer-, 1 motorisierte und 5 Infanteriedivisionen) und 18 selbständige Brigaden sowie mehrere selbständige Truppenteile und -verbände verschiedener Waffengattungen. Die Truppenteile und -verbände der Nationalgarde haben den gleichen Personalbestand und dieselbe Ausrüstung wie die regulären Truppen. Die Nationalgarde der Air Force verfügt über mehr als 1000 Kampfflugzeuge.

Die US-Administration setzte die Nationalgarde mehr als einmal zur Sprengung von Demonstrationen und zur Unterdrückung von Aktionen der Indianer und Farbigen ein, so z. B. bei den kürzlichen Unruhen in Miami.

# PS

## Zweckentfremdet

Im bundesdeutschen Freiburg hatten Obdachlose Neubauten im Stadtviertel „Dreisameck" besetzt, die leer standen, weil sich wegen der hohen Preise keine Mieter fanden. Die Polizei wurde beauftragt, die Häuser zu räumen. Diese Aktion dauerte insgesamt 1 Woche. Die Düsseldorfer „Deutsche Volkszeitung" schreibt dazu, das Innenministerium von Baden-Württemberg habe hinterher Siegesfanfaren angestimmt. Allerdings stellte sich heraus, daß der Polizeieinsatz 1,6 Millionen DM verschlungen hatte. Vielleicht hätte man dafür besser billige Wohnhäuser bauen sollen?

## Schild-Bürger




Pretorias Behörden sind empört: In den Stadtparks wimmelt es von „Schwarzen". So kann das nicht weitergehen. Was aber tun? Gewalt anwenden oder Tafeln aufstellen: „Nur für Weiße" könnte zuviel böses Blut machen. So haben sich die Stadtväter einfallen lassen, die Parkanlagen Sportclubs und Jugendorganisationen zur Verfügung zu stellen, deren Mitglieder ausschließlich Weiße sind. An vielen Parkeingängen stehen nun Schilder: „Nur für Mitglieder".

## Entweder — oder



Am 11. September will Pinochet in Chile ein Referendum zu seiner neuen Verfassung abhalten. Da aber viele Chilenen keine Lust verspüren, das Junta-Regime im Lande auch noch gesetzlich zu verankern, hat man sich folgendes ausgedacht: Jeder Stimmberechtigte, der keinen Nachweis für seine Teilnahme an der „Volksabstimmung" beibringen kann, muß damit rechnen, für unbestimmte Zeit hinter Gitter zu kommen.

## Neue Steuermänner

Die Mao-Bibel ist in China nicht mehr up to date. Dafür haben die Pekinger Führer jetzt neue Weisheitsvermittler gefunden. Den Chinesen wird nun verkündet, am besten sollte man bei den kapitalistischen Bossen, am allerbesten bei den US-amerikanischen in die Schule gehen. Im nationalen Zentrum zur Weiterqualifizierung leitender Wirtschaftskader in Dalian gibt es bereits ein viermonatiges Seminar für Betriebs- und Institutsleiter, Universitätsdozenten und Beamte von Ministerien. Sie werden von 18 US-Experten unter dem Berater des US-Handelsministers Jordan Baruch unterrichtet. Worin? In Theorie und Methoden des „modernen", selbstverständlich kapitalistischen, Management.

## Wirklich?

„Richard Nixon verhaftete Jimmy Carter". Diese Meldung ging unlängst durch viele US-Blätter, denen es auf die Sensation ankam. Alles an dieser Meldung stimmt, aber es handelt sich nicht um den ehemaligen US-Präsidenten, der den jetzigen Präsidenten verhaftet hätte. Richard Nixon ist ein Polizeibeamter aus Detroit, der den 25jährigen Dieb Jimmy Carter festnahm, als er den Einbruch in eine Reklamefirma versuchte.

## Alles zu seiner Zeit

Am 20. August wurde mit Zustimmung der Behörden in Peking eine Ausstellung von Amateurkünstlern eröffnet. Neben Landschaften, abstrakten Bildern und gemalten Nackedeis erblickten die Besucher eine Holzstatuette Mao Zedongs. Wie das, fragten sie sich, schließlich wurden Porträts des „großen Steuermanns" überall entfernt... Bei genauerer Betrachtung aber drängte sich ihnen ein Lächeln auf. Mao trug eine Art Turban und sein eines Auge war geöffnet, das andere geschlossen. Titel des Werks: „Idol".

## Glück gehabt



Die US-amerikanische Schriftstellerin Gabrielle Brown führt auf 192 Seiten ihres Buchs Argumente gegen die Heirat oder für einen völligen Verzicht aufs Intimleben der Gatten an. Ein Literaturkritiker der „International Herald Tribune" wunderte sich über die Widmung „Meinen Eltern" und meinte sarkastisch: „Zum Glück für Gabrielle Brown hielten die nichts vom Zölibat".

## Rekorde, Rekorde...



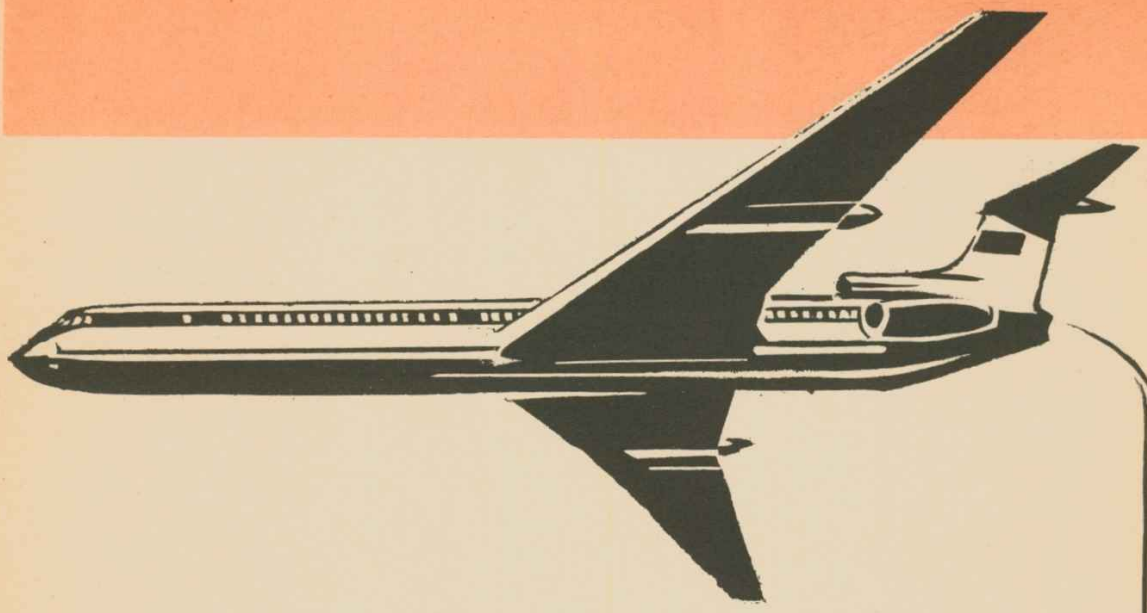
In NZ 31 berichteten wir vom Rekord des Briten Mike Dickson, der genau zwei Monate mit 25 Giftschlangen in einem Glaskäfig verbracht hatte. Sein Rekord ist schon gebrochen, und zwar von der 19jährigen Leigh Van Den Berg. Sie hielt es 64 Tage in einem Glaskäfig von 8x10 Foot mit 35 Giftschlangen aus. Als Grund für ihr Wagnis gab sie an, sie habe als Feministin den Männern mal zeigen wollen, was eine Harke ist.

## Fußballistisches

Vor Beginn der Fußballsaison im August gab die britische Eisenbahnverwaltung bekannt, in Zügen, die Fußballfans zu Spielen befördern, dürften nur noch alkoholfreie Getränke ausgeschenkt werden. Ein Verstoß gegen die Verordnung kostet 50 Pfund Sterling Strafe. Die Verwaltung erläuterte, angeheiterte Fans veranstalteten in den Zügen häufig Siegesgelage, bei denen die Waggons auseinandergenommen werden.

*Zeichnungen: W. Rosanzew*

NEUE ZEIT НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ



# MIT AEROFLOT ZUM „RUSSISCHEN WINTER"!

Aeroflot bietet ihren ausländischen Fluggästen eine schöne Reise nach Moskau zum Kunstfestival „Russischer Winter", das in jedem Jahr vom 25. Dezember bis zum 5. Januar veranstaltet wird.



Theater und Konzertsäle halten das Beste für Sie bereit. Sie erleben die Meister von Oper und Ballett, Estrade und Zirkus sowie Gesangs- und Tanzensembles der Völker der UdSSR.

Näheres bei allen Aeroflot- und Intourist-Büros.

**АЭРОФЛОТ**

*Soviet airlines*

# Im Objektiv: LIBYEN

Das Volk der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya beging am 1. September den 11. Jahrestag des Sturzes der Monarchie.

Die Geschichte Libyens reicht weit in die Vergangenheit zurück. Baudenkmäler der antiken Zivilisation und hervorragende Zeugnisse der mittelalterlichen islamischen Kulturen befinden sich auf seinem Boden. Doch nicht sie bestimmen heute das Bild Libyens. Das Land ringt aktiv um die Beseitigung des kolonialen und feudalen Erbes, eine nicht leichte Aufgabe, bei der jedoch schon bestimmte Erfolge erzielt werden konnten.

Libyen ist frei von ausländischen Militärstützpunkten. Die Einkünfte aus dem Erdöl — wichtigster Naturreichtum des Landes — werden jetzt für die sozialökonomische Entwicklung und die Hebung des Wohlstands des 3-Millionen-Volkes verwendet.

Diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und Libyen wurden vor 25 Jahren aufgenommen. Jedoch erst nach dem Sieg der Septemberrevolution 1969 gestalteten sie sich zur ersprießlichen Zusammenarbeit. Die Sowjetunion unterstützt Libyen bei der Stärkung und Entwicklung des staatlichen Wirtschaftssektors. Sowjetische Fachkräfte helfen beim Aufbau der Energiebasis, der Hüttenindustrie, bei der Erkundung von Bodenschätzen, der Entwicklung der Landwirtschaft sowie bei der Ausbildung nationaler Fachkräfte.

Die antiimperialistische Außenpolitik Libyens findet die Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte.



Malerischer Winkel in der libyschen Hauptstadt Tripolis



Baumschule „Al-Nahda"



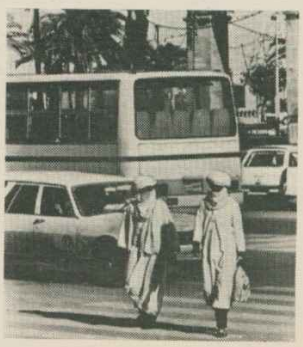
Platz in der Hauptstadt



Webbänke in der Textilfabrik von Djansur



Junge Einwohner eines Neubauviertels in der Stadt Garian



Im Zentrum von Tripolis

*Fotos: TASS*